

Herausgeber: isw e.V. in Zusammenarbeit mit IMI e.V.

PULVERFASS NAHOST

Karin Kulow

Der Nahe Osten – Krisenlandschaft und Pulverfass

Fred Schmid

Kriege um das Schwarze und Blaue Gold

Kerem Schamberger

**Die Kurden als neuer alter Akteur im Machtgefüge
des Nahen Ostens**

Claudia Haydt

Syrien zwischen Stellvertreterkrieg und Bürgerkrieg

Schutzgebühr: 4,50 Euro

Impressum

isw-report 107/108, Februar 2017

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Herausgeber:

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Telefon 089/130041 Fax 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Informationsstelle Militarisierung IMI e.V.

Hechinger Str. 203, 72074 Tübingen

Telefon 07071/49154 Fax 07071/49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de

Konto isw e.V.: Sparda Bank München

IBAN: DE49700905000000983420

BIC: GENODEF1S04

Redaktion: Conrad Schuhler

(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Karikaturen: Bernd Bücking

Layout: Monika Ziehaus

Schutzgebühr: 4,50 EUR

Der Innenteil dieser Broschüre ist auf 100% Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel, gedruckt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des isw e.V.

Die AutorInnen	2
Editorial	3

KARIN KULOW

Der Nahe Osten – Krisenlandschaft und Pulverfass	4
1. Sykes-Picot-Deal als schicksalshafter Ausgangspunkt	5
2. US-amerikanisch-russische Rivalitäten	6
3. "Arabischer Frühling" – Katalysator durch US-Krieg 2003 ausgelöster regionaler Dynamiken	7
4. Islamismus als Ausdruck eines Clash of Civilizations?	17

FRED SCHMID

Kriege um das Schwarze und Blaue Gold	21
"Ölwaffe" und Ölkrieg	25
Arabische "Vision 2030": Petro-Chemie statt Rohöl	28
Rohstoff-Riese Persien erwacht	31
Gas-Pipeline-Poker	32

KEREM SCHAMBERGER

Die Kurden als neuer alter Akteur im Machtgefüge des Nahen Ostens	35
1. Zerrieben im imperialistischen Machtgefüge – Die Kurden im 20. Jahrhundert	35
2. Zentrale kurdische Akteure und ihre Lösungsansätze	36
3. Die Revolution in Rojava	38
4. Rojava, die Kurden und die Ausnutzung zwischen-imperialistischer Widersprüche	40
5. Die Zukunft des kurdischen Freiheitsstrebens	42

CLAUDIA HAYDT

Syrien zwischen Stellvertreterkrieg und Bürgerkrieg	44
Zerstörerische EU-Nachbarschaftspolitik	44
US-Pläne eines New Middle East	46
Die Waffen des Krieges	48
Jeder gegen jeden – Regionaler und globaler Stellvertreterkrieg	49
USA und Russland	50
Türkei	51
Deutsche Einflussnahme	51
Daesh / Islamischer Staat	52
Wer sind die bewaffneten Aufständischen?	53
Eine Chance für Syrien?	54

Die AutorInnen

Haydt, Claudia: Religionswissenschaftlerin, Soziologin – Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) und der Europäischen Linkspartei

Kulow, Karin, Prof., Dr. sc.phil.: Arabistin, Islamwissenschaftlerin; Nahostforum e.V.; langjährige Forschungs- und Lehrtätigkeit zur Entwicklung politischer Systeme in arabischen Nahostländern und zum israelisch-palästinensischen Konflikt.

Schamberger, Kerem, M.A.: Kommunikationswissenschaftler an der LMU München, bloggt unter www.kerem-schamberger.de und auf Facebook zur Türkei und Nordkurdistan. Mitarbeiter des isw.

Schmid, Fred, Dr. oec. publ.: Ökonom. Zahlreiche Publikationen u.a. zu Fragen von Rüstung/Militärstrategien; zur Energiewirtschaft und -politik. Mitarbeiter des isw.

editorial

Dieser isw-Report setzt sich mit einer der brisantesten Fragen unserer Tage auseinander: Wie wird der Kampf um die Region des Nahen und Mittleren Ostens, wo mit Öl und Gas global-strategisch wichtige Ressourcen lagern, weitergehen? Gibt es Chancen für einen Weg zum Frieden? Oder brennt die Lunte am Pulverfass Nahost bis zu dem Punkt weiter, wo die Kriege in noch größere, in internationale Dimensionen explodieren würden?

Karin Kulow untersucht die Entwicklung von den Tagen des Sykes-Picot-Deals im Ersten Weltkrieg an, als England und Frankreich die imperialistische Gestaltung des Nahen Ostens festlegten. Diese westliche Strategie legte das Fundament für das heutige Desaster, wo Bürgerkriegsparteien und imperialistische Kräfte die Spirale von Gewalt und Gegengewalt anheizen. Kulow plädiert dafür, in der Region einen Paradigmenwechsel in Richtung eines friedlichen Miteinanders durchzusetzen. Ein sinnvoller Beginn wäre die Einführung eines rigorosen Waffenlieferungsstopps.

Fred Schmid führt vor, wie sich Öl und Erdgas auf die einzelnen Staaten im Nahen Osten verteilen, und wie die beiden Hauptförderer, Saudi-Arabien und der Iran, sich im Kampf um die regionale Vorherrschaft gegenüberstehen und selbst Gegenstand imperialistischer Einflussnahme sind. Es geht, so sein Fazit, um die Kontrolle der Verteilungsströme und Marktzugänge, um die Hegemonie über die Region, in der die größten Energieschätze der Erde lagern.

Kerem Schamberger setzt sich auseinander mit den "Kurden als neuer alter Akteur im Machtgefüge des Nahen Ostens". Im Ergebnis des Ersten Weltkriegs wurde die kurdische Bevölkerung über vier Nationalstaaten verteilt, die meist eine antikurdische Politik verfolgten: Türkei, Syrien, Irak und Iran. Im Norden Syriens haben die Kurden in Rojava eine selbstverwaltete Zone organisieren können. Gegen den Vorwurf, die Kurden hätten so in Syrien der ausländischen Intervention die Tür geöffnet, führt Schamberger ins Feld, die Kurden hätten zwischenimperialistische Widersprüche ausgenutzt, um die eigene Emanzipation voranzubringen.

Mit Syrien kommt Claudia Haydt zum derzeit gefährlichsten und schlimmsten Brennpunkt des Pulverfasses Nahost. Hunderttausende Tote, die Hälfte der Bevölkerung auf der Flucht, die Lebenserwartung im Land von 70 auf 55 Jahre gefallen. Die Verantwortung des Westens ist offenkundig. Die EU hat mit ihrer "Nachbarschaftspolitik" bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges neoliberale Änderungen durchgedrückt und damit die soziale Lage breiter Schichten verschlechtert. Die USA haben mit ihrer Strategie eines "New Middle East" gezielt auf die Unterminierung der Assad-Regierung hingearbeitet. Heute hat Deutschland zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten bei den sogenannten "Freunden Syriens" die Verantwortung für die Arbeitsgruppe "Wirtschaftlicher Wiederaufbau für Syrien". Die USA, Deutschland, die sunnitischen Dynastien am Golf arbeiten nach wie vor an der Übernahme Syriens. Die Autorin untersucht die Interessen Russlands, der USA und der Türkei. Eine Chance für das syrische Volk sieht sie nur, wenn sofort jede externe Unterstützung für bewaffnete Formationen in Syrien eingestellt wird; wenn alle Sanktionen aufgehoben werden und wenn umfassende humanitäre und ökonomische Hilfe für einen Wiederaufbau geleistet wird.

Karin Kulow

Der Nahe Osten – Krisenlandschaft¹ und Pulverfass

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens durchlebt gegenwärtig die wohl kritischste Phase ihrer bisherigen Entwicklung in der neueren Geschichte. Sie erstreckt sich als Landbrücke von der Ostküste des Mittelmeeres bis hin nach Zentralasien und steht wegen ihrer geostrategischen Lage an der Nahtstelle dreier Kontinente und am Schnittpunkt wichtiger Land- und Seewege sowie lebenswichtiger Energieversorgungsleitungen seit eh und je im besonderen Fokus äußerer Interessen. Vor allem auch ihr großer Ressourcenreichtum, insbesondere an Erdöl und flüssigem Gas, sowie die Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte für Kapital, Waren und vor allem Waffen begründen dies.

Von der Türkei im Norden bis Jemen im Süden stellt sie zurzeit einen nahezu flächendeckenden Kriegsschauplatz dar – unter Beteiligung verschiedenster staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure. So führt die türkische Armee wieder Krieg mit der PKK; auf syrischem Boden findet ein verheerender, bereits seit fünf Jahren andauernder und offensichtlich noch immer nicht enden wollender Bürgerkrieg gekoppelt mit gleich mehreren Stellvertreterkriegen statt; die Lage im palästinensisch-israelischen Verhältnis gestaltet sich weiterhin äußerst volatil und Israel scheut in der Auseinandersetzung mit der libanesischen Hizbullah vor Gewalteinsätzen unter Missachtung der syrischen Souveränität nicht zurück; in Ägypten geht die restaurierte Militärherrschaft gewaltsam insbesondere gegen moderate Islamisten in Gestalt der Muslimbruderschaft vor; Jemen wird, ohnehin schon seit längerem Zielobjekt US-amerikanischer Drohnenkriege, durch Saudi-Arabien von einem Vernichtungskrieg überzogen; und Irak befindet sich im Zustand einer gewaltsam vorangetriebenen Destabilisierung. Zu allen diesen Übeln kommt nicht zuletzt der vom IS angezettelte und sich gegen die bestehende Territorialordnung wie gegen alle Andersgläubigen richtende Terrorkrieg, den wiederum eine von den USA angeführte internationale Koalition – koste es, was es wolle – vorrangig mit Waffengewalt einzudämmen sucht, wodurch die Spirale von Gewalt und Gegengewalt noch zusätzlich angeheizt wird, deren Auswirkungen nun immer unmittelbarer auch in Europa und in Deutschland zu spüren sind.

Diese Region, die schon über die Jahrzehnte zuvor als einer der größten Konfliktherde auf unserem Erdball mit der stets latenten Gefahr einer akuten Bedrohung

des Weltfriedens galt und zu den wohl waffenstärksten in der Welt zählt, ist somit vor Herausforderungen gestellt, von deren Bewältigung nicht nur das Schicksal dortiger Menschen abhängt, sondern die zunehmend auch unsere Stabilität und Sicherheit beeinflussen.

Eine gründliche Analyse darüber ist an der Zeit, warum sich gerade der Nahe Osten als ein derartiger Hort kriegsgerichteter Auseinandersetzungen darbietet und immer wieder Spannungen zwischen einzelnen Staaten – oftmals betont auch unter Instrumentalisierung von konfessionellen Unterschieden – angeheizt werden. Warum gedeihen Tradition und Autoritarismus in den Herrschaftsverhältnissen bis hin zu einer neuen Entwicklungsstufe des islamistischen Extremismus hier anscheinend besonders üppig? Und warum mangelt es sichtlich, wie in kaum einer anderen Region sonst, an der Willigkeit wie an der Fähigkeit der verschiedensten staatlichen Handlungsträger zu Kompromissen auf der Basis des gegenseitigen Vorteils, zur Schaffung einer stabilen, die Interessen aller Beteiligten fair berücksichtigenden Regionalordnung?

Diese Entwicklungen nehmen immer chaotischere Züge an, ihre besondere Brisanz und Gefährlichkeit speist sich vor allem daraus, dass globale wie regionale hoch gerüstete Mächte einbezogen sind. Damals wie heute bildet die Region einen wichtigen Schauplatz globaler Rivalitäten, die sich aktuell jedoch auf neuartige Weise mit den teilweise äußerst scharf kollidierenden Intentionen gleich mehrerer regionaler staatlicher Akteure auf Erlangung einer Vormachtstellung vermischen. Es geht dort sowohl um die Mitgestaltung der Weltordnung im 21. Jahrhundert als auch um die Neuausprägung der Regionalordnung und mithin um die Neujustierung von Kräftebalancen.

Ohne die Verantwortung der verschiedensten regionalen Akteure für das gegenwärtige Desaster in irgendeiner Weise schmälern zu wollen – worauf an weiterer Stelle noch dezidiert einzugehen sein wird –, kann dennoch nicht darüber hinweggesehen werden, dass es sich dabei in beträchtlichem Maße auch um Folgewirkungen einer verfehlten, über ein Jahrhundert zurückzufolgenden westlichen Politik geht. Wollte man sich also westlicherseits ernsthaft den Ursachen zuwenden, so müsste es zuvörderst um eine selbstkritische Aufarbeitung bisheriger bis in die Geschichte zurückreichender eigener Politik gehen.

¹⁾ Dieser in letzter Zeit häufiger verwendete Terminus findet sich beispielsweise im Gastkommentar des Leiters der Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Perthes, im Handelsblatt vom 12. Januar 2016 oder auch beim russischen Außenminister Sergej Lawrow auf dessen Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Tätigkeit der russischen Diplomatie am 26. Januar 2016.

1. Sykes-Picot-Deal als schicksalhafter Ausgangspunkt

Ob man es nun wahrhaben will oder nicht, eine wesentliche Weichenstellung für die außerordentliche Konfliktträchtigkeit der Region ist mit der von westlichen Interessen dominierten Gestaltung der jetzt von IS zur Disposition gestellten nahöstlichen Regionalordnung erfolgt. Denn im Ergebnis des ersten Weltkrieges und dem damit einhergehenden Zusammenbruch des Osmanischen Reiches haben die damaligen imperialen Großmächte, Großbritannien und Frankreich, mit ihrer unmittelbaren Einflussnahme gleich mehrere, durchaus unterschiedlich geartete Konflikte ausgelöst. Nicht nur wurden so die beiden ethnischen und inzwischen auch als "Jahrhundertkonflikte" geltende – die Palästinafrage und das Kurdenproblem – begründet, deren Ungelöstheit als ein permanent destabilisierender Faktor in der Region wirkt. Auch die jeweiligen Staats- und Nationsbildungsprozesse sowie nicht zuletzt auch die Herausbildung dortiger sozioökonomischer Strukturen wie politischer Herrschaftsverhältnisse wurden dadurch erheblich negativ beeinflusst.

Auf der Grundlage des am 16. Mai 1916 zwischen dem Außenminister Großbritanniens, Mark Sykes, und seinem französischen Amtskollegen, Francois Picot, vereinbarten Geheimabkommen hatten beide Länder die Aufteilung des Nahen Ostens unter sich verfügt und ihre jeweiligen Einflussphären damit vertraglich gegeneinander abgegrenzt.² Zwar bildete deren Aufteilung dann die Grenzen für die im Wesentlichen nach Ende des zweiten Weltkrieges als eigenständiges Völkerrechtssubjekt proklamierten Nationalstaaten. Für die Völker indessen bildete es dennoch ein gegen ihren Willen implementiertes Kolonialprojekt³ – orientiert an den egoistischen Interessen der beiden damaligen Großmächte und basierend auf dem Prinzip des Divide et Impera. Nicht

umsonst ist diese Kolonialpolitik auf den erbitterten Widerstand der dortigen Völker gestoßen und waren die beiden Kolonialmächte über die nachfolgenden Jahrzehnte mit beinahe ununterbrochenen antikolonialen und oft nur unter Einsatz heftigster Gewalt niederzuschlagenden Erhebungen konfrontiert, die im Bewusstsein heutiger Generationen noch ihren Platz haben.

In völliger Ignoranz jeweiliger ethnischer und religiöser Gegebenheiten wurden auf der Grundlage von "Sykes-Picot" Nationalstaatsgrenzen gezogen, wo keine zusammenhängenden Nationen existierten, sondern stattdessen ein mehr oder weniger facettenreiches Völker- wie Religionsmosaik. Das zusammenhängende Siedlungsgebiet der Kurden hingegen wurde zerstükkelt und auf fünf Länder aufgeteilt. Die Bildung des Staates Irak erfolgte durch willkürlichen Zusammenschluss dreier ehemals osmanischer Provinzen, nämlich von Bagdad, Basra und Mossul. Wobei es wegen der Provinz Mossul, darunter insbesondere auch der Stadt Kirkuk, immer wieder Streit gegeben hat.⁴ Palästina, das eigentlich als neutral eingestuft worden war, wurde dann 1917 der zwei Jahrzehnte zuvor in Basel formierten Zionistischen Weltorganisation als "nationale Heimstätte für das jüdische Volk" in Aussicht gestellt.⁵ Das syrische Kerngebiet wurde erheblich fragmentiert, indem von der französischen Kolonialmacht 1920 die Abspaltung des Libanon und nachfolgende Ausrufung des "Staates des Großen Libanon" sowie 1939 die Abtretung der syrischen Provinz Iskanderun, dem heutigem Hatay, an die Türkei verfügt worden war. Das Gebiet östlich des Jordan-Flusses wurde zum Territorium eines völlig neuen Staates Jordanien erklärt, um damit vor allem jenen arabischen Herrschern, denen noch 1915 ein Großarabisches Reich zugesagt worden war, wenigstens noch etwas entgegenzukommen und sie so in den Kämpfen des ersten Weltkrieges an der Seite der Entente zu halten.⁶

- 2) Die dem zaristischen Russland zugestandenen Einflussräume in der Region wurden seitens der Sowjetregierung per Dekret vom 14. Januar 1918 für null und nichtig erklärt. Bereits im "Dekret über den Frieden" vom 26. Oktober 1917 war jeder Nation, ungeachtet ihres jeweiligen Entwicklungsstandes und ihrer geografischen Lage das unveräußerliche Recht auf nationale Unabhängigkeit zugesprochen worden. Was vor allem auch die nationale arabische Befreiungsbewegung nachweislich in den nachfolgenden Jahrzehnten bis dann zur tatsächlichen Erlangung der staatlichen Souveränität stimuliert hat. Aus heutiger Sicht durchaus bemerkenswert ist, dass dieses Abkommen damals nicht nur von der Sowjetregierung öffentlich gebrandmarkt wurde. Auch die USA hatten es seinerzeit abgelehnt und sich stattdessen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgesprochen.
- 3) So wurde gemäß diesem "Sykes-Picot-Deal" verfügt, Mesopotamien (ohne Mossul), das spätere Transjordanien, die palästinensischen Hafenstädte Haifa und Akka, das nördliche Wüstengebiet der Arabischen Halbinsel sowie die arabischen Küstengebiete am Arabisch-Persischen Golf und Roten Meer Großbritannien zu unterstellen. Dem Einflussbereich Frankreichs hingegen wurden Syrien, Libanon und das damals bereits als ölfreich bekannte Gebiet um Mossul zugeordnet. (Nachträglich insofern korrigiert, als Mossul dann doch dem britischen Einflussgebiet zugeschlagen worden ist.) Palästina hingegen sollte einen internationalen Status erhalten.
- 4) So war es unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches zum Streit zwischen Großbritannien und der Türkei über die Provinz Mossul gekommen. Eben, weil die Türkei die vom Völkerbund kraft der Konferenzen von San Remo und Sèvres im April beziehungsweise August 1920 getroffene Entscheidung über deren Zuordnung zu Irak nicht anerkennen wollte. Und zwar mit der Begründung, wonach sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Mudros Teil türkischen Staatsgebietes gewesen sei. Großbritannien hingegen hatte vorgegeben, die aus der Türkei geflohenen Assyrer hier als kompakte nationale Minderheit ansiedeln zu wollen. In Wirklichkeit aber ging es allen Beteiligten um das dortige Erdöl. Mit der Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom Dezember 1925, Mossul Irak zuzuordnen, war dann der britische Zugriff auf das Mossulöl gewährleistet. Als Äquivalent dafür wurde der Türkei eine auf 25 Jahre befristete 10%-ige Gewinnbeteiligung an der Ölförderung zugesichert.
- 5) Und zwar in Form eines Briefes, den der nach Sykes ins britische Außenministerium gekommene Lord Balfour an den seinerzeit einflussreichsten Vertreter der zionistischen Bewegung Lord Rothschild gerichtet hatte, indem es wörtlich hieß: "Die Regierung seiner Majestät betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina in Frage stellen könnte."
- 6) Denn um Besagte während des ersten Weltkrieges an der Seite der "Entente" zu halten, war eigentlich dem damaligen Großscherifen von Mekka durch den britischen Hochkommissar Mac Mahon in Ägypten 1915 in schriftlicher Form Unterstützung bei dessen Bestreben nach Errichtung eines theokratischen arabischen Einheitsstaates südlich des 37. Breitengrades nach Kriegsende zugesichert worden. Was sich jedoch im Nachhinein mit "Sykes-Picot" als reine Diabolik erwies.

Auch die sich dort unter dem Einfluss der beiden Kolonialmächte herausbildenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse wiesen – wie auch in kolonial abhängigen Ländern anderer Regionen – vielerlei Besonderheiten auf, an denen die betreffenden Ökonomien mehr oder weniger bis heute krankten. So formierte sich der wesentliche Teil der einheimischen Bourgeoisien nicht im industriellen Bereich, sondern rekrutierte sich hauptsächlich aus Großhändlern, Wucher treibenden Geschäftemachern und Großgrundbesitzern, deren Interessen eng mit dem ausländischen Kapital verbunden waren.

Daran änderte auch die Erlangung der politischen Unabhängigkeit der Staaten im Ergebnis des zweiten Weltkrieges nur wenig. Zwar eröffnete die danach einsetzende Rivalität zwischen Ost und West um diesen globalstrategisch bedeutsamen und ressourcenreichen Teil der Welt den politisch unabhängigen Staaten gewisse Freiräume in ihrer Politik. Aber sie gestattete ihnen offensichtlich nicht – sieht man einmal von den Besonderheiten der Ölmonarchien am Golf oder ganz und gar auch von Israel ab –, ihre ökonomischen Strukturen den Erfordernissen sich selbst tragender Entwicklungen anzupassen. Mehr oder weniger zu Werkbänken transnationaler Konzerne degradiert, wurden damit einhergehend insbesondere die verarbeitende sowie die mit der Landwirtschaft verbundene Industrie vernachlässigt und gestaltet sich die Entstehung eines nationalen Reproduktionsprozesses umso schwieriger.

Selbst ein Land wie Ägypten, in dem sich kapitalistische Produktionsverhältnisse nun schon über fast zwei Jahrhunderte allmählich, wenn auch nicht gradlinig, herausgebildet und konsolidiert haben und welches über die im Vergleich zu anderen arabischen Staaten am breitesten diversifizierte materiell-technische Basis der Wirtschaft verfügt, wird von den Folgen der Marktradikalisierung des Kapitalismus und deren gefährlichen Verwerfungen mit voller Wucht getroffen. So geriet das Land bei stetig steigender Auslandsverschuldung mehr und mehr in die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten und vor allem vom Technologietransfer. Durch den Profittransfer ausländischer Monopole, die Zahlung für Schuldendienste sowie durch Flucht ägyptischen Geldes fließt mehr Kapital aus Ägypten in westliche Staaten als umgekehrt. Mit der Konsequenz, dass die Zeche dafür von der einheimischen Bevölkerung zu tragen ist und dass die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, aber nicht zuletzt auch unter akademisch Gebildeten, geradezu schwindelerregend weiter steigt

und das allgemeine Lebensniveau immer mehr absinkt. Fortgesetzte Preissteigerungen, an erster Stelle für Grundnahrungsmittel, von 50 Prozent und mehr, tragen hierzu in hohem Maße bei.

2. US-amerikanisch-russische Rivalitäten

Dass die Region mit Ende des zweiten Weltkrieges zu einem der Hauptaustragungsorte der Blockkonfrontation geworden ist, war jedoch keineswegs zufällig. Die USA hatten nämlich schon vor der Übernahme ihrer Führungsrolle innerhalb der westlichen Welt nach dem zweiten Weltkrieg das Interesse an der globalstrategisch so bedeutsamen Region bekundet,⁷ die von ihr dann in den 1950er Jahren zur "vitalen Interessenssphäre" erklärt worden war.

Zu Zeiten des Kalten Krieges ging es hauptsächlich um den Wettbewerb der Gesellschaftssysteme, also um das Bemühen, die politisch unabhängig gewordenen Staaten auf die jeweilige eigene Seite zu ziehen und mithin Einfluss auf die Orientierung dortiger gesellschaftlicher Entwicklungen zu nehmen.

Die nationalen Emanzipationsbestrebungen, die sich in mehreren Nahoststaaten unter dem politisch-ideologischen Einfluss arabisch-nationalistischer Spielarten und getragen von Vertretern der Zwischenschichten, vornehmlich der militärischen Intelligenz, ausprägten, gerieten folglich rasch in das Fadenkreuz US-imperialer Missliebigkeiten. Dementsprechend wurde den Kräften, die westlichen Interessen entgegenstanden und die sich unter dem Banner antiimperialistischer nationaler Selbstbestimmung versammelten, entweder mit direkter Gewalt oder dem Einsatz verschiedenster konspirativer Mittel begegnet.⁸ Während der Ostblock Entwicklungen wie die Nationalisierung von Erdöl oder die Verstaatlichung einheimischer Großunternehmen und die Durchführung von Agrarreformen nicht nur begrüßte, sondern auf vielfältige Weise zu unterstützen bestrebt war, weil er darin eine Reserve seines angestrebten sozialistischen Vormarsches in der Welt erblickte, suchte sie der Westen nicht nur als feindlich einzustufen, sondern deren Träger möglichst wieder aus dem Beziehungsgefüge zu Moskau herauszulösen. So im Falle Ägyptens nach dem Tode von Nasser 1970 unter der Präsidentschaft von Anwar al-Sadat. Anders das Baath-Regime in Syrien, das sich unter ausdrücklicher Berufung auf seine panarabisch-nationalistische Ideologie derartigen Versuchen gegenüber als eher unwillig erwies. So wunderte es dann auch nicht, dass dieses Land als eines der ersten auf die 1979 in den USA erstellte

7) So unterzeichnete die amerikanische "Standard Oil Company of California" für die USA im Mai 1933 mit der saudischen Regierung einen auf 66 Jahre bemessenen Konzessionsvertrag zur Erkundung und Ausbeutung von Erdöl in Saudi-Arabien. Die am 14. Februar 1945 auf dem US-Kreuzer "Quincy" geführten Gespräche zwischen US-Präsident Roosevelt und König al-Saud fungierten als programmatische Grundlage für die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen speziell in Saudi-Arabien.

8) In den 1950er Jahren mit dem vorrangigen Ziel, eine weitere ideologische Expansion des kommunistischen Ostblocks zu verhindern. So der 1953 in Iran von der CIA betriebene Sturz von Mossadegh, wegen dessen an den nationalen Interessen Irans orientierten und sich gegen ausländische Einmischung wendenden Politik; 1956 der gegen Ägypten geführte Krieg wegen der von der Nasser-Regierung verfügten Verstaatlichung des Suez-Kanals oder 1958 in Libanon die Landung der damals berüchtigten Ledernacken zur Wiedereinsetzung der zuvor durch einen Volksaufstand gestürzten proamerikanischen Machtriege Chamoun/Malik.

Terrorstaatenliste gesetzt worden ist. Traditionalistische autoritär verfasste Herrscherhäuser hingegen hatten wegen ihrer Ausrichtung auf den Westen nichts zu befürchten. Deren Stabilität und Sicherheit galt als sakrosankt. Da störte es auch nicht, dass – entgegen allen vom Westen ansonsten beschworenen Werten von Demokratie und Menschenrechten –, diese ihre demokratiefeindlichen Herrschaftsmethoden teilweise mit brutaler Gewalt durchzusetzen suchten und die Bevölkerung ihrer Länder von nahezu jeglicher Partizipation fernhielten. Folglich war jegliche eigene Demokratieerfahrung unter derartigen Bedingungen kaum zu erwerben. Zugleich erwiesen sich sowohl nationalistische als auch islamistische Ideologiemuster als unfähig, den pluralen ethnischen wie religiösen Gegebenheiten der betreffenden Länder Rechnung zu tragen. Insbesondere der jeweilige Anspruch auf entsprechende Exklusivität (Arabersein und damit keine entsprechende nationale Minderheitenpolitik bzw. Dominanz des Sunnitischen oder Schiitischen und damit keine religiöse Minderheitenpolitik) trug hierzu bei.

Heute, da es in der Region vor allem um den Widerstreit zwischen den USA und Russland über den Charakter unserer Weltordnung im 21. Jahrhundert und mithin auch der Regionalordnung geht, scheinen Syrien und das Baath-Regime in Damaskus erneut ein Schlüsselglied zu sein. Inwieweit gelingt es den USA, die nach dem Ende der Blockkonfrontation angestrebte Neuordnung der internationalen Beziehungen unter ihrer Ägide zu gestalten? Oder vermag sich ein eher multipolarer Ansatz, wie von Russland präferiert, durchzusetzen, bei dem sich Russland auf das in der UN-Charta verankerte Nichteinmischungsprinzip beruft und von dem es seine strikte Ablehnung jeglicher von außen beförderter Regime-Wechsel ableitet? Das steht jedoch im krassen Widerspruch zu US-amerikanischen Intentionen, denen – wie sich in Irak 2003 und in Libyen 2011 gezeigt hat – eben gerade daran als erklärter Bestandteil des von den USA anvisierten "Neuen Nahen Ostens"⁹ gelegen ist. Aus US-Sicht verkörpert das Damaszener Regime, gestützt auf seine Baath-Ideologie als Gesellschaftsmodell eines "dritten Weges", ein überholtes Relikt aus der Ära der Blockpolarität, welches bereits bei seiner Machtübernahme im März 1963 als missliebig galt. Und dies nun umso mehr, als dessen zu jenen Zeiten politisch-ideologisch begründete Anbindung an Moskau, wenn auch auf veränderten Prämissen, weiterhin fortbesteht.

Dass sich Russland mit Ausbruch der innersyrischen Auseinandersetzungen unmissverständlich an die Seite des Baath-Regimes gestellt hat, ist zum einen darin begründet, dass es durch äußere Kräfte beförderte

Regime-Changes ablehnt. Deshalb hat es auch mehrmals von seinem Veto-Recht Gebrauch gemacht, um eine Wiederholung des "Libyschen Szenarios" im Wege des gezielten westlichen Missbrauchs einer UN-Sicherheitsratsresolution zu verhindern. Mit seinem direkten militärischen Eingreifen seit September 2015 hat es wesentlich dazu beigetragen, dass das Baath-Regime – anders als vergleichsweise 2003 das dortige in Irak – Teil der Lösung der Syrien-Krise bleibt. Zum anderen hat es bei alledem auch eigene Interessen im Auge. Dazu gehört neben seinem Flottenstützpunkt in Tartous auch die erst neuerdings in Humaimim errichtete Luftwaffenbasis.

Obwohl es – trotz oder gerade wegen des direkten russischen Militärengagements in Syrien – in der bilateralen Kooperation zwischen den USA und Russland seit Anfang 2016 vor allem im Hinblick auf die Beendigung dortiger Kampfhandlungen bestimmte Fortschritte gegeben hat, hapert es jedoch weiterhin an der erforderlichen Vertrauensbildung. Russland ist es dank seiner Syrien-Politik in hohem Maße gelungen, seine Rolle als ein wieder maßgeblicher Player auf der internationalen wie nahöstlichen Bühne zu untermauern. Damit werden die Bestrebungen der USA auf die Etablierung ihrer Hegemonierolle unterlaufen. Nur ein fairer Interessenausgleich zwischen beiden wäre in der Lage, die Zuspitzungen in der Region nachhaltig de-eskalieren zu helfen und darauf aufbauend einer tragfähigen internationalen wie regionalen Ordnung den Weg zu bahnen.

3. "Arabischer Frühling" – Katalysator durch US-Krieg 2003 ausgelöster regionaler Dynamiken

Obwohl die unter dem Begriff "Arabischer Frühling" firmierende und sich – beginnend mit den Präsidentenstürzen in Tunesien und Ägypten Anfang 2011 – nahezu flächendeckend über alle arabischen Staaten der Region ausbreitende Protestbewegung ihr eigentliches Ziel der Erköpfung von "Karama, Hurriya, Adala (Würde, Freiheit, Gerechtigkeit)" nicht zu erreichen vermochte, markiert dieses Ereignis dennoch einen historisch bedeutsamen Einschnitt. Und zwar insofern, als damit eine weitere Verschiebung der innerregionalen Kräftebalance einhergegangen ist und sich die durch den US-Krieg gegen Irak in Gang gesetzte Dynamiken noch verschärfend beschleunigt haben.

Nicht nur ist nun Irak auf bestem Wege zu einem "gescheiterten Staat" und droht Syrien unter Umständen ein analoges Schicksal. Damit stünde zugleich die bisherige, auf der Basis von "Sykes-Picot" fußende Territorialordnung zur Disposition. Vor allem aber hat ein gefährliches Ringen um eine regionale Vormacht-

9) Gemäß inzwischen publik gewordenen Planspielen des Pentagon von Anfang der 2000er Jahre war zu solchen Wechsel-Zwecken von als missliebig eingestuften Regimes durchaus noch eine Reihe weiterer Kriege in der Region vorgesehen. Darunter an vorderer Stelle auch gegen Syrien – also weit vor Ausbruch der dortigen Auseinandersetzungen. Die Idee von der Schaffung eines "Neuen Nahen und Mittleren Ostens" geht übrigens auf die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice zurück und ist von ihr 2006 während des von Israel geführten Libanon-Krieges ins Spiel gebracht worden als Präzisierung des bis dato von den USA postulierten Projekts eines so genannten Greater Middle East.

stellung eingesetzt, durch das die Region mehr und mehr an den Abgrund gerät, und zwar aufgrund des hier vorhandenen riesigen Kriegsgerätearsenals, dessen beständige Bestückung von weltweiten Waffenproduzenten als einträgliches Geschäft angesehen wird.

3.1. Implodierender Irak und Entstehung von IS

Vielen mag nach wie vor als genugtuend erscheinen, dass in Bagdad das von Saddam Hussein geführte Baath-Regime von der Macht verdrängt worden ist. Nichtsdestoweniger aber hat sich der speziell zu diesem Zweck von den USA vom Zaune gebrochene Krieg in mehrfacher Hinsicht als ein völliges Desaster herausgestellt, beginnend damit, dass dessen Hauptbetreiber Ex-US-Präsident George W. Bush in eklatanter Weise Völkerrecht gebrochen und damit anstatt der "Stärke des Rechts", das "Recht des Stärkeren" demonstriert hat. Obwohl doch sein Vater und Vorgänger im US-Präsidentenamt eigentlich nach dem Ende der Blockkonfrontation unter US-Hegemonie den Anbruch einer neuen Ära verheißen hatte, "einer Ära, in der die Völker der Welt, Ost und West, Nord und Süd, prosperieren und in Harmonie leben können".¹⁰ Stattdessen aber sah sich Irak nach der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges erlangten Unabhängigkeit erstmals wieder von ausländischen Truppen besetzt. Ein Umstand, der per se im Bewusstsein ehemals kolonial abhängiger Völker tiefe Wunden reißt, da die Befreiung von ausländischen Truppen eine der Hauptziele des früheren nationalen Befreiungskampfes gewesen ist und als eine dessen größter Errungenschaften gilt. Anstelle der versprochenen Beförderung von Demokratie und Menschenrechten bildete sich vielmehr ein System von Partikularinteressen heraus und wurde der Grundstein für das Entstehen und Wirken von IS gelegt – einschließlich der nun auch Europa und Deutschland erreichenden Folgeerscheinungen.

Der von der US-Besatzungsmacht installierte konfessionalistisch-ethnisch determinierte politische Machtteilungssproporz – ein Schiit als Ministerpräsident, ein Kurde als Präsident, ein Sunnit als Parlamentspräsident – trug maßgeblich mit dazu bei, dass sich seit her Sunniten und Schiiten in immer offenerer Feindschaft begegnen. Nach diesem Proporz liegt die politische Macht im Land in der Hand von Schiiten, die diese zugunsten der eigenen Klientel und mithin zu Lasten der Stellung von Sunniten in Politik, Militär und Verwaltung zu nutzen bestrebt sind. Die Kurden hingegen verfügen über eine de facto Selbstständigkeit über die drei nördlichen Provinzen des Landes –

Erbil, Dohuk und Suleimaniya – und verfolgen, wenn dort auch untereinander teilweise heftig zerstritten, im irakischen Zentralverbund ihre eigene Agenda. Somit sind die Sunniten die sichtlich benachteiligte Bevölkerungsgruppe – alles in allem eine Art bewusst herbeigeführte Umkehr der Verhältnisse wie zu Zeiten von Saddam Hussein wegen dessen sunnitischen Zugehörigkeit; obwohl das Regime selbst doch eigentlich eher säkular ausgerichtet gewesen ist.

Den heute politisch Verantwortlichen, namentlich die den Ministerpräsidenten stellende schiitisch-islamistische Dawa-Partei, geht es nicht in erster Linie um das Wohl des Landes und dessen Bevölkerung insgesamt, sondern zuvörderst um die Sicherstellung der eigenen Pfründe. Mit der Konsequenz, dass sich Irak im Prinzip seit den vergangenen 13 Jahren im Zustand sowohl anhaltend instabiler Sicherheitslagen¹¹ als auch permanenter Staats- und Regierungskrisen befindet.¹² Nicht nur wird ein Referendum über die Lösung der drei kurdischen Provinzen vom Rest Iraks immer wahrscheinlicher; zudem verstärken sich auch noch Autonomiebestrebungen des schiitischen Südens um die Hafenstadt Basra.

Mit diesem zugunsten der Schiiten veränderten Machtproporz ist zugleich auch eine Veränderung der sunnitisch-schiitischen Kräftebalance auf regionaler Ebene mit ihrerseits nachhaltigen Wirkungen eingegangen. So hat die grundgesetzlich verankerte Dominanz von schiitischen politischen Vertretern an den Schalthebeln der Macht in Bagdad dem schiitischen Mullah-Regime in Teheran die Chance zur Ausweitung seines politischen Einflusses in einem zusammenhängenden geografischen Raum eröffnet – sich von Iran über Irak und Syrien bis hin zur Levante erstreckend und vom jordanischen König deshalb auch sinnbildlich als "schiitischer Halbmond" bezeichnet. Durch ihn sieht sich insbesondere Saudi-Arabien herausgefordert, und er wird auch von Israel als seine ärgste Herausforderung angesehen. Neben dessen scharfer Kritik am Teheraner Nuklearprogramm, die sich gleichermaßen auf das nun ausgehandelte Atom-Abkommen bezieht, hat es ebenso stets die – israelischerseits auch als "Widerstandsachse" titulierte – Allianz zwischen Syrien, Iran und Hizbullah als "rote Linie" für sich eingestuft.

Als weitere, über die Region weit hinaus wirkende Tragödie dieses 2003er-US-Krieges gegen Irak ist zweifellos anzusehen, dass aus dessen Trümmern eine neue Stufe des islamistischen Extremismus erwachsen ist. Oder anders gesagt, dass dieser Krieg die eigentliche Ursache jenen Terror-Übels ist, welches nun mit aller Macht ausgerottet werden soll.

10) George H.W. Bush, Address Before a Joint Session of Congress, September 11, 1990.

11) Gemäß Zahlen der UN Unterstützungsmission für Irak (UNAMI) seien monatlich tausende Opfer zu beklagen; allein 2016 im März 1.119 Tote und 1.561 Verwundete – zumeist Zivilisten. Vgl. dazu Newsletter der Iraqi Democratic Movement "At-Tiyar" vom 17. Mai 2016.

12) Wie Anfang 2016, als Premierminister Haidar al-Abadi mit seinem Versuch, eine "Technokraten"-Regierung zusammenzustellen, um so der immer weiter ausufernden Korruption zu begegnen und zugleich eine höhere Professionalität beim Regieren sicherzustellen, sowohl auf den Widerstand seiner eigenen Partei als auch den seitens der Kurden traf. Weil damit vom Kern her das Klientel-Prinzip bei der Vergabe von Ministerposten wie bei den Beamtenstellen – angetastet würde. Rund 8.000 "Dawa"-Bürokraten müssten möglicherweise um ihre Jobs fürchten und Kurden könnten nicht mehr über das Ölministerium verfügen, zumal deren materielle Pfründe ohnehin schon durch den Ölpreis-Verfall erheblich geschrumpft sind.

Denn nicht nur hat Al-Qaida erst im Ergebnis dieses Krieges hier überhaupt festen Fuß gefasst, sondern es hat sich daraus dann über verschiedene Stufen schließlich dieser IS als eine besonders große zivilisatorische Herausforderung und sicherheitspolitische Bedrohung formiert – wie sich überhaupt daneben in Irak immer zahlreichere bewaffnete Gruppierungen gebildet haben. Dies wurde befördert durch die von der US-Besatzungsmacht veranlasste rigorose Ausgrenzung jeglicher in das Saddam-Regime eingebundener Personen und deren demütigende Behandlung in den Gefängnissen wie Abu Ghaib oder Camp Bucca – gepaart mit der sichtlichen Benachteiligung der sunnitischen Bevölkerungsteile insgesamt. Diese in toto aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Ex-Baathisten fanden offenkundig bei islamistischen Extremisten ein geeignetes Wirkungsfeld, um sich nicht nur an den Besatzern zu rächen, sondern sich möglicherweise auch Wege zur Rückkehr an die Macht erschließen zu wollen. Denen verdankt nun IS in erster Linie seine bisher besonders auffällige Professionalität und Schlagkraft.

Genau genommen verkörpert IS hinsichtlich seiner politisch-ideologischen Zuordnung eine Symbiose. Einerseits durchaus säkular ausgerichtete und rational handelnde Akteure in Gestalt ausgegrenzter Ex-Baathisten mit Erfahrungen im Kriegshandwerk wie in der staatlichen Administration verbinden sich mit andererseits ideologischen Eiferern, deren Geistesgut jenem in Saudi-Arabien als Staatsdoktrin fungierenden Wahhabismus¹³ vergleichbar ist. Im Unterschied zu Osama Bin Ladin, der seine Terror-Aktivitäten als Auftakt zu einem erst in der weiteren Zukunft liegenden Kalifat ansah und dessen Al-Qaida von ihm als flexibel operierendes Netzwerk geografisch autonomer Zellen konzipiert worden ist, hatte es IS zuerst einmal auf die Eroberung von Territorium zum Zwecke der eigenen Staatsgründung abgesehen. Und mit seiner dann im Sommer 2014 erfolgten Ausrufung des Kalifats "Islamischer Staat" wurde von ihm ein gezielter Angriff auf die bisherige staatsterritoriale Regionalordnung als ausdrückliche Korrektur von "Sykes-Picot" gestartet. Immerhin war es IS dabei zwischenzeitlich wie zuvor keiner vergleichbaren anderen Gruppierung gelungen, Gebiete von zwei souveränen Staaten

in durchaus beträchtlichem Ausmaß seiner militärischen Kontrolle und administrativen Verwaltung zu unterstellen, sich einen selbst tragenden Finanzstock zu verschaffen und die modernen digitalen Medien für die eigenen Zwecke einzuspannen.

Dass IS seine Kalifatsstaatsidee mit dem als Kalif Ibrahim¹⁴ inthronisierten Abu Bakr al-Baghdadi und Raqqa als Hauptstadt überhaupt ins Werk zu setzen vermochte, hat zweifellos mit dem auf syrischem Boden entstandenen Sicherheitsvakuum zu tun, welches im Zuge der Umwandlung der innersyrischen Auseinandersetzungen in gleich mehrere Stellvertreterkriege entstanden ist.¹⁵ Hinzu kommt die weit reichende finanzielle und andere materielle Unterstützung, darunter der reichliche Nachschub von Waffen. Weiter ist bedeutsam, dass es ihm lange Zeit ermöglicht worden ist, eine beständig wachsende Zahl tötungswilliger junger Männer aus allen Teilen der Welt, darunter Europa und Deutschland, zum Jihad – also zum heiligen Krieg unter dem Banner des Islam – nach Syrien einreisen und sich dessen Kriegskasse reichlich füllen zu lassen durch Freikäufe zuvor gekidnappter aus dem Westen stammender Personen, durch Verschacherung von Kunst- und Kulturgütern, auch auf westlichen Schwarzmärkten, durch die Erdöl-Vermarktung von eroberten Feldern und Raffinerien, durch reichlich fließende Geldströme von privaten Sponsoren aus Golf-Staaten. Wohl geschah dies alles in erster Linie zu dem Zweck, den anvisierten Sturz von Assad so noch weiter beschleunigen zu können. Hatte eine solche zeitweilige Instrumentalisierung doch schon zuvor in Afghanistan funktioniert, als sunnitisch-salafistisch-jihadistische Kämpfer vom Schlage eines Osama Bin Ladin und der von ihm implementierten Al-Qaida gegen die sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan nachweislich von den USA und Saudi-Arabien gepöppelt worden waren. Bis sie dann nach Erfüllung ihrer Mission und der Änderung ihrer Stoßrichtung auf saudische und US-Ziele zu außerhalb jeden Rechts und Gesetzes bekämpften Feindbildern geworden sind.

Die Frage aber ist, ob sich für IS tatsächlich, wie verschiedentlich Analysten meinen, mit der Zerschlagung des von ihm ausgerufenen Kalifats auch dessen eigene Daseinsgrundlage erübrigen würde.¹⁶ Damit

13) Benannt nach dem Religionsgelehrten Mohammed Ibn Abdelwahhab (1703-1792), einem Anhänger des extrem orthodoxen Islamgelehrten Ibn Taimiya (1263-1328), der wiederum ein glühender Verfechter von Ahmed ibn Hanbal (780-855), dem Begründer einer der vier sunnitischen und mit der Anwendung der Körperstrafen besonders rigiden Rechtsschule. Ursprünglich ausgeformt "als Ideologie der Neubildung eines Nomadenstaates in bewusster Abgrenzung vom Heiligenkult, von der Mystik der Schiiten und von dem Islam des Osmanenreiches als extremer Purismus". Vgl. dazu Burchard Brentjes, *Unter Halbmond und Stern. Der Islam A Religion, Weltanschauung oder Lebensweise?*, Berlin 1980, S.117.

14) In dem einzigen von ihm per Bild übermittelten Video aus Anlass der Kalifatsausrufung hat er überdies die Renaissance des Kalifats als eine lange Zeit vernachlässigte Pflicht der Muslime zu begründen gesucht. Wobei dieses wohl nicht allein als politische Entität, sondern zugleich als ein Mittel zur Errettung dienen soll.

15) Anfangs hatte IS – unter dem damaligen Kürzel ISIS oder ISIL – in Syrien durchaus noch als militärische Abteilung auf Seiten der "Freien Syrischen Armee" gegen das Assad-Regime operiert. Dann jedoch bald danach mit Jabhat al-Nusra eine separate Abteilung unter Führung von Mohammed al-Golani gebildet, der einst als Stellvertreter des als Begründer von IS geltenden und im Juni 2006 bei einem US-Angriff in Irak getöteten Abu Musab al-Zarkawi fungiert hatte. Dass es inzwischen zum Zerwürfnis zwischen IS und dieser Jabhat gekommen ist, hat offensichtlich mit deren Weigerung zu tun, sich der Führung von Abu Bakr al-Baghdadi zu unterstellen, sondern sich stattdessen lieber weiterhin gegenüber Al-Qaida-Anführer und Bin Ladin-Nachfolger Ayman al-Zawahiri loyal verhalten zu wollen. Inzwischen will sich die Nusra-Front – so dies dann tatsächlich stimmen sollte – auch von Al-Qaida losgesagt haben; höchstwahrscheinlich, um so der Einstufung als Terrororganisation zu entkommen. Zumindest operiert sie neuerdings unter der Bezeichnung Jabhat Fatih al-Scham (Syrische Eroberungsfront).

16) Wie beispielsweise von Graeme Wood in seiner im März 2015 bei The Atlantic unter dem Titel "What ISIS Really Wants", publizierten Studie unterstellt. Während wiederum andere davon ausgehen, dass sich mit dem Tod von al-Baghdadi das Kalifat erledigt haben würde, da dieses mit seiner speziellen

fühlten sich sicherlich vor allem auch jene Politiker bestätigt, die davon überzeugt sind, ihn militärisch besiegen zu können. Indessen aber ist wohl eher zu vermuten, dass je stärkerem Druck er sich in seinen bisherigen territorialen Standorten ausgesetzt sieht, desto größer seine Entschlossenheit sein wird, sich der Kampfmethodik von Al-Qaida wieder zu nähern, also dezentralisierter zu agieren, was ihn möglicherweise noch unberechenbarer werden lässt.

In der Tat ist dessen einstiges Territorium von der Größe Großbritanniens inzwischen erheblich geschrumpft. So hat IS im Zeitraum Januar 2015 bis März 2016 ein reichliches Fünftel davon wieder verloren; davon in Irak fast 40 Prozent. In Syrien schlug für ihn vor allem die Rückeroberung von Palmyra durch syrische Regierungstruppen mit russischer Luftunterstützung nachhaltig negativ zu Buche. Auch hat er eine nicht unbeträchtliche Zahl seiner Kämpfer eingebüßt – getötet in erster Linie durch Luftschläge der US-geführten Anti-IS-Koalition. Immer länger wird gleichfalls die Liste seiner zu Tode gekommenen Führungsfiguren, darunter mehrere Militärkommandeure sowie Verantwortliche aus den Bereichen Finanzen, Justiz, Verwaltung und dem Ölgeschäft aus teilweise dem engsten persönlichen Umfeld von Abu Bakr al-Baghdadi, um dessen eigenes Schicksal es gleichfalls schon seit geraumer Zeit vielerlei Gerüchte gibt. Bis hin schon zu wiederholten Meldungen über dessen Tod. Ebenso haben sich durch die Zerstörung von Raffinerien und Sammelstellen für den Öltransport die Möglichkeiten zur Akquirierung finanzieller Mittel erheblich eingeschränkt, was sich nicht zuletzt in einer bereits sehr drastischen Kürzung des monatlichen Solds für die Kämpfer niederschlägt. (Immerhin hatte IS nach Experten-Schätzungen 2014 noch rund 3 Millionen US-Dollar pro Tag zu generieren vermocht.) Das alles trägt zum Absenken der Kampfmoral bei und lässt die Zahl der Fahnenflüchtigen steigen.

Nichtsdestoweniger wäre es aber ein Trugschluss annehmen zu wollen, dass IS allein mit militärischen Mitteln auf Dauer zu besiegen wäre. Sollen doch die für sich annoncierten Terroranschläge in Paris, Brüssel oder auch in Ansbach vor allem der westlichen Welt signalisieren, dass IS entschlossen ist sich für die gegen ihn gerichteten Militärschläge zu rächen und gleichzeitig zu demonstrieren, dass die Zahl seiner autonom handelnden Zellen im Westen wächst. Die Botschaft lautet: Al-Qaida konnte schon nicht in 15 Jahren "Krieges gegen den Terror" ausgemerzt werden, stattdessen ist mit IS noch eine weitere Stufe islamistischen Extremismus entstanden, dessen Bekenner sich inzwischen schon nahezu um die halbe Welt verteilen, die immerhin auch schon auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel und im libyschen Syrte sowie im Norden Malis Gebiete ihrer Kontrolle zu unterwerfen vermocht haben.

3.2. Brisantes regionales Vormachtgebaren

In dem Bestreben, den "Arabischen Frühling" für eine zu ihren Gunsten veränderte regionale Kräftebalance zu nutzen, haben die Regionalmächte entscheidend zu dieser allgemeinen Gewalteskalation beigetragen. Das führte dazu, dass sich die Region – wie eigentlich schon seit Jahrzehnten nicht – wieder entlang konfessionalistischer Trennlinien aufgespalten hat und sich autoritaristische, antidemokratische Herrschaftsverhältnisse anscheinend stärker denn je zu behaupten suchen. Auch gehen dezidiert jene Mächte, die als engste strategische Verbündete der USA gelten, namentlich Israel, Saudi-Arabien und die Türkei, erkennbar zu ihr auf Distanz und spielen zunehmend ihr eigenes, äußerst riskantes Spiel.

Obwohl auch Golf-Monarchien von der Welle des sich im Rahmen des "Arabischen Frühlings" entfaltenden massenhaften Zorns erfasst worden waren, konnte diese dort geschickt abgewendet werden – mittels entweder großzügiger Sozialprogramme oder, wie im Falle Bahrains, des gewaltsamen Niederkartätschens durch saudische Truppenverbände. Zugleich aber haben es diese Golf-Monarchien verstanden, die mit dem "Arabischen Frühling" einhergehende dezidierte Schwächung der republikanisch verfassten Regimes, allen voran in Ägypten und in Syrien, für die Neujustierung der eigenen Rolle zu nutzen, indem sie sich als Unterstützer der politischen Neuordnung in der Nahostregion gerieren und gleichzeitig das Epizentrum der arabischen Welt auf die Arabische Halbinsel zu verlagern suchen. Oder anders gesagt, indem sie anstelle von Kairo, Beirut, Damaskus oder Bagdad, wo über die Jahrzehnte versucht wurde, eine eher säkular ausgerichtete Meinungsführerschaft zu prägen, diesen Platz nun Er-Riyad zuweisen wollen – allerdings mit der Konsequenz nicht nur einer sichtlichen Re-Islamisierung, sondern auch der Zunahme konfessionalistisch determinierter Spannungen zur Durchsetzung der eigenen Vormachtambitionen.

3.2.1. Saudisch-iranisches Spannungsgefüge

So gesehen kann es eigentlich kaum noch überraschen, dass sich gerade im Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und Iran seit der im Ergebnis des 2003er-US-Krieges beginnenden Verschiebung der Kräftebalance zugunsten des iranischen Einflusses in der Region die Spannungen sichtlich weiter verschärft haben. Ebenso ist es nicht verwunderlich, dass diese insbesondere seit der Machtübernahme der Mullahs in Teheran 1979 schwelende Intimfeindschaft auch heftig auf syrischem Boden ausgetragen wird und die im Zuge des "Arabischen Frühlings" dort im Innern ausgebrochenen Kämpfe rasch in Stellvertreterkriege umgeschlagen sind. Währenddessen möchte Saudi-Arabien wegen Syriens Allianz mit Teheran unbedingt den Sturz des Baath-Regimes unter Assad her-

Vita verbunden sei. Eben, weil sich die Herkunft des 1971 unter dem Namen Ibrahim Awad al-Badri geborenen al-Baghdadi auf den Stamm und sogar die Familie des Propheten zurückverfolgen lassen soll.

beiführen, um so vor allem Iran eine empfindliche Schlappe beizubringen. Gleichzeitig möchte Saudi-Arabien das seit langem – allein wegen dessen säkular ausgerichteten Anspruchs auf eine Führungsrolle bei der Renaissance der arabisch-islamischen Welt¹⁷ – verhasste Regime in Syrien eliminieren. Ihm wird politisch außer seiner Verbrüderung mit dem schiitischen Iran vor allem die Beeinflussung des innerlibanesischen Kräftegefüges zugunsten der schiitischen Hizbullah¹⁸ auf Kosten der dortigen Sunniten angelastet.

Es ist auffällig, dass seit der Inthronisierung von König Salman Bin Abdul-Aziz al-Saud und der Ernennung dessen Sohnes Mohammed Bin Salman zum stellvertretenden Kronprinzen, zweiten Vizepremier und Verteidigungsminister das saudische Vormachtgebaren immer rigoroser durchzusetzen versucht wird, bis hin zur offenen Aggressivität.¹⁹ Dies ist offenkundig von der Überzeugung getragen, als Hüter der heiligen Stätten des Islam in Mekka und Medina zur Führungsrolle historisch berufen zu sein, allerdings mit dem fragwürdig postulierten Ziel, eine neue Ära des Friedens und der Stabilität begründen sowie einen neuen Nahen Osten zum Wohle der Araber und der Muslime schaffen zu wollen.²⁰

Offenkundig ist die beiderseitige Instrumentalisierung der bestehenden religionsideologischen Unterschiede zwischen Saudi-Arabien und Iran: einerseits die saudische erzkonservative, wahhabitisch geprägte Staatsdoktrin und andererseits die iranische, von den Wahhabiten und anderen Salafisten als Ketzertum bezeichnete schiitische Islam-Interpretation. Doch dessen ungeachtet geht es in ihrem Verhältnis doch hauptsächlich um reale Machtpolitik. Seit der Vereinbarung des Atom-Abkommens wird saudischerseits Iran noch umso mehr gefürchtet, als davon ausgegangen wird, dass Iran im Zuge der gelockerten Sanktionen nicht nur zu früherer ökonomischer Stärke zurückfinden, sondern auch eine Veränderung im Verhältnis des Westens ihm gegenüber eintreten könnte. Obwohl es, zumindest was die US-Haltung betrifft, im Moment kaum wirkliche Anzeichen dafür gibt, da sich beider Interessen in der Region doch fundamental unterscheiden und das Mullah-Regime anscheinend davon ausgeht, weiterhin ein Kandidat der US-Regime-Change-Strategie zu sein. Nichtsdestoweniger aber hat sich westlicherseits wenigstens die Erkenntnis durchgesetzt, wonach Iran von keinerlei Regelungen politischer Art

in der Region mehr ausgeschlossen werden könne, wie das noch Anfang 2014 im Zusammenhang mit dem damaligen, neuerdings auch als Genf II bezeichneten, und mithin gescheiterten politischen Lösungsversuch der Syrien-Krise geschehen war.

Bei aller saudischen Unterstützung für den Sturz des Assad-Regimes als Vehikel zur Schwächung des iranischen Einflusses liegt dennoch für Er-Riyad eindeutig das Schwergewicht der Auseinandersetzung mit Iran im unmittelbaren geografisch-nachbarschaftlichen Umfeld. Denn die auf der Arabischen Halbinsel ansässigen Schiiten werden seit eh und je als eine Art "Fünfter Kolonne" Irans angesehen und folglich wird jeglicher Protest von deren Seite gegen religiöse Diskriminierung wie soziale und politische Benachteiligung als mehr oder weniger von Teheran gesteuert interpretiert. Dies gilt natürlich auch für die etwa 15 Prozent Schiiten im eigenen Land, zumal diese hauptsächlich im ölfreien Nordosten angesiedelt sind. Deshalb wurde 2011 die blutige Niederschlagung der wesentlich von Schiiten getragenen Protestbewegung in Bahrain – die dort immerhin 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen – mit der Begründung zu rechtfertigen versucht, diese seien von Iran dazu aufgewiegelt worden. Und deshalb wird jetzt ein Vernichtungskrieg in Jemen gegen die sich zum Schiitentum bekennenden und etwa ein Drittel der Bevölkerung umfassenden Huthis geführt. Ihnen wiederum wird vorgeworfen, sich mit Iran bei der Verjagung des sunnitischen Präsidenten Abd Rabbo Mansour Hadi Anfang 2015 aus Sanaa verbündet zu haben.

Saudi-Arabien ist – wie in Bahrain so auch in Jemen, welche es zudem als seine vitale Interessenssphäre definiert – nicht bereit, irgendwelche Verschiebungen im Kräfteverhältnis zu schiitischen Gunsten zuzulassen. Noch umso mehr, als zu Jemen das strategisch bedeutsame Bab al-Mandib (Tor des Wehklagens) gehört, jene 27 km breite Meerenge, die das Rote Meer mit dem Golf von Aden verbindet. Die saudischen Interessen sind augenscheinlich darauf gerichtet, sich mit diesem Krieg vor allem auch die dauerhafte Kontrolle über das Rote Meer zu sichern. So gesehen erschließt sich, warum Saudi-Arabien gerade jetzt die Rückübertragung der saudischen Hoheitsgewalt über die beiden südlich des Eingangs zum Golf von Akaba gelegenen Inseln Tiran und Sanafir vertraglich mit Ägypten fixiert hat.²¹ Damit hätte sich

17) So prangt als Motto der Baath-Partei, was in der Übersetzung aus dem Arabischen Partei der Renaissance oder Wiedergeburt heißt, überall die Losung: Die einheitliche arabische Umma (Gemeinde, Nation) A Träger einer ewigen Sendung.

18) Vor allem, um auch das militärische Gewicht von Hizbullah im Vergleich zur libanesischen Armee zu schwächen, hatte Saudi-Arabien Ende 2013 dem Staat Libanon eine Finanzhilfe in Höhe von drei Mrd. US-Dollar gewährt, und zwar zielgerichtet bestimmt für den Ankauf von Kriegsgüter aus Frankreich, die es allerdings inzwischen erst einmal wieder eingefroren hat – als eine Art Strafe dafür, dass in Libanon Hizbullah nicht endlich zur Raison gebracht wird, sondern militärisch wie politisch weiterhin eine derartig einflussreiche Rolle zu spielen vermag. Immerhin ist Hizbullah im Parlament wie in der Regierung vertreten und gilt sie in militärischer Hinsicht als best organisierte und am meisten disziplinierte libanesischen Kraft.

19) Was umso besorgniserregender ist, als Saudi-Arabien jährlich rund 60 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke bereitstellt und im weltweiten Ranking der Waffenimporteure unter den ersten Zehn rangiert. Vergleichsweise bringt es Iran auf nur knapp ein Drittel davon.

20) Vgl. Hassan Bin Youssef Yassin, *Hope and life beyond the storm*, gepostet am 1. April 2016 auf www.arabnews.com

21) Diese eigentlich zur saudischen Provinz Tabuq gehörenden Inseln hatte König al-Saud einst ägyptischer Hoheit unterstellt, um nicht in eventuelle Streitigkeiten über die Straße von Tiran hineingezogen zu werden. Nun befinden sie sich gemäß der in der ersten Hälfte April 2016 unterzeichneten Vereinbarung zwischen König Salman und Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi wieder in der vollen Verfügbarkeit Saudi-Arabiens. Während sich al-Sisi dessentwegen nicht nur scharfer und sich hauptsächlich an seiner Person entladender Proteste zu erwehren hatte, sondern was sogar auch per oberstem Gerichtsbeschluss abgelehnt worden ist.

Saudi-Arabien dann die Kontrolle über alle Passagen durch das Rote Meer – vom Norden wie vom Süden – gesichert, wie auch die Kontrolle über den Zugang von Seeseite zu den beiden Hafenstädten, Eilat in Israel und Akaba in Jordanien.

In dem Maße, wie Saudi-Arabien einerseits mit aller Macht, einschließlich Krieg in Jemen und Stellvertreter-Krieg in Syrien, seine Hegemonie durchzusetzen trachtet, spitzen sich allerdings im Innern des Landes auf verschiedensten Ebenen die Widersprüche zu. Dass König Salman flugs nach der eigenen Thronbesteigung seinen Sohn Mohammed mit einer derartigen Machtfülle ausgestattet hat, mag ein Hinweis darauf sein; selbst wenn Salmans Altersschwäche und beeinträchtigter Gesundheitszustand in Rechnung gestellt werden. Aber wohl nicht umsonst sucht sich der 30-jährige Vize-Kronprinz nicht nur als Kriegsherr, sondern auch als Modernisierer von Wirtschaft und Gesellschaft zu profilieren. Mit der von ihm im April 2016 vorgestellten – und inzwischen auch bereits im US-amerikanischen Silicon Valley beworbenen – "Vision 2030"²² soll Saudi-Arabien bis dahin unabhängig vom Öl sein und sich gleichzeitig eine moderne, stärker diversifizierte und in erster Linie vom Privatsektor getragene Ökonomie herausbilden.²³

So beeindruckend diese, wenn auch allein schon von ihrem Zeitrahmen her äußerst ehrgeizigen Reformpläne einerseits sein mögen, verschärft sich damit andererseits jedoch das saudische Gesellschafts- wie Herrschaftsdilemma. Es ist schwer vorstellbar, wie es gelingen soll, die bislang äußerst abgeschottete und extrem konservativ ausgerichtete saudische Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen mit den aus den Reformplänen resultierenden Erfordernissen einer sozialen wie gesellschaftlichen Öffnung, wo zur Zeit beispielsweise nicht einmal das Fahrverbot für Frauen aufzuheben gewagt wird. Denn mehr noch als auf ökonomischem Gebiet ginge es für Saudi-Arabien um eine grundlegende Umwälzung seiner Gesellschafts- wie Herrschaftsstruktur. Das hieße aber zugleich, die enge Verwobenheit zwischen dem Herrscherhaus al-Saud und der wahhabitischen Geistlichkeit zur Disposition zu stellen. Doch damit stünden die bisherige Identität des Staates wie die Legitimi-

on des Saud-Clans gleichfalls in Frage. Während nämlich dessen uneingeschränkter Machtanspruch durch den wahhabitischen Klerus legitimiert wird, beansprucht dieser wiederum im Gegenzug dafür den Zugriff auf die Bildungs- und Erziehungsinhalte sowie die strikte Anwendung der hanbalitischen Rechtssprechung mit den berüchtigten Körperstrafen.²⁴ Gerade an dieser engen Symbiose zwischen Herrscherhaus und Geistlichkeit sind bislang jegliche Reformansätze letztlich immer wieder gescheitert und ist darin eine wesentliche Ursache für das konfessionalistische Aufheizen der Spannungen mit Iran zu suchen.

Zudem sieht sich Saudi-Arabien nun unmittelbar in seinen eigenen Sicherheitsinteressen bedroht und zur Implementierung einer eigenen Anti-Terror-Strategie veranlasst. Denn immer besorgniserregender ist der Vormarsch der einst von ihm selbst wie von saudischen privaten Geldgebern gepöppelten salafistisch-islamistisch-jihadistischen Gruppierungen, wie Al-Qaida oder IS, auf der Arabischen Halbinsel. Dies gilt umso mehr, als diese Gruppierungen das mit dem saudischen Jemen-Krieg dort entstandene Sicherheitsvakuum für sich zu nutzen verstehen. So kontrolliert "Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP)" mittlerweile weite Gebiete im Osten Jemens um die Hafenstadt Mukalla und werden selbst die heiligen Städte in Saudi-Arabien, Mekka und Medina, von Autobomben-Anschlägen des IS erschüttert.²⁵ Überdies ist seit längerem die Sorge groß vor möglichen saudischen Rückkehrern aus deren Reihen.²⁶ Nicht nur sind betreffende Gruppierungen allesamt auf die Terrorgruppenliste gesetzt und wird deren Anhängern Verfolgung mit Haftstrafen bis zu 20 Jahren angedroht. Auch sind sie laut einer Fatwa des saudischen Großmuftis, der höchsten religiösen Autorität im Land, vom August 2014 nunmehr auch zum "Feind Nummer Eins des Islam" erklärt worden.

Das saudische Paradoxon indessen ist, dass insofern Gemeinsamkeiten mit IS wie Al-Qaida bestehen, als sie theologisch wie ideologisch auf derselben sunnitischen Spielart fußen: in theologischer Hinsicht auf dem Salafismus²⁷ und in ideologischer Hinsicht auf dem die staatsideologische Grundlage Saudi-Arabians bildenden Wahhabismus. Dementsprechend

-
- 22) Deren Hauptbestandteil bildet die Teilprivatisierung von ARAMCO. Nicht später als 2018 sollen maximal fünf Prozent von deren Kapitalanteilen an die Börse gebracht und der ARAMCO-Besitz in einen neuen Staatsfonds übergehen, dessen durch anschließende Privatisierungen erzielter Kapitalgewinn dann als Substitut für die bisherigen Erdöleinnahmen vorgesehen ist. Einen weiteren wirtschaftlichen Schwerpunkt speziell auch für die Bereitstellung einer größeren Zahl von Arbeitsplätzen soll die Bergbauindustrie bilden. Zudem ist der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie geplant mit dem Ziel, sich waffentechnisch dann in hohem Maße selbst zu versorgen – wobei sich diese Eigenversorgung bislang auf einen Anteil von lediglich zwei Prozent beläuft.
- 23) Wie andere Staaten in der Region steht Saudi-Arabien gleichfalls vor der drängenden Aufgabe, der Jugend Arbeitsplätze und eine Lebensperspektive zu eröffnen. Immerhin sind auch hier mehr als die Hälfte der Saudis jünger als 25 Jahre und werden bis 2020 rund 4,5 Millionen junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt drängen.
- 24) Deshalb also auch das rigorose Strafmaß von 10 Jahren Haft und zusätzlichen 1000 Peitschenhieben gegen den saudischen Blogger Ra'if Badawi, der auf seiner Webseite lediglich für eine Liberalisierung im Islam eingetreten war.
- 25) So wurden am vorletzten Tag des Ramadan 2016 gleich drei Ziele, mit zudem unterschiedlicher Symbolik, angegriffen: Das US-Generalkonsulat in der Hafenstadt Djidda; eine schiitische Moschee in Qatif im Nordosten des Landes sowie die Moschee über dem Prophetengrab. Also gerichtet gegen a) die USA, b) die Schiiten und c) gegen das sich als Hüter der heiligen Stätten brüstende saudische Königreich, welches als Herrschaftsform jedoch vom IS abgelehnt wird.
- 26) Wieviele Saudis sich dem IS angeschlossen haben, ist sicherlich nicht mit Exaktheit zu bestimmen. Dementsprechend schwanken auch die Zahlen zwischen 1.400 und 2.500. Weitere etwa 700 Saudis sollen zudem in Al-Qaida-Reihen in Jemen unterwegs sein.
- 27) Das heißt auf der Hinwendung zur Lebensweise der "as-salaf as-salih", der tugendhaften Ahnen; zum vom Propheten und seinen ersten vier Stellvertretern geprägten Gemeinwesen und zu dessen Revitalisierung durch eine wortgetreue Interpretation von Koran, Sunna (Tradition) und Hadithen (überlieferte Aussagen und Verhaltensweisen des Propheten)

flossen seither Milliarden von Dollar saudischen Geldes zur Verbreitung wahhabitisch-salafistischen Denkens innerhalb der islamischen Welt sowie darüber hinaus, darunter auch nach Deutschland. Eine Folge davon war, dass Salafisten nicht nur immer populärer, sondern vielerorts auch immer radikaler geworden sind – wie eben Al-Qaida und IS, die sich zudem inzwischen mit ihrer Politik gegen ihre einstigen Sponsoren wenden.²⁸

Aber auch innerhalb der saudischen Herrscherfamilie scheint es zu rumoren. So kursierten im Sommer 2015 Berichte darüber, wonach eine Gruppe von Prinzen plane, gegen König Salman und dessen Sohn, den Vize-Kronprinzen, aufzubegehren, um das Land vor deren Abenteuerertum zu bewahren. Den Anlass dafür hatte anscheinend die Absetzung des jüngeren Halbbruders von Salman, Muqrin Bin Abdulaziz al-Saud, und statt seiner die Ernennung von Mohammed Bin Nayef zum Kronprinzen, einem Enkel des Staatsgründers, geboten. Auch der Außenministerposten wurde übrigens bei diesem Austausch neu besetzt durch Adel al-Jubeir, der zuvor als saudischer Botschafter in Washington tätig gewesen war.

Von der weiteren Entwicklung des äußerst angespannten Rivalitätsverhältnisses zwischen Saudi-Arabien und Iran, die sich durchaus gleichsam von der extrem gewachsenen, terroristischen Bedrohung herausgefordert sehen, wird entscheidend abhängen, inwieweit in absehbarer Zeit ein Ende der Gewaltspirale realistisch sein wird und ob es ungeachtet aller Widersprüche zwischen ihnen gelingt, einen gemeinsamen Modus Vivendi zu finden, auf dessen Grundlage dann eine tragfähige, die Interessen aller Staaten gleichermaßen berücksichtigende nah- und mittelöstliche Sicherheitsstruktur herauszukristallisieren möglich wäre. Wobei dies alles natürlich nicht allein von ihnen beiden abhängt, sondern nicht zuletzt davon bestimmt wird, wie sich die übrigen Regionalmächte und die Mächte auf globaler Ebene künftig verhalten.

3.2.2. Riskante türkische Machtspiele

Wie Saudi-Arabien, so hat ebenfalls die Türkei den Ausbruch der innersyrischen Auseinandersetzungen für die weitere Festigung der Rolle als ein Hauptplayer in der Nahostregion für sich zu nutzen versucht. Der gleichfalls von ihr angestrebte Sturz des Damaszener Regimes war ihrerseits jedoch – wegen der eigenen Priorität der Kurdenfrage – nicht in erster

Linie dazu gedacht, sich gegen Iran zu positionieren. Vielmehr war die Türkei betont um beständige Normalität in den Beziehungen zu Teheran bemüht. Das hat insofern durchaus gewissen Seltenheitswert, als ansonsten ihre Nahostpolitik von vielerlei Schwankungen und Kehrtwenden gekennzeichnet ist – gar nicht zu reden von ihrer Syrien-Politik. Diese gestaltete sich umso problematischer, als es sich bei der Türkei um einen NATO-Mitgliedstaat handelt mit der dort zahlenmäßig sogar zweitstärksten Armee nach den USA und mehreren Versuchen von ihrer Seite, in Bezug auf Syrien einen Bündnisfall herbeizuführen.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Machtantritt der AKP 2002 noch auf der strategischen Grundlage einer "Null-Probleme-Politik mit den Nachbarn" operierend, schienen sich mit dem anfänglichen Machtgewinn sunnitisch-islamistischer Parteien in Tunesien und in Ägypten im Ergebnis des "Arabischen Frühlings" aber wohl für Erdogan plötzlich völlig neue Horizonte in Richtung der möglichen Entstehung eines sunnitisch-islamistisch dominierten Wirtschafts- und Kulturraumes unter türkischer Hegemonie und mit der AKP als Vorbild eröffnet zu haben. Dabei standen dann Assad und dessen säkular ausgerichtetes Regime offensichtlich im Wege – trotz der sich zuvor äußerst gedeihlich entwickelnden Kooperation zwischen beiden Ländern und des auch auf der Führungsebene entstandenen privat-freundschaftlichen Verhältnisses. Da aber Erdogan mit seiner Forderung nach einer Beteiligung auch der sunnitisch-islamistischen syrischen Muslimbruderschaft an der politischen Macht gegenüber Assad und dem Baath-Regime auf strikte Ablehnung stieß,²⁹ begann quasi über Nacht die Eiszeit zwischen Ankara und Damaskus. Fortan galt für Erdogan die Devise, mit allen verfügbaren Mitteln den Sturz von Assad betreiben zu helfen.

So nahm die Türkei nicht nur eine ständig wachsende Zahl syrischer Flüchtlinge auf. Auch dem politischen Headquarter der syrischen Exil-Opposition, einschließlich deren provisorischer Regierung, wurde die Niederlassung eingeräumt. Vor allem aber gestattete sie von Beginn des syrischen Bürgerkrieges an den Waffen- und Kämpfernachschub über ihre Grenze und schuf Rückzugsräume selbst für verwundete terroristische Rebellen. Demgegenüber blieben die Grenzen für internationale Hilfslieferungen an von derartigen Extremisten Verfolgte vielfach geschlossen. Überhaupt hat die Türkei lange Zeit vermieden, sich dem internationalen Anti-IS-Kampf anzuschließen.

28) Als deren Chefideologe, der Ägypter und unter Gamal Abdel Nasser zum Tod durch Strang verurteilte Sayyid Qutb (1906-1966) gilt, der intellektuell den Wahhabismus mit dem Jihadismus, also die Kriegführung im Namen des Islam, verbunden hat.

29) Zum einen besteht zwischen Baathisten und syrischen Muslimbrüdern seit Anbeginn beider Gründungszeit in den 1930/1940er Jahren eine Intimfeindschaft, die sich Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in äußerst blutige Auseinandersetzungen entlud. Um Putschplänen der Muslimbrüder gegen den damaligen syrischen Präsidenten Hafez al-Assad zu begegnen, hatte dieser dann 1982 zu einem Vernichtungsschlag gegen sie ausgeholt mit tausenden von Opfern. Zum anderen tragen aus Sicht des Baath-Regimes auch die heutigen Muslimbrüder eine Hauptverantwortung für die im Zuge des "Arabischen Frühlings" ausgebrochenen innersyrischen Auseinandersetzungen. Was insofern nicht ganz unbegründet erscheint, als der renommierte syrische Menschenrechtsaktivist und verantwortliche Vertreter des Nationalen Koordinierungskomitees, Haytham Manna, in einem am 3. November 2013 in veröffentlichten und auf seiner eigenen Webseite wiedergegebenen Artikel auf derartige Aktivitäten von Mitgliedern der syrischen Muslimbruderschaft verweist. So hätten Betreffende im Januar 2011 eine spezielle Website unter dem Namen "Syrische Revolution gegen Assad" eingerichtet und dort unter Bezugnahme auf 1982 für Anfang Februar zum Aufstand aufgerufen. Zudem sei bereits über vom Regime verschuldete Tote in Deraa berichtet worden, als es diese noch gar nicht gegeben habe.

In dem Maße, wie die politische Führung der Türkei im Syrien-Konflikt immer vehementer einerseits gegen Assad und andererseits für die Opposition Partei ergriff, hat sie zugleich ihr Land in einen de facto-Krieg mit Syrien manövriert. Damit ist sie zu einem Mitverursacher der dortigen humanitären Katastrophe geworden und hat zum Wiederaufbrechen des Konflikts mit der PKK beigetragen. Auch befindet sie sich mittlerweile selbst im Fadenkreuz des von ihr so lange tolerierten IS. Da sich Erdogan hinsichtlich seiner Syrien-Politik der zurückliegenden fünf Jahre vor einem Scherbenhaufen sieht, verdichten sich in jüngster Zeit mehr und mehr die Hinweise auf bestimmte Korrekturabsichten. Sogar das Ziel der Wiederherstellung der einstigen guten Beziehungen ist aus Regierungskreisen bereits verlautet. Natürlich musste auch der türkische Präsident einräumen, dass sich das Baath-Regime unter Assad aufgrund dessen anhaltender russischer wie iranischer Unterstützung weiterhin in Damaskus an der Macht hält und westlicherseits der Zurückdrängung von IS Priorität eingeräumt wird. Überdies hat offenkundig aus seiner Sicht die Entwicklung der Kurdenfrage in Syrien einen solchen Stand erreicht, der von ihm als höchste Alarmstufe für das eigene Land angesehen wird und deshalb Vorrang vor allem anderen hat. Nicht nur haben sich die von der Partei der Demokratischen Union (PYD) politisch geführten militärischen Kampfeinheiten der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) als äußerst schlagkräftig im Kampf gegen IS erwiesen und fungieren diese für die USA als Bodentruppe. Überdies gewinnt die PYD, die im Verständnis von Erdogan wegen ihrer Nähe zur PKK als terroristisch und folglich als rigoros zu bekämpfen gilt, zusehends internationale Anerkennung. Gefürchtet von ihm aber ist vor allem die Beispielwirkung des seit 2012 in Rojava³⁰ in Angriff genommenen Selbstverwaltungsprojekts, welches am 17. März 2016 als föderatives Gebiet im Norden Syriens ausgerufen worden ist. Da auch Assad deutlich vernehmbar Argwohn gegenüber diesem Projekt bekundet hat, weil er jeglichem föderativen Ansatz in Syrien bislang ablehnend gegenübersteht, ergeben sich für Erdogan anscheinend Ansatzpunkte zur möglichen Einleitung eines Tauwetters in den angespannten Beziehungen.

Auch ist deutlich ein Trend erkennbar, auch in den Beziehungen zu anderen für die türkische Nachbarschaftspolitik relevanten Staaten zu versuchen, eingetretene Belastungen sukzessive auszuräumen.

So im Verhältnis zu Israel mit dem inzwischen vereinbarten Aussöhnungsabkommen.³¹ Oder auch gegenüber Russland, zu dem die Beziehungen durch den Abschuss eines russischen Su-24 Kampffjägers im November 2015 auf einem Tiefpunkt angelangt waren. Nun aber kommen sich die beiden Seiten sichtlich wieder näher, nachdem Erdogan mit seinem Grußschreiben anlässlich des russischen Nationalfeiertages am 12. Juni 2016 an Putin Goodwill signalisiert hatte und zudem weitere Zeichen des Wiederannäherungswillens ausgesendet worden sind. Bis hin zu in der zweiten Jahreshälfte stattgefundenen gegenseitigen Besuchen – so in St. Petersburg und Istanbul – mit dem erklärten Ziel der weiteren Normalisierung der türkisch-russischen Beziehungen sowie der Verständigung über Grundfragen der aktuellen Welt- und Regionalpolitik, darunter nicht zuletzt über Syrien. Dies ist türkischerseits zum einen im Interesse der Wirtschaft zwingend geboten;³² zum anderen aber wohl auch von der Sorge einer noch größeren Annäherung zwischen der PYD und Russland getrieben. Deren Kooperation war nämlich in dem Maße gewachsen, wie sich die türkisch-russischen Beziehungen verschlechtert hatten. Davon zeugt nicht zuletzt die Eröffnung eines PYD-Vertretungsbüros Anfang Februar 2016 in Moskau.

Hingegen scheinen die im türkisch-ägyptischen Beziehungsgefüge seit Sommer 2013 vorherrschenden Spannungen – entstanden im Zusammenhang mit der erzwungenen Absetzung des legitim gewählten Präsidenten Mohammed Mursi durch den vom Militär getragenen und von einer breiten Öffentlichkeit unterstützten Abdel Fattah al-Sisi³³ – noch nicht ausgeräumt zu sein. Dennoch rechnen Experten auch hier über kurz oder lang mit einer Veränderung. Wie Erdogan im Falle des Zustandekommens der Aussöhnung mit Israel zu Zugeständnissen bereit gewesen sei, die zulasten der verbündeten sunnitisch-islamistischen Hamas gehen, so werde letztlich die Normalisierung der Beziehungen zu Ägypten für ihn gleichfalls wichtiger sein als weiterhin die dortige Verfolgung der Muslimbruderschaft zu einem störenden Thema zu machen.

Das ließe sich in gewisser Hinsicht auch für das türkisch-saudische Verhältnis konstatieren, welches bei Ausbruch des "Arabischen Frühlings" noch von deutlicher Missstimmung geprägt war. Inzwischen jedoch ist es in den Rang einer strategischen Kooperation

30) Dieses von den syrischen Kurden so bezeichnete Gebiet umfasst die drei allerdings geografisch teilweise erheblich voneinander entfernten Kantone Cezire, Kobani und Afrin, alle gelegen unmittelbar an der Grenze zur Türkei.

31) Ies am 28. Juni 2016 zwischen Ankara und Jerusalem vereinbarte Abkommen soll die Wogen zwischen beiden Ländern glätten, die durch die Mavi Marmara-Affäre im Mai 2010 entstanden waren und sich danach wegen des erneuten israelischen Waffengangs gegen den Gaza-Streifen noch zusätzlich weiter verstärkt hatten. Allerdings musste Erdogan, der sich eigentlich gern als Mentor von Hamas ins Spiel bringt, eingestehen, dass er seine Forderung nach Aufhebung der Gaza-Blockade gegenüber Israel nicht durchzusetzen vermochte. Türkische Hilfslieferungen per Schiff müssen weiterhin im israelischen Hafen von Ashdod gelöscht werden, deren Weiterleitung sich Israel weiterhin vorbehält.

32) Zu gravierend für die türkische Wirtschaft ist der Einbruch im Tourismus, der nicht zuletzt durch das Ausbleiben der Charterflüge mit russischen Touristen seit Ende 2015 erfolgt ist. Auch wollen türkische Bauunternehmen, die seit Jahren in Russland gewinnbringend aktiv sind, auf diesen Markt nicht so einfach verzichten.

33) Erdogan hatte den Sturz des gewählten, aber vor allem bei breiten städtischen Schichten verhassten Präsidenten Mohammed Mursi als Militärputsch bezeichnet und es abgelehnt, al-Sisi als legitim in dessen Amt anzuerkennen. Daraufhin erfolgte zwar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern; nicht jedoch auch der Handelsbeziehungen. Diese stiegen im Zeitraum von Mitte 2014 bis Ende 2015 sogar um fast 50 % an; allerdings mit einem eindeutigen Übergewicht türkischer Exporte nach Ägypten.

erhoben worden – bei durchaus fortbestehender Rivalität, beide ringen um eine Führungsrolle. Während Ankara in den Wahlerfolgen islamistischer Parteien in Tunesien und vor allem der Muslimbruderschaft in Ägypten eine unverhoffte Chance für sich erblickt hatte, löste dies hingegen in Er-Riyad große Beunruhigung aus. Zum einen ist man dort der Muslimbruderschaft generell nicht wohl gesonnen und schon gar nicht an der Spitze eines so bedeutenden arabischen Staates wie Ägypten. Zum anderen aber insbesondere wegen der im Kontext ihrer Machtübernahme bei Erdogan gereiften neo-osmanischen Blütenträume eines türkisch dominierten sunnitisch-islamistischen Einflussraumes. Die tatkräftige saudische Unterstützung für den Sturz des muslimbruderschaftlichen Präsidenten Mursi in Ägypten hatte deshalb gleichfalls die Schwächung der Rolle der Türkei in der Region zum Ziel gehabt. Die in der Folgezeit eingetretene türkisch-saudische Annäherung basierte offensichtlich auf dem gemeinsamen Interesse am Sturz von Assad. Inwieweit sich dieses Beziehungsgefüge jedoch als stabil erweist, hängt sicherlich von vielen Imponderabilien ab; nicht zuletzt auch davon, wie sich die türkische Syrien-Politik fürderhin entwickeln wird und inwieweit der sich dort inzwischen andeutende Kursschwenk saudischen Interessen möglicherweise zuwider läuft.

3.2.3. Israelische Winkelzüge

Während sich trotz aller Widrigkeiten beim Kurdenproblem unter den Bedingungen der nahöstlichen Turbulenzen zumindest Bewegung in Richtung der Überwindung bisheriger kurdischer Statuslosigkeit abzeichnet, verdüstern sich hingegen die Aussichten für eine tragfähige politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts noch weiter. Damit minimieren sich zugleich auch die Chancen für eine dauerhafte Befriedung der nahöstlichen Region. Dieser Konflikt und seine Ungelöstheit hat immerhin zu bereits mehreren Kriegen unterschiedlichster Intensität geführt, er impliziert eine beständige Quelle terroristischer Bedrohung und hat nicht zuletzt über die Jahrzehnte wertvolle menschliche wie materielle Ressourcen verschlungen.

Im Kern geht es heute um die Gewährleistung des Existenzrechts eines Palästina-Staates an der Seite Israels. Obwohl dieses Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung in einem souveränen Staat völkerrechtlich bereits seit langem verbrieft ist, Palästina über einen Beobachterstatus in der UNO verfügt und mittlerweile schon von 135 Staaten in der Welt – darunter in Europa von Schweden und dem Vatikan-Staat – diplomatisch anerkannt ist, scheint dessen reale

Existenz immer unwahrscheinlicher. Für eine wachsende Zahl von Beobachtern gilt sie als bereits völlig unreal; darunter auch der international renommierte israelische Historiker Ilan Pappé, für den die Zwei-Staaten-Lösung de facto schon seit 2000 oder zu sogar noch einem früheren Zeitpunkt unrealistisch gewesen sei – wegen der von Israel auf der Basis seines Siedler-Kolonialismus in der palästinensischen Westbank geschaffenen unumkehrbaren Fakten. Israel kontrolliere das gesamte Gebiet des historischen Palästina. Die Palästinenser lebten unter israelischen Gesetzen sowie unter verschiedenen Unterdrückungsgraden, deren übelste Ausprägung sich im Gaza-Streifen beobachten ließe.³⁴

Dabei entbehrt es durchaus nicht einer gewissen Ironie, dass sich gerade jener Benjamin Netanjahu, der mit seiner Politik die Existenz eines Palästina-Staates zu unterlaufen sucht, nun in die Vorreiterrolle für die Bildung eines unabhängigen Kurdenstaates in Nordirak begeben hat und dass er – ebenso wie IS – vom Ende des Sykes-Picot-Abkommens spricht.³⁵ Im Konzert vertreten sind auch die sich in den Kreisen seiner politischen Eliten mehrenden Stimmen, wonach Israel unter Berufung auf die Balfour-Deklaration genau genommen doch das gesamte historische Palästina für sich beanspruchen könne wie überhaupt der eigentliche Palästina-Staat Jordanien sei.³⁶

Tatsächlich ist mit der seit Ende der 1970er Jahre immer zielstrebig betriebenen illegitimen israelischen Siedlungspolitik der Zwei-Staaten-Lösung zusehends die Grundlage entzogen worden. Nicht nur ist die Anzahl der Siedlungen auf palästinensischem Boden beständig angewachsen, sondern auch die der Siedler, deren Zahl in der Westbank und Ost-Jerusalem zusammengekommen fast schon die 600.000er Marke erreicht hat. Es kursieren verschiedenste Pläne, wie der von Erziehungsminister Naftali Bennet, die auf eine Annexion zumindest des größten Teils der Westbank abzielen. Die Lippenbekenntnisse von Premier Netanjahu zur Zwei-Staaten-Lösung sind allein darauf gerichtet, den gegenwärtigen Status Quo mit der Kontrolle der Palästinensischen Administration (PA) über weniger als ein Fünftel des völkerrechtlich für den Palästina-Staat vorgesehenen Territoriums möglichst noch auf lange Sicht zu erhalten. Denn er will keine Zwei-Staaten-Lösung, aber ebenso auch keine wie auch immer geartete Ein-Staat-Lösung, die aufgrund des zu erwartenden demografischen Übergewichts der Palästinenser den jüdischen Charakter Israels gefährden würde. Zudem müsste der Staat Israel dann Kosten für die Palästinenser tragen, die ihm bislang durch entsprechende EU-Zahlungen erspart geblieben sind. Immerhin hat die EU als größter

34) Interview von Emran Feroz mit Ilan Pappé am 7. März 2016 für Qantara, abzurufen unter <http://de.qantara.de/print/23003>

35) Vgl. dazu Barak Ravid, Netanyahu calls for Kurdish independence from Iraq, Haaretz-Online vom 30. Juni 2014.

36) Zwar ist das einst im Rahmen der nachosmanischen Ordnung künstlich geschaffene Königreich Jordanien hinsichtlich seiner Bevölkerungsstruktur tatsächlich mehrheitlich palästinensisch. Nichtsdestoweniger aber sehen das jordanische Königshaus und die übrige Elite ihren Staat keinesfalls als Ersatz für die von Israel abgelehnte Zwei-Staaten-Lösung auf dem Boden des historischen Palästina.

Finanzgeber für die Palästinenser seit Implementierung der PA 1994 mehr als 5,6 Milliarden Euro an diese überwiesen.³⁷

Unbedingt soll deshalb auch verhindert werden, dass die Frage der Realisierung des Palästina-Staates auf die Ebene des UN-Sicherheitsrates gehoben wird³⁸ oder den Gegenstand einer internationalen Nahostfriedenskonferenz bildet.³⁹ Allein Israel will darüber entscheiden, ob und inwieweit das legitime Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung überhaupt realisiert wird, da es deren staatliche Existenz zur Bedrohung der eigenen Sicherheit erklärt. Aktuell wird dies übrigens mit der Gefahr begründet, dass damit IS unmittelbar vor den Toren Tel Avivs stehen könnte. Überhaupt nutzt Netanjahu die mit IS entstandenen Gefahren in der Region, um den Israel-Palästina-Konflikt noch weiter in den Hintergrund zu drängen. Er setzt nun vornehmlich darauf, dass für die arabischen Regimes die Bedrohung durch IS und Al-Qaida viel essentieller sei und dass Staaten wie Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien – letzterer ist zudem dabei, seine Hilfgeldzahlungen für die PA zurückzufahren – mehr auf eine Sicherheits- und Geheimdienstkooperation setzen würden denn auf eine Beförderung des diplomatischen Prozesses für eine Zwei Staaten-Lösung. Um diesen bemüht sich aber gerade die PA, indem sie die Arabische Liga und in Sonderheit Ägypten und Jordanien dazu zu bewegen sucht, erneut eine Sicherheitsratsresolution zur palästinensischen Staatlichkeit in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und einem verbindlichen Zeitplan für die Verhandlungen und deren entsprechenden Umsetzung auf den Weg zu bringen.

Obwohl westlichen Politikern doch eigentlich die Brisanz des ungelösten israelisch-palästinensischen Konflikts für die Stabilität und Sicherheit der gesamten Region zur Genüge bewusst sein sollte, lassen sie es im Falle des völkerrechtswidrigen israelischen Vorgehens dennoch bei mehr oder weniger deutlichen verbalen Statements bewenden. Die ansonsten immer schnell bemühten Sanktionsmechanismen bleiben offensichtlich allein für als missliebig eingestufte Staaten reserviert. Kommt es wieder einmal zum Krieg, so dienen dann die gewohnt einseitigen Schuldzuweisungen an die palästinensische Adresse als Erklärungsmuster. Nicht nur werden damit Ursachen und Wirkungen miteinander vertauscht, sondern auch die eigene Mitverantwortung durch jahrzehntelanges quasi Wegsehen bemäntelt. Weder sind abgeschossene Raketen auf israelisches Staatsgebiet noch antisemitische Ausfälle bei Protesten in Deutschland gegen israelische Kriegshandlungen zu rechtfertigen.

Aber in ignoranter Weise über die Konfliktursachen hinwegzusehen und stets mit zweierlei Maß zu messen, bereitet den Nährboden für nächste Gewaltausbrüche wie auch für beständig zunehmenden Hass, der sich dann wiederum entweder in einer flächendeckenden Intifada wie im Jahre 2000 oder in den jüngsten Messerattacken einzelner Jugendlicher entlädt.

Auffällig schließlich ist auch die veränderte Haltung Israels gegenüber der Syrien-Krise, die anfänglich noch davon bestimmt gewesen schien, eine Art Abwartehaltung einnehmen und nicht darin involviert sein zu wollen. Das hieß jedoch keinesfalls, nicht darauf zu hoffen, dass der nördliche Nachbar möglichst maximal geschwächt daraus hervorgeht. Mit der Vernichtung der im syrischen Staatsbesitz gehorteten Chemiewaffen war da aus israelischer Sicht bereits eine entscheidende Bresche geschlagen. Mit dem Erscheinen und Wirken von IS auf syrischem Boden wuchs dann offenkundig die Überzeugung, dass Syrien in seiner bisherigen territorialen Verfasstheit keinen Fortbestand mehr haben würde, sondern sich in verschiedene kleinere Entitäten aufspaltete. Oder, wie Netanjahu am Rande des Weltwirtschaftsforums von Davos 2016 formulierte, eine "kleine Balkanisierung" erleben würde. Das ermutigt das israelische Establishment wohl umso mehr, nun seinen eigenen Claim dabei gleichfalls abzustecken – oder anders gesagt, die im Juni 1967 besetzten und im Dezember 1981 völkerrechtswidrig annektierten syrischen Golan-Höhen durch internationales Votum zu israelischem Staatsgebiet gehörig erklären zu lassen. Auf der am 27. April 2016 erstmals nach dort einberufenen israelischen Kabinettsitzung hatte Netanjahu nicht nur erneut kundgetan, die Golan-Höhen blieben für immer israelisch und Israel zöge sich unter keinen Umständen davon wieder zurück. Vielmehr forderte er zugleich auch von der internationalen Gemeinschaft die Anerkennung dieses Faktums. Bei dieser Gelegenheit gab er gleichfalls zu, dass immer wieder auch Ziele in Syrien angegriffen würden. So meldete die israelische Haaretz beispielsweise am 7. Juni 2016, dass israelische Kampfflugzeuge einen Militärstützpunkt der Vierten Mechanischen Division der Syrischen Armee südlich von Homs bombardiert hätten, also in einem Kampfgebiet, welches zwischen Regierungstruppen und Aufständischen, darunter auch IS, nach wie vor hart umkämpft ist und Israel somit eindeutig Partei ergreift.

Da Israel nach dem Abschluss des Atom-Abkommens mit Iran, welches es mit aller Macht zu verhindern getrachtet hatte, umso mehr darauf fokussiert ist,

37) Vornehmlich bestimmt zu dem Zweck, die palästinensische Polizei zu trainieren und die palästinensische Verwaltungsstruktur zu finanzieren, wodurch Israel in der Lage war, seine Verantwortung als Okkupationsmacht auf fremde Schultern zu verlagern.

38) Genau aus diesem Grunde hat Netanjahu seine Erwartung an Washington bekräftigt, so auch mittels seiner Video-Botschaft an die AIPAC-Konferenz 2016, gegebenenfalls dagegen in bewährter Weise sein Veto einzulegen. Weil ansonsten die Palästinenser nur darin bestärkt würden, über eine entsprechende UN-Sicherheitsratsresolution zu ihrem Staat gelangen zu wollen. Siehe dazu Barak Ravid, Netanyahu tells AIPAC he expects Obama to veto any Palestinian UN resolution, Haaretz-Online, vom 22. März 2016.

39) Keinesfalls überraschend hat Netanjahu, wie schon in anderen Fällen zuvor, auch gegen die jüngst von Frankreich gestartete Initiative zur Einberufung einer derartigen Konferenz zur Revitalisierung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses immer wieder neue Einwände vorgebracht.

den iranischen Einfluss in Syrien und auf die Hizbullah zu unterlaufen, ist es auf dieser Basis sichtlich um eine Annäherung speziell zu Saudi-Arabien wie anderen Golfstaaten bemüht. Dies geschieht in der Hoffnung, dass es mit diesen Staaten zu einer Normalisierung kommt, ohne dass Israel zuvor seine Position in der Palästinafrage grundsätzlich geändert hätte, wie dies gemäß der von der Arabischen Liga 2002 in Beirut verabschiedeten und 2007 in Er-Riyad erneuerten "Arabischen Initiative" eigentlich konzipiert ist. Dort ist festgehalten, dass sich die Beziehungen der arabischen Staaten zu Israel für den Fall normalisieren, wenn sich Israel zur Proklamierung eines Palästina-Staates auf den völkerrechtlichen Grundlagen bereit zeigt. Wie Saudi-Arabien im Wege des Sturzes von Assad den "schiitischen Halbmond" zur Schwächung Irans zu zerschlagen sucht, so trifft sich Israel mit ihm in seinem Ziel, die Achse Teheran – Damaskus – Hizbullah zu sprengen. Dabei wird in israelischen Medien davon ausgegangen, dass Hizbullah nun als ernsthafteste Bedrohung für Israel angesehen wird und deshalb sogar mit einem dritten Waffengang gegen Libanon – nach 1982 und 2006 – gerechnet werden müsse.⁴⁰

4. Islamismus als Ausdruck eines Clash of Civilizations?

Angesichts der bedrohlich wachsenden Zahl der insbesondere von IS für sich reklamierten Terroranschläge in Europa und nunmehr auch Deutschland scheint für viele klar auf der Hand zu liegen, dass sich darin die Richtigkeit der von Samuel Huntington in seiner 1993 veröffentlichten Schrift "The Clash of Civilizations" verfochtenen These bestätigt. Sie postuliert, dass nach dem Ende der intersystemaren Blockkonfrontation nunmehr neue Konflikte entlang religiöser Trennlinien, in erster Linie zwischen christlich-westlicher und muslimischer Welt, aufbrechen.

Niemand wird ernsthaft bestreiten können, dass sich insbesondere IS und Al-Qaida als Ausdruck der bislang extremistischsten Variante des Islamismus – also jener politisch-ideologischen Strömung, die sich zwar auf den Islam beruft, aber dennoch nicht mit ihm gleichzusetzen ist – als erbitterte Feinde des Westens verstehen. Umgekehrt gibt es im Westen eine mehr oder weniger offene Islam-Feindschaft. Ebenso wenig ist anzuzweifeln, dass die Bruchlinien zwischen sunnitischen und schiitischen Islam schon lange nicht mehr in einer solchen scharfen Weise wie gegenwärtig konturiert wurden. Sei es auf dem syrischen Schlachtfeld, wo insbesondere verschiedenste Vertreter des Salafismus Assad schon allein deshalb

davon jagen wollen, weil er in ihrem Verständnis kein Muslim sei und folglich in Syrien als einem islamischen Land auch nicht das Präsidentenamt bekleiden dürfe und weil er als Alawit der schiitischen, des Ketzertums bezichtigten Glaubensrichtung zugerechnet wird. Oder im iranisch-saudischen Verhältnis, wo die jeweilige Geistlichkeit viel dazu beiträgt, die bestehenden Rivalitäten um eine Vormachtstellung noch zusätzlich religionsideologisch aufzuladen.

Trotzdem aber geht es bei alledem nicht um solche Konfrontationsmuster des von Huntington beschworenen Kultur- und Zivilisationskampfes. Weder sind alle Islamisten Jihadisten, noch haben sich alle Jihadisten die Vorherrschaft in der Welt zum Ziel gesetzt. Vielmehr sehen sie sich in erster Linie zur Rache gegen äußere Akteure, die sich in ihre Länder einmischen, sowie zum Kampf gegen deren einheimische Verbündete berufen – selbst wenn Betreffende dabei das Banner des Jihad erheben. Überhaupt unterscheiden sich derartige Gruppierungen teilweise erheblich sowohl in Strategie- und Taktik- als auch in Führungsfragen voneinander.

Das Wesentliche aber ist wohl, dass in erster Linie Muslime selbst, insbesondere als vom Glauben Abtrünnige betrachtete Schiiten, im Fadenkreuz dieser Jihadisten stehen und folglich in deren Reihen zahlenmäßig auch die größten Opfer – physisch wie psychisch – zu beklagen sind. Nicht umsonst wird IS von ihnen mehrheitlich als nicht den Islam repräsentierend abgelehnt und scharf verurteilt. Das dem erzkonservativen Wahhabismus verpflichtete saudische Königshaus ist trotz seiner geistigen Bruderschaft mit den salafistischen Jihadisten seit eh und je einer der engsten Verbündeten des Westens, allen voran der USA. Wie andere islamische Staaten beteiligt es sich gleichfalls an der Anti-IS-Koalition. Nicht zufällig warnt auch die schiitische Hizbullah inständig vor einem weiteren IS-Vormarsch nach Libanon und ruft zum Schulterschluss dagegen auf. Und schließlich erklärt der Golfkooperationsrat (GCC) gleichfalls wie die westlichen Staaten IS zu seinem Hauptfeind.

Schon gar nicht sind die Spannungen im iranisch-saudischen Verhältnis als Religionskampf im Huntingtonschen Sinne zu interpretieren, da es im Kern dabei um den Widerstreit zwischen zwei um die Vormachtstellung in der Region ringende Staaten geht, für den die jeweilige religiöse Überzeugung in der Hauptsache als Legitimationsquelle wie auch Motivationsfaktor dient. Ebenso wie in den Auseinandersetzungen, die sich auf syrischem Boden entlang sunnitisch-schiitischer Trennlinien vollziehen. Ohnehin ist dieser Widerstreit zwischen Sunniten und Schiiten⁴¹ nahezu

40) Ari Shavit, Israel's next war in Lebanon is a matter of time, Haaretz-Online vom 14. Juli 2016.

41) Allerdings hat die Schia – ebenso wie das Sunnitentum – im Verlaufe der weiteren Entwicklung mehrere Richtungen und Sekten hervorgebracht, darunter als bedeutendste die Zwölfer-Shia (oder auch Imamiya bzw. Jafariya). Im Unterschied zur Dogmatik der Sunniten basiert die der Schiiten auf der Anerkennung des Imamats als dem Herrschertum Gottes und dem damit verbundenen Prinzip des Welajat. Auch kann im Falle von Verfolgung oder anderen Bedrängnissen das Bekenntnis zum Glauben verborgen werden (Taqiya) und wird bei ihnen davon ausgegangen, dass nicht alle menschlichen Handlungen als vorbestimmt zu betrachten sind. Hinzu kommt bei ihnen als weitere kultische Pflicht die freiwillige Buße durch Selbstausspeisung, für die es im Koran keine Hinweise gibt und deshalb sunnitischerseits als Gotteslästerung angesehen wird.

genauso alt wie der Islam als Religion. Die schiitische Glaubensrichtung, entstanden im Streit über die rechtmäßige Nachfolge des Propheten, ist von ihrer spezifischen Genesis her in hohem Maße politisch determiniert. War es dabei doch in erster Linie um den Machtkampf mit der sunnitischen Sippe der Umayya gegangen, die als Sieger dann von 661 bis 750 das sich vom Atlantischen Ozean bis nach Hinterindien erstreckende arabische Reich getragen haben. Mit einem geschätzten und etwa gleichbleibenden Anteil von 10 bis 15 Prozent an der Gesamtzahl der Muslime befanden sich die Schiiten stets in der Minderheit und sahen sich in ihrer bisherigen Geschichte zumeist politisch wie sozial benachteiligt. Mit der Machtergreifung der Mullahs 1979 in Teheran und der dortigen Ausrufung der Islamischen Republik sowie dem die Schiiten begünstigenden Machtproporz seit 2003 in Irak zählen sie jetzt auch politisch als ein realer Machtfaktor.

Nichtsdestoweniger aber verbirgt sich dennoch hinter alledem ein durchaus schwieriges Widerspruchsgefüge, dessen Ursprung allerdings auch nicht erst im Ende der Blockkonfrontation, sondern bereits an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert zu suchen ist. Damals hatten die historischen Umbrüche im Verhältnis zwischen der westlichen und der islamischen Welt eine besonders eklatante Ausprägung erfahren. Neben den wirtschaftlichen Abhängigkeiten und politischen Unterordnungen war offenkundig geworden, dass die im Zuge der Kolonisierung von außen eindringenden und sich als Moderne darbietenden Einflüsse in erster Linie darauf ausgerichtet waren, die Überlegenheit des Westens gegenüber dem Islam zu demonstrieren, basierend auf jener vom französischen Orientalisten Ernest Renan⁴² intellektuell begründeten Islamfeindlichkeit. Das nahezu zeitgleich von islamischen Theologen und Modernisten⁴³ entworfene und auf eine Überwindung gegebener erstarrter Verhältnisse abzielende Reformkonzept für den Islam wurde dementsprechend im Westen in arroganter Überlegenheitsmanier abgetan. Desavouiert als ein angeblich überflüssiger Versuch zur Reanimierung des Islam, als "rückwärtsgerichtete Bemühungen zur Restauration des ursprünglichen Islam und als Indiz für den unweigerlichen Zerfall der von starren Traditionen geprägten islamischen Gesellschaft".⁴⁴

Darauf wiederum gründete sich die Entstehung des Islamismus als eine spezifische politisch-ideologische Strömung in einer Art Gegenbewegung zur Wahrung eigener Identität. Sie wurde initiiert durch den ägyptischen

Lehrer Hassan Al-Banna⁴⁵ mit der von ihm Ende der 1920er Jahre in Kairo formierten Muslimbruderschaft und nachfolgenden Abzweiggründungen in einer Reihe weiterer arabischer Länder, bis sich dann der Islamismus – in einer ständig wachsenden Zahl von in vielerlei Hinsicht heterogenen Gruppierungen – insbesondere seit Ende der 1960er Jahre vielerorts zur einflussreichsten politischen und sozialen Bewegung mit Massencharakter entwickelt hat. Sie ist getragen nicht nur von der Popularität bei den beständig anwachsenden armen und ärmsten Schichten, sondern gleichfalls bei Mittelschichten, darunter insbesondere der studentischen Jugend und anderen Intellektuellen, einschließlich islamischer Theologen und Rechtsgelehrter.

Neben den umfangreichen sozial-karikativen, kulturellen und religiösen Aktivitäten, denen Islamisten dort ihren Zulauf verdanken, sind es vor allem die objektiven Rahmenbedingungen, die ihnen weiteres "Zustimmungskapital" zuführen. Als da sind: die Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage als Folge der Globalisierung und im Ergebnis weltweiter Krisenprozesse für eine immer größere Zahl von Menschen und einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen arm und reich; die westliche Hinhaltetaktik vor allem in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zugunsten Israels wie überhaupt die Doppelbödigkeit von egoistischen Interessen geleiteter westlicher Politik. So gesehen ist es auch kein Zufall, dass sich extremistische Tendenzen innerhalb des Islamismus gerade im Zusammenhang mit vom Westen geführten Kriegen in immer beängstigenderem Maße verstärkt haben. Während also der Westen sein Gesellschaftsmodell und die von ihm definierten Werte mit aller Macht zu universalisieren sucht, sehen Islamisten dies wiederum als eine Bedrohung der eigenen Werte und Moralvorstellungen, auf die nun IS und andere vergleichbare Gruppierungen völlig inakzeptable Antworten zu geben suchen.

Solange sich westliche Staaten anmaßen, willkürlich über Krieg und Frieden gemäß nur ihren eigenen Interessenlagen zu entscheiden, solange sie völkerrechtswidrige Kriege bzw. Waffengänge wie 2003 gegen Irak oder 2011 gegen Libyen vom Zaune brechen allein mit dem Ziel, dortige aus westlicher Sicht missliebige Regimes zu Fall zu bringen – selbst auf die Gefahr hin, betreffende Staaten damit ins sicherheitspolitische Chaos zu stürzen und sie unter Umständen sogar zu "failed states" werden zu lassen;

42) Dieser hatte 1883 seine These von der "Unwissenschaftlichkeit" des Islam verkündet, bei der es im Wesen darum ging, den Islam zu diskreditieren sowie dessen wissenschaftliches Erbe in Abrede zu stellen.

43) Gemeint ist das von Djamal ad-Din al-Afghani (1838 – 1897) in unmittelbarer Reaktion auf die islamfeindlichen Einlassungen von Renan entworfene und von Mohammed Abduh (1849 – 1905) dann weiterentwickelte Reformkonzept, welches traditionelle Prinzipien und moderne Wissenschaft miteinander zu verbinden gesucht hat.

44) Siehe dazu beispielsweise Dieter Bellmann und Regina Karachouli, Arabische Kultur der Gegenwart im Spannungsfeld zwischen Tradition und Innovation, in: Die Araber an der Wende zum 21. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 96.

45) Gemäß dessen theoretisch-integristischen Ansatzes besäßen Lehren und Lebensregeln des Islam umfassenden Charakter, seien diese gültig sowohl für das Diesseits wie das Jenseits, verkörperten sie "Dogma und Gottesdienst, Heimat und Nationalität, Religion und Staat, Geist und Tat, Schrift und Schwert". Siehe dazu Banna, Hassan al-, Islamuna (Unser Islam), Kairo o.J., S. 14,16 zitiert nach Holger Preißler, Islamische Haltungen zur Entwicklung des Kapitalismus in arabischen Ländern, Berlin 1987, S. 54.

solange sie Drohneneinsätze verfügen oder auch "gezielte Tötungen" praktizieren, die sich nicht mehr um Souveränitätsrechte eines Staates oder mögliche Menschenrechtsverletzungen an unbeteiligten Zivilisten scheren und solange sie doppelte Maßstäbe gelten lassen, solange werden selbst terroristische Gruppierungen Widerhall in den jeweiligen Bevölkerungen finden. Denn Terrorismus wächst und gedeiht gerade unter den Bedingungen von Armut, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Ungerechtigkeit. Den Terrorismus bekämpfen zu wollen, aber gleichzeitig die Rüstungsspirale vor allem durch den Export von Rüstungsgütern in diese Spannungsregion beständig weiterhin kräftig anzuziehen, ist reine Blasphemie – ebenso wie terroristische, aus dem Untergrund gestartete Akte nicht mit staatlich geführten Kriegen zu bekämpfen sind.

Dem Gründungsdirektor des Issam Fares Instituts an der Amerikanischen Universität in Beirut und Kolumnisten des Daily Star, Rami G. Khoury, ist völlig zuzustimmen, wenn er konstatiert, dass niemand überrascht sein sollte, wenn es noch schlimmere Antworten als IS, Al-Qaida und dessen syrischer Ableger Nusra-Front oder die auf der Sinai-Halbinsel operierende und sich zu IS bekennende Gruppierung Bait al-Maqdasi gäbe.⁴⁶

* * * * *

Zweifellos stellt diese gegenwärtige äußerst widersprüchliche, sich schnell verändernde Konfliktlage in der Region auch die deutsche Nahostpolitik vor komplizierte Probleme. Deshalb ist durchaus nachzuvollziehen, wenn Außenminister Frank-Walter Steinmeier beklagt, dass internationale Politik permanent im Krisenmodus sei, Zahl und Intensität von Konflikten mit von uns unmittelbar zu spürenden Konsequenzen zunehmen. Statt sich aber auch den Ursachen dafür zuzuwenden und entsprechende Schlussfolgerungen daraus abzuleiten, richtet er den Blick in erster Linie darauf, wie deren Wirkungen beizukommen ist und dass, wie von ihm ausdrücklich betont, Deutschland dabei eine größere Verantwortung auferlegt sei unter Verwendung eines breiten Instrumentariums, einschließlich unter Umständen auch militärischer Mittel.⁴⁷

An Stelle des Einsatzes militärischer Mittel sollte vielmehr alles daran gesetzt werden, dass in der Region ein Paradigmenwechsel in Richtung eines friedlicheren, gedeihlicheren Miteinanders befördert wird. Ein guter Beginn dafür wäre es, sich für einen rigorosen Waffenlieferungsstopp⁴⁸ stark zu machen. Ansonsten

wird der Gewalt nicht nur immer neue Nahrung gegeben, sondern dient die Region auch weiterhin als Experimentierfeld ständig neuer Waffensysteme: mit der Konsequenz, zum Auslöser immer nur noch schlimmerer Tragödien zu werden, deren Folgewirkungen weiterhin vor Deutschland und Europa keinen Halt mehr machen.

Solange es an einer komplexen, auf gegenseitigem Vorteil basierenden Kooperation, an einem fairen Interessenausgleich zwischen dem Westen und den Staaten der Region sowie untereinander mangelt, solange die Region in erster Linie als geostrategische Einflussosphäre und Gebiet eigener Interessenrealisierung, als günstiger Absatzmarkt und Experimentierfeld eigener Waffenproduktion fungiert, werden dortige Armut, Arbeitslosigkeit vor allem unter der horrend großen Zahl junger Menschen, Diskriminierung und Ungerechtigkeit als gleichzeitige Triebfeder für den Terrorismus nicht nachhaltig in Angriff zu nehmen sein. Geboten ist ein grundsätzlich verändertes Herangehen, welches auf Verantwortungspolitik zu gegenseitigem Nutzen beruht. Oder anders gesagt: Anstelle nur pragmatischen und allzu oft einseitigen Herangehens wäre eine langfristig ausgerichtete Nahost-Strategie vonnöten, die insbesondere den Interessen dortiger Staaten und Völker in fairer Weise Rechnung trägt. Dazu gehört zweifellos, sich mit Entschlossenheit für die mehr als überfällige Lösung der beiden "Jahrhundertkonflikte", der Palästinafrage und des Kurdenproblems, sowie für die Beendigung des Krieges auf syrischem Boden und die Beförderung einer tragfähigen politischen Lösungssuche der Syrien-Krise einzusetzen. Auf jeden Fall aber werden allein Luftschläge und Drohneneinsätze sowie die Waffenlieferung an die kurdischen Peshmerga IS nicht dauerhaft von der Bildfläche verschwinden lassen. Das Vorgehen von IS, so verabscheuungswürdig es wegen seiner Brutalität und Intoleranz auch ist, muss westlicherseits als Weckruf dafür verstanden werden, sich endlich den Ursachen und Hintergründen des nahöstlichen Desasters, einschließlich des dortigen Terrorismus, zuzuwenden. Das hieße aber vor allem, sich auch den Verfehlungen westlicher Politik in selbstkritischer Weise zu stellen.

Deutschland könnte im Nahen Osten durchaus eine Initiativfunktion bei der Herbeiführung des notwendigen Paradigmenwechsels übernehmen, insbesondere auf dem Weg zur Herausbildung eines Mechanismus von der Art einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Nah- und Mittelostregion. Denn weder ist es durch eine Vergangenheit als

46) Siehe dazu Rami G. Khoury, ISIS ist he latest of many Islamisms, in The Daily Star (Beirut) am 22. Oktober 2014.

47) Inwieweit das am 5. Juli 2016 als eine Art "Werkstatt für den Frieden" ins Leben gesetzte "PeaceLab2016" unter Beteiligung engagierter Akteure und interessierter Bürgerinnen und Bürger tatsächlich neue Akzente zu setzen vermag, wird sich erst noch zeigen müssen. Zumindest sind die Fragen, mit dessen Hilfe dort Antworten gefunden werden sollen, nicht gerade kreativ und erhellend: "Welche Werte und Grundüberzeugungen liegen unserem Handeln zugrunde, welche Interessen verfolgen wir dabei? Wie ordnet sich unser Handeln in den europäischen und globalen Rahmen ein? Wo bietet deutsches Engagement einen besonderen Mehrwert? In welchen Bereichen müssen wir besser werden?". Siehe dazu den Gastbeitrag von Frank-Walter Steinmeier unter dem Titel "Welche Werte leiten uns?" in der Frankfurter Rundschau vom 5. Juli 2016.

48) Immerhin zählte der Nahe Osten 2015 zum Empfänger von 15 Prozent des Exports deutscher Rüstungsgüter, darunter Nachsichtgeräte in die VAE, Feuerleitsysteme nach Oman, Spürpanzer nach Kuwait, U-Boote nach Israel.

Kolonialmacht belastet noch hat es sich bislang durch hegemoniale Vormachtbestrebungen diskreditiert. Es wäre eine solche Konferenz, die der deutsche Außenminister schon einmal ins Spiel gebracht, aber dann nicht weiter verfolgt hat – obwohl es dafür durchaus hoffnungsvolle Ansatzpunkte gäbe. So hat das EU-Parlament mit der von ihm am 10. September 2015 verabschiedeten Resolution, die auf einen neuen Anlauf im israelisch-palästinensischen Konflikt orientiert, die EU zugleich aufgefordert, ihrer Verantwortung als ein einflussreicher Player gerecht zu werden und eine mutige und umfassende Friedensinitiative für die Region zu starten. Auch sind französische-seits dazu bereits praktische Schritte mit konkreten Zeitvorgaben unternommen worden. Es wäre eine Konferenz, für die auch der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas beständig wirbt und deren Dringlichkeit ebenso von Friedensnobelpreisträger Mohammed El Baradei unterstrichen worden ist. "Was wir brauchen", so El Baradei, "ist eine große Konferenz, bei der alle wesentlichen Fragen der Region besprochen werden, von Syrien über Libyen bis hin zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir müssen alle Probleme, alle Akteure zusammenbringen – wir müssen einen neuen Nahen Osten aufbauen. Saudi-Arabien und der Iran (...) müssen einen Modus Vivendi finden."⁴⁹

Das Zustandekommen des Atom-Vertrages mit Iran könnte insofern als Beispiel dienen, dass scheinbar unüberbrückbare Gegensätze überwunden und gefährliche Krisen politisch zum gegenseitigen Vorteil beigelegt werden können.

49) Interview am Rande der Wiener "com.sult"-Wirtschaftskonferenz, resümiert wiedergegeben im Wiener Standard vom 20. Januar 2016

Fred Schmid

Kriege um das Schwarze und Blaue Gold

"Wir dürfen keine Angst haben, die Wahrheit zu sagen: Die Welt ist im Krieg, weil sie den Frieden verloren hat. Es ist ein Krieg um Interessen, ein Krieg um Geld, ein Krieg um Ressourcen der Natur. Ich spreche nicht von einem Krieg der Religionen."

Papst Franziskus im Juli 2016

1908 begann am Persischen Golf das Öl-Zeitalter. Am 26. Mai dieses Jahres schoss eine 15 Meter hohe Erdöl-Fontäne aus einem Bohrloch des Suchtrupps. Mit der Konzession zur Ausbeutung dieser Ölquelle wurde 1909 die Anglo-Persian-Oil-Company – ab 1935 Anglo-Iranian Oil Company: AIOC) – gegründet; 56 % der Aktien landeten in der Hand des britischen Staats, größtenteils der britischen Admiralität. Es war das erste geförderte Öl im Nahen Osten. Haupteinahmequelle der arabischen Golf-Anrainer – das Königreich Saudi-Arabien existierte als Staat und Königreich noch nicht – war zu jener Zeit noch die Perlen-taucherei, an der sich die Emire, Scheichs, britische und indische Geschäftsleute bereicherten. Die Emirate waren zu dieser Zeit Protektorate der britischen Kronkolonie Indien. Erst in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann man den Öl-Bodenschatz auf der arabischen Halbinsel zu heben. Seit 1933 war die US-Standard Oil mit der California Arabian Standard Oil vor Ort dabei, die 1944 in die Arabian American Oil Company – Aramco – überführt wurde, die in großem Umfang Öl aus dem Wüstenboden und dem Persischen Golf pumppte. Der Anteil des saudischen Staates an der Ölfirma betrug damals nur 25 Prozent. Von 1972 bis 1980 verstaatlichte die saudische Regierung sukzessive den Öl-Giganten und firmierte ihn in Saudi Aramco um.

Es sind die strategisch wichtigsten und wertvollsten Bodenschätze, die hier in der Golfregion, konzentriert auf engstem Raum lagern. Öl und Erdgas sind nach wie vor die zentralen Energie- und Treibstoffe der Weltwirtschaft; 29 Prozent des Primärenergieaufkommens basieren auf Öl, 26 Prozent auf Erdgas. Die Golfregion bedeckt knapp ein Prozent der Erdoberfläche, aber unter diesem relativ kleinen Flecken lagert fast die Hälfte der nachgewiesenen sogenannten hydrokarbonischen Energiestoffe: das "Schwarze Gold" Erdöl und das "Blaue Gold" Erdgas. Genauer: 47,3 Prozent der Welt-Ölreserven und 42,8 Prozent der globalen Erdgas-Vorräte. (Rechnet man die nordafrikanischen, arabischen Länder – Marokko, Tunesien, Algerien, Libyen, Ägypten – noch hinzu – zur sogenannten MENA-Region (Middle East/North Africa), sind es mehr als fünfzig Prozent der total proved reserves. (vgl. BP, S. 6, 14)). Insgesamt also eine gi-

gantische Energie-Schatzkammer, zig Billionen Dollar wert, die sich hier unter Wüsten- und Meeresböden auftut.

Zwei Staaten sind besonders gesegnet mit den Schlüsselressourcen Öl und Gas für die oil-based Ökonomien der Industrieländer: Das Jahrtausende alte Reich der Perser und Saudi-Arabien, das erst seit 1932 in den heutigen Grenzen existiert. Saudi-Arabien verfügt mit 15,7 Prozent über die zweitgrößten Weltvorräte an Erdöl – Venezuela beherbergt mit 17,7 % das größte Ölfass – der Iran ist nach Canada

Ressource Erdöl

Reserven, Tagesförderung und -verbrauch Ende 2015

	Gesicherte Reserven % an Welt	Tages-förderung % an Welt	Tages-Verbrauch % an Welt
Saudi-Arabien	15,7 %	13,0 %	3,9 %
Katar	1,5 %	1,8 %	0,3 %
Kuwait	6,0 %	3,4 %	0,5 %
Verein. Arab. Emirate	5,8 %	4,0 %	0,9 %
Oman	0,3 %	1,1 %	–
Iran	9,3 %	4,2 %	2,1 %
Irak	8,4 %	4,5 %	?
Syrien	0,1 %	?	?
Jemen	0,2 %	?	?
USA	3,2 %	13,0 %	19,7 %
Russland	6,0 %	12,4 %	3,3 %

Quelle: BP Statistical Review 2016

isw-grafik/mz

Ressource Erdgas

Reserven, Förderung, Verbrauch 2015

	Gesicherte Reserven % an Welt	Förderung % an Welt	Verbrauch % an Welt
Saudi-Arabien	4,5 %	3,0 %	3,1 %
Katar	13,1 %	5,1 %	1,3 %
Kuwait	1,0 %	0,4 %	0,6 %
Verein. Arab. Emirate	3,3 %	1,6 %	2,0 %
Oman	0,4 %	1,0 %	< 0,05
Bahrain	0,1 %	0,4 %	< 0,05
Iran	18,2 %	5,4 %	5,5 %
Irak	2,0 %	?	?
Syrien	0,2 %	0,1 %	?
Jemen	0,1 %	0,1 %	?
USA	5,6 %	22,0 %	22,8 %
Russland	17,3 %	16,1 %	11,2 %

Quelle: BP Statistical Review 2016

isw-grafik/mz

(10,1 %) an vierter Stelle: 9,3 Prozent. Beim Erdgas sind die Verhältnisse umgekehrt: Iran 18,2 Prozent und Platz eins, Saudi-Arabien 4,5 Prozent und Platz fünf. Die Energie-Supermächte Saudi-Arabien/Golf-Emirate und der Iran sind zugleich die politischen Gegenspieler, die auf dem nahöstlichen Schachbrett um regionale Hegemonie ringen. Dem saudischen Einflussbereich sind die Golfstaaten Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain und der Oman zuzurechnen. Der Iran wiederum hat Einfluss auf den Ölstaat Irak und auf Syrien. Die sunnitisch-saudisch dominierten Ölstaaten – Saudi-Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait, Bahrain, Oman – gebieten zusammen über 29,3 Prozent der globalen Öl-Reserven und 23,8 Prozent der Gasvorräte. Für die Staaten Iran, Irak und Syrien, die mehr dem schiitischen Einflussbereich zuzurechnen sind, lauten die entsprechenden Zahlen: 17,8 Prozent beim Öl und 20,4 Prozent beim Gas.

1968, 60 Jahre nachdem die erste Öl-Quelle am Golf zu sprudeln begann, erklärten die Briten ihren Rückzug aus der Region; 1971 räumten sie ihre Militärbasen "östlich von Suez". Das British Empire war ausgezehrt, hatte sich überdehnt. Was nicht bedeutete, dass der westliche Einfluss und Zugriff auf die Region zu Ende war, im Gegenteil. Die folgenden Jahrzehnte waren gekennzeichnet vom Ringen der Supermächte USA und Sowjetunion um die Dominanz im Nahen und Mittleren Osten. Die USA meldeten vitale und strategische Interessen in The Greater Middle East an und ließen keinen Zweifel aufkommen, dass sie diese notfalls auch militärisch durchsetzen würden. 1980 ließ das Weiße Haus in der sogenannten Carter-Doktrin verlauten: "Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, Kontrolle über die Region des Persischen Golfs zu erlangen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet und mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt zurückgeschlagen." (zit. nach Nirumand, S. 175). Auf diese "vitalen Interessen" berief sich z.B. US-Präsident Bush sen., als er 1990 US-Truppen im Irak einmarschieren ließ.

Die US-Interessen waren zum einen geostrategischer Art: die Region gilt als das zentrale Feld auf dem "Eurasischen Schachbrett" (Brezinski) im Great Game der Großmächte. Es ist das Tor nach Asien. Der Zugriff auf diese Region war zudem von überlebensnotwendiger Bedeutung für den "American Way of Life". Ende der 80er Jahre verbrauchten die USA, bei einem Anteil von knapp fünf Prozent an der Weltbevölkerung, 25,1 Prozent (1989) des weltweit geförderten Öls. Sie nannten aber nur noch 3,1 % der gesicherten globalen Öl-Reserven (proved reserves) ihr Eigen. Aus diesen eigenen Quellen konnten sie damals gerade noch die Hälfte ihres Bedarfs decken – 2007 war es bereits weniger als ein Drittel (32 Prozent). Die USA waren das Haupt-Importland für Öl. Saudi-Arabien und Kuwait waren 1990 die wichtigsten Erdöl-lieferanten der Amerikaner. Der arabische Teil der Golfregion galt als der entscheidende Öl-Tank der USA.

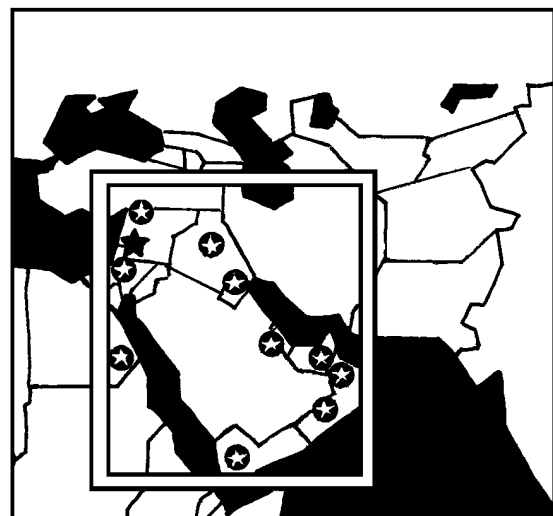
Der Iran wurde nach der iranischen Revolution, in deren Verlauf der US-Freund und Schah von Persien, Reza Pahlawi, 1979 abgesetzt und vertrieben wurde, und nach dem Geiseldrama in der Teheraner US-Botschaft von den USA auf die US-Liste der Schurkenstaaten gesetzt und später, im Zusammenhang mit dem Bau iranischer Atomanlagen, mit Boykott und Embargo überzogen. Jahrelang schien ein US-israelischer Militärschlag gegen die Atomanlagen des Irans

US-Centcom „Area of Responsibility“



Quellen: BGC, Handelsblatt, Der Spiegel

US-Stützpunkte Golfregion



- | | | |
|--------------|---------------------|-----------------|
| ★ Katar (HQ) | ★ Jemen | ★ Russland: |
| ★ Bahrain | ★ Ägypten | Syrien: |
| ★ Kuwait | ★ Jordanien | Latakia (LW) |
| ★ VAE | ★ Türkei (Izmirlik) | Tartus (marine) |
| ★ Oman | ★ Irak | |

isw/bb

greifbar nahe. Allerdings barg das die Gefahr einer Unterbrechung des Öltransports aus dem Golf. Die Meerenge von Hormuz, die jährlich 2000 Tanker mit 40 % des maritimen Öltransports passieren, ist ein choke point (ein Erdrosselungspunkt), der von iranischer Seite relativ leicht gesperrt werden kann.

Im Rahmen der Umorganisation der US-Army im Jahr 1994, hat das Pentagon den Globus in sechs regionale Kommandozone mit je einem US-Oberkommando aufgeteilt. Das Central Command (Centcom) ist präzise auf "The Greater Middle East", auf die Öl- und Gasregion Naher Osten zugeschnitten (vgl. Schuhler 2008, 5; Schmid/Schreer, 22). Das Herzstück ist dabei die Golfregion. Hier haben die USA in Katar, nahe der Hauptstadt Doha, die Militärbasis al Udeid eingerichtet, von wo aus das US Central Command die Kriege in Afghanistan, Irak und Syrien koordiniert (Ruf 2016, 52). In Bahrain ist die "Basis der 5. US-Flotte, die von dort aus die iranische Küste und den Ausgang aus dem persisch-arabischen Golf bewacht" (ebenda, S. 54). Neben den US-Basen in Bahrain und Katar, befinden sich weitere acht US-Stützpunkte in der Region, dazu drei französische, ein britischer, ein kanadischer, ein australischer und eine Basis der Bundesluftwaffe in Incirlik/Türkei mit dazugehöriger Kommandozentrale in Al-Udeid/Katar; insgesamt also 16 Stützpunkte der NATO und ein australischer; ohne die zusätzlichen, ausschließlich türkisch genutzten Militärbasen. Der US-Luftwaffenstützpunkt Al-Anad im Jemen, auf dem die US-Army u.a. jemenitische Special Forces ausbildete, wurde von den jemenitischen Huthi-Rebellen im März 2016 erobert (spiegelonline, 25.3.16).

Russland verfügt in der Region über den Luftwaffenstützpunkt Latakia und die Marinebasis Tartus, beide in Syrien.

"Pivot to Asia"

Knapp ein halbes Jahrhundert nach dem britischen Rückzug aus Nahost, wird eine neue Zeitenwende in der Region eingeleitet. Sie ist gekennzeichnet durch eine Politik des teilweisen Rückzugs der USA aus der Region, in erster Linie was den massiven Einsatz von Bodentruppen anbelangt.

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Auch die Supermacht USA musste die Erfahrung eines imperialen overstretch, einer Überdehnung ihrer Macht erfahren. Die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen der USA sind an ihre Grenzen gestoßen, die "einzige Supermacht" hat den Zenith ihrer Macht, den sie nach der Implosion der Sowjetunion erreichte, überschritten. Sie findet sich heute in einer multipolaren Welt wieder. Die militärischen Allmachtphantasien, insbesondere eines George W. Bush mit seinem "permanenten

Krieg gegen den Terror", waren geplatzt. Die Kriege gegen Afghanistan, Irak und die Bombardements gegen Somalia, Libyen und Syrien gerieten zum Fiasko und hinterließen eine Schneise der Verwüstung und eine globale humanitäre und Flüchtlingskatastrophe. Statt der von Bush hinausposaunten "state buildings" waren "failed states" die Folge. Die USA engagieren sich militärisch heute im Nahen Osten vorwiegend mit Bombern und Drohnen und High-Tech-Waffenlieferungen an die Verbündeten in der Region.

Eine Begradigung ihres Engagements in Nahost wurde den USA erleichtert durch das verstärkte Öl- und Gas-Fracking in ihrem eigenen Land etwa ab 2011: also die Förderung von sogenanntem unkonventionellen Öl und Schiefergas durch das hydraulic fracturing. Dadurch mussten die USA kein Öl mehr aus der Golfregion importieren; das Gebiet behielt für sie jedoch den Status eines Reservetanks für die Zukunft. Zudem wollen die USA die Interessen ihrer Öl-Multis in der Region schützen und die weltweite Petro-Dollar-Hoheit behalten.¹

2015 förderten die USA zwei Drittel des von ihnen konsumierten Erdöls selbst – immer noch 20 % des Weltverbrauchs – und 99 % ihres konsumierten Erdgases, gleich 23 % des Weltverbrauchs. Die USA waren selbst zur Energie-Supermacht geworden. Ihr Anteil an der Weltproduktion bei Öl lag 2015 bei 13,0 %, gleichauf mit Saudi-Arabien und etwas höher als Russland mit 12,4 % (BP, 8).

Vor allem aber verlagerten die US-Amerikaner ihren politischen und militärischen Schwerpunkt ab 2011 nach Asien: "Pivot to Asia", wie es die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton als Devise ausgab. Der Dreh- und Angelpunkt der US-Politik sollte nach Asien verschoben werden: "The future of politics will be decided in Asia, not Afghanistan or Iraq, and the United States will be right at the center of the action." (foreignpolicy.com/2011/10/11/americas-pacific-century).

Donald Trump, der neugewählte US-Präsident, hat sich zum Nahen Osten noch nicht eindeutig geäußert. Bekannt ist seine generelle Skepsis gegenüber militärischen Interventionen. So hatte er 2003, anders als Hillary Clinton, die US-Invasion im Irak abgelehnt. Im Juli 2016, beim Nominierungsparteitag der Republikaner sagte er: "Nach 15 Jahren Kriegen im Nahen Osten, nach Billionen ausgegebener Dollar und Tausenden Toten ist die Lage schlimmer als je zuvor." (zitiert nach FAZ, 11.11.16).

Es wäre in der Logik dieser Äußerung, dass er sich zumindest nicht stärker militärisch in dieser Region engagiert, wie das Hillary Clinton von Obama u.a. mit einer "Flugverbotszone" forderte. So warnte Trump in einem Interview am 25. Oktober – also kurz vor der Wahl – vor diesen Plänen. Nach seiner Ansicht würde

1) Der internationale Ölhandel wird hauptsächlich in Dollars abgerechnet, sogenannte Petrodollars. Die Dollarfakturierung hat für die USA den Vorteil, dass die Währung international begehrt ist und der US-Zentralbank in Höhe des Ölkaufs Devisen der ölkaufenden Staaten zufließen. Die USA können sich dadurch international leichter verschulden. Zudem fallen den USA dadurch hohe sogenannte Seigniorage-Einnahmen zu. Das sind die Gewinne, die die US-Fed durch die Ausgabe von Zentralbankgeld erzielt (Gewinn durch Gelddrucken).

das zu einem "dritten Weltkrieg" führen, denn man stehe in Syrien nicht nur Assad, sondern auch Russland gegenüber. "Und Russland ist ein Land, in dem die Atomsprengköpfe funktionieren, im Gegensatz zu anderen Ländern, die reden." (nach FAZ, 11.11.16).

Unter Trump könnten sich die USA aus dem "großen Sumpf", wie er den Nahen Osten bezeichnete, noch etwas mehr zurückziehen, als bereits bei Obama eingeleitet und sich schwerpunktmäßig auf den Fernen Osten konzentrieren. Mit China steht dort der Hauptkonkurrent und "Hauptfeind" der USA. Wie schon an die die europäischen NATO-Mitglieder, sendete Trump an die Verbündeten in der Golf-Region die Botschaft, sie sollten mehr für ihre eigene "Verteidigung" zu tun. Insgesamt dürfte sich dadurch das globale Wettrüsten anheizen.

Pulverfass Nahost

Die hitzigste Runde des Hochrüstens läuft derzeit ohnehin auf der arabischen Halbinsel: Saudi-Arabien, mit einer Bevölkerung von gerade mal 30 Millionen, ist binnen drei Jahren zum Land mit den weltweit dritthöchsten Militärausgaben aufgestiegen: Mit 87,2 Milliarden Dollar (2015) für Waffen und Militär rangiert das Scheichtum nach USA und China und mit großem Abstand vor Russland (66 Milliarden Dollar). Aber auch die golfarabischen Emirate setzen zunehmend auf das Schwert. Der Wüsten-Zwergstaat Katar, mit 2,2 Millionen Einwohnern nicht viel größer als der Stadtstaat Hamburg, gibt mit 22,8 Milliarden Dollar etwa genau so viel für Rüstung und Militär aus wie das NATO-Land Italien mit 60 Millionen Einwohnern: 23,8 Milliarden Dollar und steht damit auf Platz 14 im weltweiten Rüstungs-Ranking. Zusammen bringen es Saudi-Arabien und die anderen Golfaraber auf 123,6 Milliarden für Rüstung und Militär – zwölfmal so viel wie der Iran, fast doppelt so viel wie Russland.

Bezogen auf Fläche und Bevölkerung gilt der Nahe Osten heute als die waffenstarrendste Region der Welt. Es ist ein hochbrisantes Pulverfass, das jederzeit explodieren und einen Flächenbrand oder gar Weltenbrand auslösen kann. Die Neuausrichtung der US-Politik auf Asien hat zur Aufladung des Pulverfasses beigetragen; Emire und Scheichs stecken vermehrt ihre Petrodollars in schimmernde Wehr, um ihre Feudaldynastien abzusichern und den Hegemoniekampf in der Region für sich zu entscheiden. Der Westen, allen voran die USA, aber auch Deutschland, Frankreich und Großbritannien, liefern ihren Stellvertretern in der Golfregion bereitwillig High-Tech-Waffen in riesigen Dimensionen, mit gigantischen Profiten für die Rüstungskonzerne. Saudi-Arabien ist weltweit der drittgrößte Waffenimporteur, wiederum nach den USA und China. "Trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen durch Riad, pumpt der Westen die arabische Halbinsel mit Waffen voll", schreibt die FAZ (5.1.16). "Allein die USA lieferten von 2010 bis 2014 für 90,4 Milliarden Dollar". Im August 2016, als die Golf-Allianz unter Führung Saudi-Arabiens den Krieg

gegen den Jemen erneut anheizte, versprochen die USA neue Waffen zu liefern (SZ, 12.8.16). Und Deutschland liefert an Katar, das ebenfalls im Jemen mitmordet, Kampfpanzer und Panzerhaubitzen. Von Deutschlands zehn größten Mordwaffen-Abnehmern 2014/15 sind vier im Nahen Osten angesiedelt: Katar (Platz 2; 1,68 Mrd. Euro Waffenlieferungen, Israel (3. Platz: 1,19 Mrd.), Saudi-Arabien (7. Platz: 479 Mio.), VAE (10. Platz: 228 Mio. Euro) (Rüstungsreportbericht Bundesregierung; zit. n. Wirtschaftswoche, 28.10.16).

Das stärkere militärische Engagement der arabischen Ölstaaten wurde vom Westen eingefordert. Waren die USA bisher die entscheidende Lebensversicherung für die reaktionären Scheichs und Emire, so sollen diese künftig selbst das Überleben ihrer mittelalterlichen Feudalherrschaften in die gepanzerte Faust nehmen. "Insbesondere die Staaten des Golfkooperationsrates (GCC) sollten künftig für die eigene 'Sicherheit' sorgen", schreibt Karin Leukefeld. "Dafür verkaufte ihnen der Westen Kampffjets und Raketen, Überwachungstechnologie für Luft, Boden und Wasser. Die GCC-Staaten wurden mehr an die NATO-Strukturen herangeführt und – gegen Bezahlung – mit Militärausbildern versorgt. Ein regionales arabisches Oberkommando ist noch in Planung." (Leukefeld, 197). Saudi-Arabien hat Ende 2015 34 Staaten zu einer breit angelegten arabischen Militärallianz zusammengestrommelt, einer Art NATO für den Nahen Osten.



Mit den arabischen Hilfspolizisten in Nahost im Rücken, kann der Welt-Sheriff verstärkt im Fernen Osten für Law and Order sorgen. Eine komfortable und durch die Waffenverkäufe zugleich profitable Situation für die USA.

Durch die – bisher nur teilweise – Befreiung des Irans aus Embargo und Boykott infolge der Einigung auf ein Atomabkommen am 14. Juli 2015 in Wien ist zudem eine gewisse Machtbalance in der Region hergestellt. Karin Leukefeld dazu: "Die Einigung mit dem Iran entsprach einer modernisierten Strategie der USA, ihren Weltmachtsanspruch gegenüber Russland

und China umzusetzen. Dazu gehört – wie im Falle der Golfstaaten und der EU – Alliierte militärisch einzubinden. Politische Gegner wie der Iran sollen in den Machtkampf um den Mittleren Osten einbezogen werden. Die Aufhebung der Sanktionen und das Abkommen über das Atomprogramm stellen eine 'Win-Win-Situation' für die USA und ihre Verbündeten auf der einen und für den Iran auf der anderen Seite dar." (Leukefeld, 206).

Der US-Politologe John J. Mearsheimer empfahl Präsident Obama bereits 2011, in der Außenpolitik auf das Konzept des Offshore Balancing zurückzugreifen. "Diese Strategie geht davon aus, dass es für die Vereinigten Staaten drei strategisch besonders wichtige Regionen gibt: Europa, Nord-Ost-Asien und den Persischen Golf", schreibt Malte Daniljuk. Wichtigstes Ziel müsse sein, dass keine Macht diese Regionen eindeutig dominieren kann. "Dieses Ziel könne erreicht werden, indem potentielle Rivalen dazu gebracht werden, sich auf andere große Mächte in ihrem Hinterhof zu konzentrieren. Daher müssten lokale Mächte dazu animiert werden, die regionalen Hegemonialmächte und potentiellen Rivalen Amerikas in Konflikte zu verwickeln. Erst, wenn das nicht gelingt, sollte amerikanisches Militär über den Horizont geschickt werden, so Mearsheimer." (Daniljuk, 75f).

Übertragen auf die Golfregion bedeutet das, dass nach den Vorstellungen der USA die Regionalmacht Saudi-Arabien den Iran, die Regionalmacht an der anderen Seite des Golfes, in Schach zu halten hat. Unter Instrumentalisierung des Islams. Der Kampf um die beherrschende Ordnungsmacht wird zum Kampf der Konfessionen hochstilisiert. Saudi-Arabiens aggressive neue Außenpolitik wird begleitet von einem Religionsexport, dem Wahabismus, der sich im Wesentlichen auch beim "Islamischen Staat", Al-Quaida und der Nusra-Front wiederfindet, die vom saudischen Königsreich gesponsert wurden und werden. Saudi-Arabien mit dem Wahabismus, der konservativsten und reaktionärsten Auslegung des sunnitischen Islam, beansprucht zugleich die Führung in der sunnitisch-islamischen Welt und die Dominanz in der gesamten islamischen Welt mit 85 Prozent Sunniten und 15 Prozent Schiiten.

Saudi-Arabien zieht gegen die unterprivilegierte und diskriminierte schiitische Minderheit im eigenen Land – etwa 15 Prozent der Bevölkerung – zu Feld, die schwerpunktmäßig in den Erdölregionen im Osten des Landes lebt, für die aber vom sagenhaften Ölreichtum nichts abfällt, die vielmehr sozial und politisch diskriminiert ist. Ähnlich in Bahrain, wo das sunnitische und mit den Saudis verwandte Königshaus die schiitische Mehrheit niederhält und systematisch benachteiligt. Im Jemen bekämpft die arabische Kriegsallianz unter Führung der Saudis die Huthi-Bewegung, die religiös den Zaiditen, einem Zweig der Schiiten, angehört. Mit westlichem Beistand und Waffen bombt die Allianz die Hauptstadt Sanaa zu Schutt und Asche.

Vor allem versucht die sunnitisch-islamische Golf-Allianz – allen voran der Golfkooperationsrat GCC – eine schiitische Achse vom iranischen Golf über Irak, Syrien und Libanon (Hisbollah) zum Mittelmeer zu verhindern; auch aus geostrategisch-ökonomischen Gründen (siehe weiter unten: Pipelinepoker). Wobei bei diesem Kampf um die Hegemonie in der Region der Iran militärisch, rüstungstechnologisch und ökonomisch bislang die schlechteren Karten hat. Der Iran erzeugt mit 80 Millionen Einwohnern nur ein BIP von 425 Milliarden Dollar; Saudi-Arabien bringt es mit 30 Millionen Menschen auf 754 Milliarden Dollar. Allein die Restaurierung der Öl- und Gasförderanlagen im Iran kostet mindestens 100 Milliarden Dollar an Investitionen. Bedingt durch die ökonomische Schwächung infolge Embargo und Sanktionen sah sich der Iran gezwungen, seine Militärausgaben von 12,6 Milliarden Dollar im Jahr 2012 auf dann jeweils 9,9 Milliarden Dollar jährlich zurückzufahren. Es ist dennoch zu befürchten, dass bei der beginnenden Runde des Kampfes um eine neue regionale Ordnung auch der Iran in das regionale Wettrüsten am Golf einsteigt. Diese Rivalitätskämpfe um die Vorherrschaft in der Region sind zugleich Stellvertreter-Kriege der Großmächte. Saudi-Arabien gilt als "strategischer Partner" des Westens, als verlässlicher Öllieferant, und wurde von den USA und den Europäern maßlos aufgerüstet; der Iran wiederum ist verbündet mit Russland und China.

"Ölwaffe" und Ölkrieg

Beim Kampf um die Hegemonie in Nahost kommen auch ökonomische Waffen zum Einsatz, insbesondere die Öl-Waffe. Ende Juni 2014 wurde das Barrel Öl (Faß = 159 Liter) an den globalen Öl-Börsen noch mit etwa 110 Dollar notiert. Seitdem fiel der Ölpreis, zeitweise auf unter 30 Dollar, erholte sich kurzzeitig, um abermals zu fallen. Anfang November 2016 lag er bei etwa 50 Dollar, weniger als der Hälfte des Kurses von vor zwei Jahren.

Was sind die Ursachen des Absturzes? Der Ölpreis geriet sowohl von der Angebots- wie auch von der Nachfrageseite unter Druck. Bei letzterer ist es die stockende und stotternde Weltkonjunktur, die ökonomische Stagnation in der kapitalistischen Triade: Eurozone, Japan und USA. Auch das verlangsamte Wachstum des größten Schwellenlandes China ließ die Nachfrage nach Rohstoffen und Erdöl sinken.

Zum anderen: "Es gibt ein steigendes Angebot an den Ölmärkten, das beeinflusst die Preise derzeit stärker als die Entwicklung der Nachfrage", stellte bereits 2014 Carsten Fritsch, Rohstoffanalyst der Commerzbank fest, als die Talfahrt bereits voll im Gange war. (Wirtschaftswoche, 3.11.14). Vor allem die US-amerikanische Ölproduktion nahm wegen des Fracking-Booms kontinuierlich zu. 2008 haben die US-Amerikaner pro Tag durchschnittlich 6,8 Millionen Barrel gefördert, 2015 betrug ihre Tagesförderung 12,7 Millionen Barrel (BP, 8); fast eine Verdoppelung in nur sieben Jahren.

Zur Ölschwemme trug auch die stärkere Rückkehr des Iraks und ab 2016 des Irans an den Ölmärkten bei, zudem förderte Saudi-Arabien am Top-Limit. Die globale Förderung kam 2015 auf 91,7 Millionen Barrels, gut zehn Millionen Fässer mehr als 2009: 81,2 Millionen.

In früheren Zeiten wäre die Reaktion der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) in solchen Situationen klar gewesen: Mit einer Kürzung der Förderquoten der einzelnen Mitgliedsstaaten hätte das Angebots-Kartell die Preise wieder nach oben getrieben. Diesmal war bei den Halbjahrestreffen in der Wiener OPEC-Zentrale der Öl-Club in dieser Frage gespalten. Die ärmeren Mitglieder der 14-er Gruppe setzten sich für eine Drosselung des Angebots ein, um mit höheren Preisen Mehreinnahmen zu erzielen; insbesondere Venezuela, Nigeria und Angola. Der Iran war nicht zu einer Reduktion seiner Förderung bereit, solange er nicht die Förderquote von vor dem Embargo erreicht habe. Die armen Verwandten von OPEC stießen jedoch vor allem auf die geschlossene Abwehrfront der Gegenspieler des Irans, allen voran der Golfstaaten Kuwait, Katar, VAE und insbesondere Saudi-Arabien. Das Scheichtum ist der entscheidende Machtfaktor im OPEC-Öl-Kartell, ohne den oder gar gegen den nichts läuft. Saudi-Arabien produziert rund 30 Prozent des gesamten OPEC-Öls, hat erhebliche Reserven und vor allem die Schlüsselposition eines Swing-Producers inne; d.h. es hat erhebliche ungenutzte Produktionskapazitäten, die es jederzeit hochfahren oder reduzieren kann. Selbst wenn Venezuela, Nigeria, Iran und Russland quasi im Alleingang die

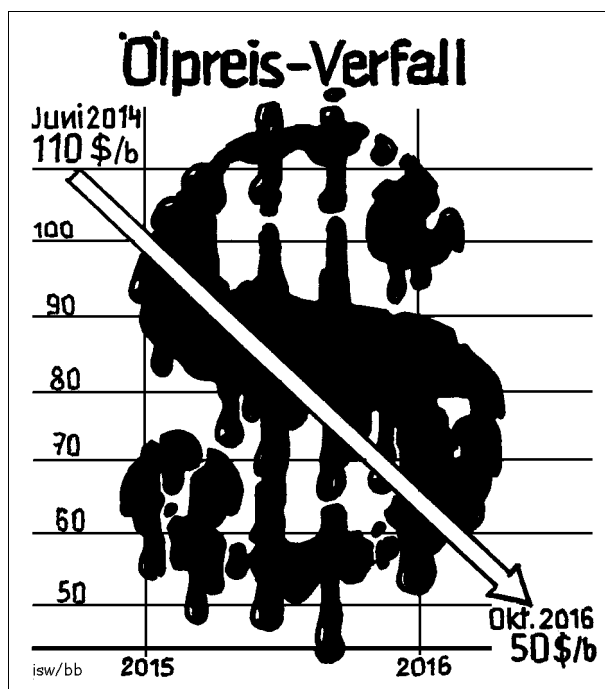
Fördermengen drosseln würden, könnte das Saudi-Arabien (plus die anderen Golfstaaten) konterkarieren, indem sie ihre Reservekapazitäten einschalten. Es wurde in den vergangenen Monaten einmal mehr klar: der Ölpreis wird in Golf-Arabien gemacht.²

Finanzielle Nachteile und schmerzliche Einbußen bei dem gegenwärtigen Ölpreisverfall haben aber auch Saudi-Arabien und die Öl-Emirate am Golf zu verkräften. Saudi-Arabien z.B. braucht einen Öl-Preis von 96 Dollar (HB, 14.4.16), um seinen Haushalt ausgleichen und die Zuckerbrote für das 30-Millionen-Volk finanzieren zu können, damit dieses nicht gegen die Peitsche der brutalen Scheich-Feudalherren rebelliert. Karin Leukefeld notiert 2015: "Die für 2010 beschriebenen positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in den arabischen Staaten haben sich drastisch verschlechtert. Durch den gefallen Ölpreis sind die Einnahmen für die erdölexportierenden Staaten gesunken, Entwicklungsprogramme wurden gestoppt. Armut und Arbeitslosigkeit sind gestiegen, Repression und Gewalt sind an der Tagesordnung, die Flüchtlingszahlen sind dramatisch." (Leukefeld, 211).

Die sozialen Probleme werden durch die horrenden Rüstungs- und Militärausgaben noch verschärft. Das Haushaltsloch machte 2015 97 Milliarden Dollar aus; 87 Milliarden davon sind auf den gigantischen Rüstungsetat zurückzuführen.

Dennoch war der Golf-Club um Saudi-Arabien bislang nicht zu einer Drosselung der Ölförderung bereit, sondern produzierte weiterhin am oberen Limit. Es muss also um mehr gehen, als um milliarden schwere Einnahmen aus dem Ölgeschäft. In der Wirtschaftspresse wurde anfangs viel spekuliert über Hintergründe und Motive Saudi-Arabiens. Man nähert sich der Lösung des Rätsels, wenn man die Schlüsselfrage "cui bono?", stellt: Wem nützt es, oder in diesem Fall besser andersrum: Wem schadet es? Man kommt dann sehr schnell zu dem Ergebnis, dass es hier um regionale und auch imperiale Machtprojektionen geht, um die Errichtung von Fronten für einen globalen Wirtschafts- und Ölkrieg. Oder wie es der Kolumnist und Kommentator der New York Times, Thomas L. Friedman, gleich zu Beginn des ruinösen Preiskrieges formulierte: "Bilde ich mir das nur ein, oder bahnt sich ein globaler Ölkrieg zwischen den USA und Saudi-Arabien auf der einen Seite und Russland und Iran auf der anderen an?" (zit. nach HB, 28.11.14). "Saudi-Arabien führt einen Wirtschaftskrieg mit Öl als Waffe und hat damit die Risiken in Nahost weiter forciert", schreibt Ulrich Blum, Professor für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle (Blum, 18.3.16).

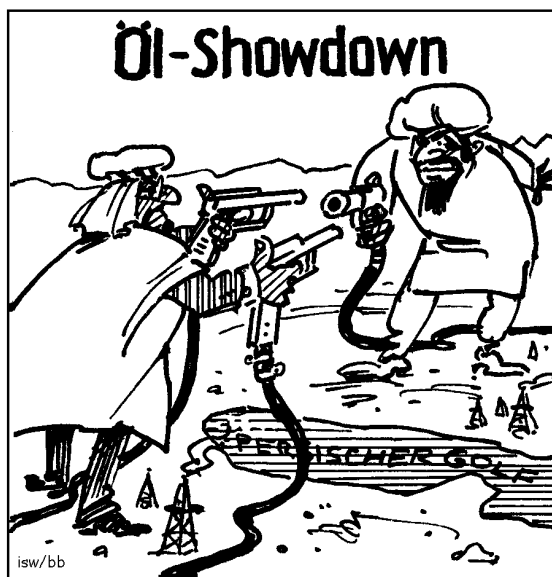
Die Ölwanne Saudi-Arabiens (und auch der USA) zielt auf die gegnerischen Staaten Iran, Russland, Venezuela und Brasilien. Dabei bedarf es gar keiner ver-



2) Ende September 2016 hat sich die OPEC auf eine Kürzung der Ölförderung verständigt; allerdings nur um 2,3 % von 33,3 auf 32,5 Millionen Barrel täglich. Das verknappte Angebot soll auf der regulären OPEC-Sitzung am 30. November in Wien beschlossen werden. Offen bleibt, wie die Reduzierung durchgesetzt und kontrolliert werden soll.

schwörerischen Absprache zwischen Saudi-Arabien und den USA, obwohl es diese in der Vergangenheit auch schon gegeben hat.³

Für die USA ist die Öl-Preis-Waffe Teil des Wirtschaftskrieges und der Embargopolitik gegen Russland. Im Visier Washingtons sind auch die gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Staaten in Lateinamerika, insbesondere Venezuela mit den größten Ölreserven der Welt. Angestrebt wird in diesen Ländern ein Regime-Change hin zu einem neoliberalen Wirtschaftskurs, was im Falle Argentinien und mit dem Putsch in Brasilien bereits gelungen ist. Dafür werden auch Einbußen der heimischen Öl-Industrie in Kauf genommen.



Die Saudis wiederum wollen ihren Erzfeind in der Region, den Iran, ökonomisch entscheidend schwächen. Diesem soll eine Rückkehr an den Ölmarkt erschwert und er daran gehindert werden, mit seinen reichen Ölreserven gar eine strategische Gegenposition in der OPEC zu Saudi-Arabien aufzubauen. Es ist auch ein Kampf um Förderanteile, bei dem die Saudi-Monarchie ihre bisherige Position verteidigen will und dazu wohl auch den längeren Atem hat. Denn die Förderkosten liegen nirgends so niedrig wie auf der arabischen Golfseite. Sie betragen in der Regel drei bis fünf Dollar je Fass, so dass diese Öl-Dynastien selbst bei einem Öl-Preis von zehn Dollar mit Gewinn produzieren. Zudem verfügt Saudi-Arabien über einen Devisen-Schatz von 900 Milliarden Petrodollars (HB, 20.10.16), mit dem es eine Durststrecke länger durchhalten kann als der Iran. Dieser kann wiederum nicht die Mittel verdienen, um seine Förderanlagen

zu modernisieren. Es ist eine Art "Totrüstungs-Strategie" der Golfaraber. Um den Iran im Öl-Export klein zu halten und seinerseits die Exportquoten zu stabilisieren, gewährt Saudi-Arabien im Geschäft mit Asien selbst bei diesen niedrigen Preisen teilweise noch erhebliche Rabatte.

Allerdings sind bei der gegenwärtigen Entwicklung auch Saudi-Arabien's Finanzreserven in fünf Jahren erschöpft. Die 18 wichtigsten Ölexportländer haben von November 2014 bis März 2016 315 Milliarden Dollar ihrer Devisenreserven verloren – ziemlich genau ein Fünftel der gesamten Reserven, wie Bloomberg-Berechnungen aufzeigen. Auf Saudi-Arabien allein entfällt davon die Hälfte (vgl. SZ, 19.4.16).

Vielfach wird argumentiert, dass die Saudis mit dem Preiskrieg auch die US-Fracking-Konkurrenz ausschalten wollen, um ihre Dominanz auf dem Welt-Öl-Markt sicherzustellen. Das dürfte zumindest nicht das primäre Ziel sein. Das kontinuierliche Hochfahren der Fracking-Ölförderung in den vergangenen Jahren war die Voraussetzung, um die globale Überproduktion zu erreichen, mit der sich jetzt die politischen Ziele umsetzen lassen. Mit dem Verfall des Ölpreises blieben in der Tat eine Reihe von mittelständischen Fracking-Unternehmen auf der Strecke, vor allem jene, deren Förderkosten bei 60 Dollar und mehr lagen. Mehr als die Hälfte der Bohranlagen, vorwiegend die kleineren, wurden vorübergehend stillgelegt. Mit der Folge, dass günstiger produzierende Unternehmen ihre Produktion hochfuhren, so dass sich die US-Fördermenge nur geringfügig reduzierte; um knapp zehn Prozent in der US-Frackingindustrie. Die Förderkosten beim US-Fracking-Öl liegen zwischen

ÖL – Exportabhängigkeit großer Erdölproduzenten

2014	Export-Anteil an Ölförderung	Anteil Öl-Exporte an Gesamt-Exporten
Irak	78 %	99 %
Iran	33 %	61 %
Saudi-Arabien	65 %	78 %
Kuwait	63 %	67 %
Verein. Arab Emirate	74 %	21 %
Oman	87 %	66 %
Russland	42 %	31 %
Kasachstan	82 %	68 %
Angola	98 %	95 %
Nigeria	88 %	69 %
Kanada	76 %	19 %
Venezuela	60 %	85 %
Mexiko	41 %	9 %

Quellen: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR); HB

isw-grafik/mz

3) In einem Interview mit der Regierungszeitung Rossijskaja Gaseta vom 15. Oktober 2014 hat Nikolaj Patruschew, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, ausführlich über den Ölpreisverfall gesprochen – aber nicht über den aktuellen, sondern über den der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Der sei von den Vereinigten Staaten mit dem Ziel herbeigeführt worden, die von Rohstoffneinnahmen abhängige Sowjetunion in den Bankrott zu treiben. Er resümiert: "Man muss zugestehen, dass es den Amerikanern damals gelungen ist, ihre Ziele zu erreichen." (FAZ, 17.10.14). Das Handelsblatt (28.11.14) schreibt, dass die Saudis 1990 den "Preis pro Fass Rohöl auf unter zehn Dollar abschnürten ließen. Michail Gorbatschow konnte seinen streikenden Kolkumpeln nicht einmal mehr Seife importieren". Es war der Schlussakkord "im Lied vom Tod" der Sowjetunion.

30 und 80 Dollar je Fass, je nach geologischer Formation, Modernität der Fördertechnik und Findigkeit der Ingenieure. "Die größten US-Ölfirmen Exxon und Chevron etwa kündigten an, bald mehr auf dem US-Festland zu fördern, vor allem im Schieferöl-Bereich", schreibt die SZ (5.11.15): "So könnten in den USA vor allem die großen Konzerne zu späten Profiteuren des Preisverfalls werden – sie haben zuerst den Fracking-Boom verschlafen, jetzt finden sie günstige Einstiegsmöglichkeiten".

Der Vorteil bei der Fracking-Förderung besteht darin, dass sich die Bohrlöcher weit einfacher und schneller schließen lassen, und umgekehrt sich die Förderung leichter wieder hochfahren lässt als beim konventionellen Öl.

Washington kommt der niedrige Ölpreis sehr gelegen. Nicht nur wegen der Schwächung politischer Rivalen, die jetzt in der Ölpreisfalle sitzen. Die USA haben von allen Industrienationen die ölintensivste Ökonomie. Da schlägt der Ölpreistrückgang entsprechend kostensenkend zu Buche. Von dem Ölpreisverfall profitieren insgesamt die wichtigsten Player der Weltwirtschaft, die allesamt Netto-Importeure von Öl sind: EU, Japan, China, Indien und auch die USA. Für sie wirkt das billige Öl wie ein globales Konjunkturprogramm. Da fallen dann die Pleiten einiger Fracking-Unternehmen kaum noch ins Gewicht. Entscheidend ist für die US-Politik und für Saudi-Arabien, dass die gegnerischen Ölmächte an der Pleite entlang schrammen.

Arabische "Vision 2030": Petro-Chemie statt Rohöl

"Mit dem Abschluss des Atomvertrags mit Iran im vergangenen Jahr hat sich das strategische Umfeld für Saudi-Arabien – und damit für seine Nachbarn – grundlegend geändert", schreibt der Wirtschaftsforscher Ulrich Blum (SZ, 18.3.16). "Mit dem Ende der Beschränkungen im Handel und bei Finanzgeschäften kann das Land nun als strategischer Konkurrent Saudi-Arabiens agieren. Der Antagonismus liegt weniger in den Glaubensunterschieden als vielmehr im Streit um die Position als Regionalmacht. Hier ist Iran langfristig weit besser aufgestellt als der Wüstenstaat. Das Land besitzt noch aus der Zeit des Schahs eine hoch entwickelte Wirtschaft. Diese hat es dem Land in den Jahren des Boykotts ermöglicht zu überleben, weil die interne Diversifikation sehr hoch war" (ebenda).

Diese Diversifikation fehlt Saudi-Arabien bislang, seine Wirtschaft ist auf der Monokultur Öl aufgebaut und auch hier primär auf das Upstream-Geschäft. Der Anteil der Ölförderung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) Saudi-Arabiens betrug 2015 39,5 %, Raffination 3,3 %, Sonstige 57,2 %. Das Öl erbringt 80 Prozent der Staatseinnahmen und 90 Prozent der Exporterlöse.

Nach der Rückkehr des Iran als Player im Ölgeschäft und als politische Regionalmacht ergab sich für die Saudis die Notwendigkeit der Umorientierung ihrer

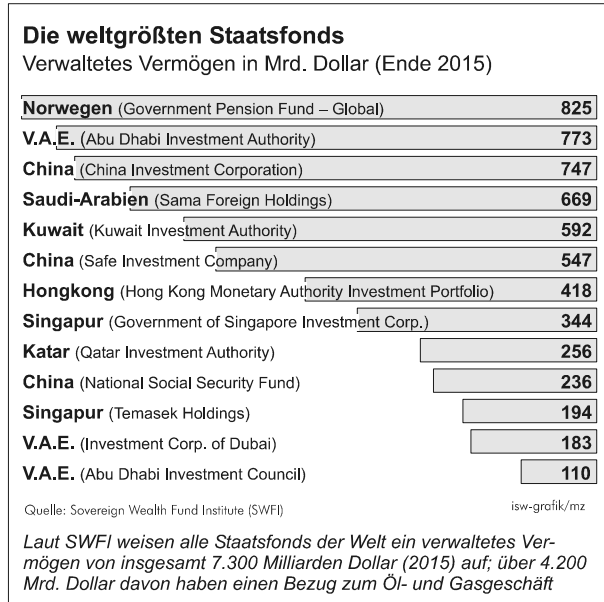
Wirtschaft. Umso mehr, als US-Präsident Obama das saudische Königshaus gemahnt hatte, es solle lernen, "sich die Region mit dem Iran zu teilen" (zit. nach HB, 21.4.16); was dieses brüsk zurückwies. Doch den Saudis wurde klar, was die Stunde geschlagen hatte. Die US-Amerikaner waren aufgrund des eigenen Ölbooms nicht mehr so abhängig von der Region und verlagerten geopolitisch ihre Machtprojektion nach Asien. Um in der Region in die Schuhe des bisherigen Hegemons steigen zu können, musste Saudi-Arabien, neben der militärischen Aufrüstung, auch seine Wirtschaft radikal umrüsten, um langfristig über das entsprechende ökonomische Potenzial zu verfügen und von der Öl-Monokultur wegzukommen.

Zu diesem kompletten Umbau der Wirtschaft wurde der "Nationale Transformationsplan" erarbeitet, "Vision 2030". Bin Salman Al Saud, der zweite Kronprinz und Chef der obersten Wirtschaftsbehörde des Landes, der für den Komplettumbau der Wirtschaft verantwortlich ist, erklärt: "Binnen 20 Jahren werden wir eine Volkswirtschaft oder ein Staat sein, der nicht mehr vor allem vom Öl abhängig ist." (zit. nach HB, 4.4.16). Die Rohöl-Förderung soll in etwa bei der jetzigen Kapazität – 10 bis zwölf Millionen Barrel pro Tag – belassen werden. Investieren will man vorrangig ins down-stream-Geschäft mit den höheren Gewinnspannen, also z.B. in Raffinerien. Die Förderung von Erdgas wird um knapp 50 Prozent erhöht. Das zusätzliche Gas dient dann der chemischen Industrie als Rohstoff. Insgesamt wird die Petrochemie-Produktion stark ausgeweitet. Öl und Gas sind dabei die wichtigsten Ausgangsstoffe. Der saudische Energieminister Khalid Al-Falih in einem Handelsblatt-Interview (12.7.16): "Wir sehen energieintensive Industrien – etwa Basischemie, Stahl und Aluminium – als Ausgangspunkt für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und Industrialisierung unseres Landes".

Insgesamt liegt der künftige Schwerpunkt in der Chemie-Branche, wozu bereits erste Schritte gegangen wurden. In diesem Jahr sind die ersten Anlagen von Sadara in der saudischen Wüste angelaufen. "Sadara ist der größte an einem Stück erbaute Chemiekomplex der Welt. Rund 20 Milliarden Dollar hat Saudi Aramco mit Partner Dow Chemical aus den USA dort investiert." (HB, 6.1.16). Ein zweiter Chemie-Riese ist Saudi Basic Industries Corp. (kurz: Sabic); das Unternehmen gehört zu 70 Prozent dem Staat und stellt neben Basis-Chemikalien und Kunststoffen auch Düngemittel und Metalle her. Sabic drängt immer stärker in die Spezialchemie und bringt es auf einen Umsatz von 46 Milliarden Dollar. Es will in einigen Jahren zum weltgrößten Chemie-Konzern aufrücken.

Schließlich ist ein gigantischer Ausbau der Infrastruktur im Umfang von einer Billion Dollar geplant und bereits in Angriff genommen. So sollen auch die sechs Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, die in den nächsten Jahren gebraucht werden, denn mehr als jeder zweite Bürger Saudi-Arabiens ist jünger als 25 Jahre.

Zum Angelpunkt des Umbaus und der Diversifizierung der Wirtschaft soll ein Staatsfonds werden, der **National Public Investment Fund (PIF)**. Seine Aufgabe ist nicht nur die Bereitstellung der finanziellen Mittel, sondern auch die Steuerung der Neuordnung der Wirtschaft.



Kronprinz Bin Salman: "Es steht außer Zweifel, dass er zum größten Fonds der Welt werden wird. Er wird mehr als zwei Billionen Dollar schwer sein." (zit. nach Handelsblatt, 4.4.16). Für diese Größenordnung bürgt allein schon die Tatsache, dass er das Eigentum an Saudi Aramco, des größten Öl-Konzerns der Welt übertragen bekommt. Gegenwärtig verfügt er allerdings erst über 140 Milliarden Dollar an Mitteln. Die Auffüllung des Fonds soll geschehen:

- Durch Anleihen auf den internationalen Finanzmärkten. Nach 25 Jahren hat sich Saudi-Arabien erstmals wieder auf den Finanzmärkten Geld geliehen: Mitte Oktober 2016 platzierte die Regierung in Riad den größten Schwellenländer-Bond aller Zeiten, mit 17,5 Milliarden Dollar. Saudi-Arabien kann sich noch stark verschulden: Die Staatsschulden machen erst 16 % des BIP aus.
- Durch Einführung einer Mehrwertsteuer und einer "Sündensteuer" auf Tabak und auf Zucker-Limonaden. Eine Einkommensteuer soll auch künftig nicht erhoben werden, jedoch eine Reihe von staatlichen Abgaben.
- Durch den Aufbau einer Unterhaltungs- und Freizeitindustrie. Deren Anteil am BIP soll von jetzt drei auf sechs Prozent verdoppelt werden. Auch Kinos, Showbühnen und Vergnügungsparks werden erstmals zugelassen (vgl. Handelsblatt, 20.10.17).
- Kürzung des Staatshaushalts – 2016 bereits um gut 15 Prozent – insbesondere durch Kürzung bzw. Abschaffung von Privilegien für die Bevölkerung. Als der Ölpreis weit über 100 Dollar lag, hatte König Abdullah, der Vorgänger des jetzigen Königs Salman,

diese Subventionen massiv ausgeweitet, um die Untertanen ruhig zu stellen. "Bürger kommen in den Genuss eines kostenfreien Gesundheitssystems, Schulen sind gratis; Wasser, Strom Benzin und Lebensmittel sind subventioniert. Saudis zahlen keine Einkommensteuer. Neun von zehn Saudis, die arbeiten, beschäftigt der Staat, der meist höhere Löhne zahlt als die Privatwirtschaft. Seit dem Arabischen Frühling 2011 gibt es Unterstützung für Arbeitslose und zinsfreie Kredite, um Häuser zu kaufen oder Unternehmen zu gründen." (SZ, 23./24.1.16). Ein gänzlicher oder teilweiser Wegfall dieser Privilegien würde zu scharfen Einschnitten in den bisherigen, ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag und in den Lebensstandard der meisten Saudis führen und damit soziale Spannungen zur Folge haben. Umso mehr als die 7000 Prinzen der al-Saud-Dynastie, die von Jahr zu Jahr mehr werden, weiter vom Staat großzügig alimentiert werden und in Saus und Braus leben. Sie nehmen zudem sämtliche wichtigen Positionen im Staatsapparat und in der Wirtschaft ein (vgl. NachDenkSeiten, 5.1.16: Saudi-Arabien – der große Brandstifter am Golf).

- Durch den Verkauf von Aktiva des Staates und Privatisierungen. Die Privatisierung von 146 Staatsfirmen ist bereits fest beschlossene Sache (HB, 14.4.16). Privatisiert werden sollen die staatlichen Flug- und Telekommunikationsgesellschaften, aber auch das bisher kostenlose staatliche Gesundheitswesen. Am meisten Mittel für den Staatsfonds dürfte jedoch die schrittweise Privatisierung des Kronjuwels, des Öl-Giganten Saudi Aramco, bringen.

Teilprivatisierung des wertvollsten Unternehmens der Welt

Vierzig Jahre nach der Total-Verstaatlichung der Arabian-American Oil Company (Aramco) bahnt sich eine Sensation in der Öl-Welt an. Die teuerste Ölfirma der Welt soll schrittweise rückprivatisiert werden. Im ersten oder zweiten Quartal 2018 sollen knapp fünf Prozent der Saudi Aramco an die Börse gebracht werden. Analysten taxieren den Börsenwert von Saudi Aramco zwischen ein und zehn Billionen Dollar (Handelsblatt, 1.1.16, 12.7.16), das wäre der mit Abstand höchste Börsenwert eines Konzerns. Zum Vergleich: Der Börsenwert von Exxon, des teuersten westlichen Öl-Multis, addierte sich Anfang 2016 auf 317 Milliarden Dollar. Die vier größten Ölmultis – Exxon, Shell, BP, Total – brachten gemeinsam gerade mal 643 Milliarden Dollar auf die Waage. Aramco produziert täglich fast zehn Millionen Barrel Rohöl, soviel wie Big Oil – Exxon, Shell, BP, Total, Chevron und Eni – zusammen: 10,3 Millionen Barrel. Die Ölreserven von Aramco sind mit 261 Milliarden Barrel mehr als viermal so hoch wie die von Exxon, Shell, Total und BP in toto: 59 Milliarden Barrel (HB, 11.1.16, 6.10.16). Aramco zählt zudem zu den größten Erdgasproduzenten der Welt.

Der Verkauf eines Fünf-Prozent-Anteils an Investoren könnte also zwischen 50 und 500 Milliarden Dollar bringen. Aramco selbst soll Teil des saudischen Public Investment Fund (PIF) bleiben und zu einem Industriekonglomerat werden, das auch viele Beteiligungen im Ausland hält.

Der PIF selbst wird neue strategische Investitionen im In- und Ausland tätigen, um die "Vision 2030" umzusetzen. Einmal um "enorme Einnahmen zu generieren zur Diversifizierung unserer Staatseinnahmen" (Energeminister Al-Falih, HB, 12.7.16). Zudem: Die Gewinnung von "Konzernen aus dem Ausland als Partner" spielt eine Schlüsselrolle zur Umsetzung von Großprojekten und des Erlangens des nötigen Know-how für die heimische Industrie.

Schließlich verfolgt die saudische Dynastie mit der Neuordnung und Öffnung der Wirtschaft auch eine politische Strategie. "Die Öffnung Saudi-Arabiens weckt Phantasien", überschreibt die FAZ einen Artikel über die saudischen Reformen. Und der Managing Director der King Abdullah Economic City bei Dschidda: Der drastische Abbau von Subventionen, die Diversifizierung der Ökonomie weg von der Ölabhängigkeit, eine Privatisierungswelle und insgesamt der neoliberale Umbau von Ökonomie und Gesellschaft führen "zu einem deutlich gestiegenen globalen Interesse an Saudi-Arabien" (HB, 14.4.16). Der britische Ökonom John Sfakianakis bringt es auf den Punkt: "Wenn internationale Firmen bei Aramco einsteigen, werden sie alles dafür tun, die Stabilität Saudi-Arabiens abzusichern. Es ist eine Art Lebensversicherung, Ausländer an Aramco zu beteiligen." (HB, 21.4.16).

Die Verflechtung ist gegenseitig. Umgekehrt soll sich der PIF an lukrativen Konzernen des globalen Kapitals beteiligen. Ahmad al-Khateeb, vom saudischen König mit dem Aufbau einer Entertainmentindustrie auf der saudischen Halbinsel beauftragt, über künftige Investments des PIF: "Jedes Investment wird durch unsere Komitees genau geprüft: Ist es das richtige Land, der richtige Sektor, können wir damit unser Gewinnziel erreichen. ... Wir prüfen natürlich mögliche Investments bei deutschen Blue Chips". Der neue PIF soll 2030 rund 70 bis 80 Milliarden Euro jährlich erwirtschaften und rund 15 bis 20 Prozent zu den Haushaltseinnahmen beitragen. (HB, 20.10.16)

Die Strategie der kapitalmäßigen Verflechtung mit dem Metropolen-Kapitalismus verfolgen die kleineren arabischen Golfstaaten schon seit einigen Jahren. Am ausgeprägtesten wohl Katar. Hier steuert der Öl- und insbesondere Gassektor 52 Prozent zum BIP bei. Auch hier soll die Wirtschaft diversifiziert werden. Die Herrscherfamilie von Katar hat bereits Jahre vor Saudi-Arabien ein 39-seitiges Strategiepapier "Vision 2030" als Leitlinie für den Umbau der Wirtschaft verabschiedet. Kern ist auch hier ein Staatsfonds, die Qatar Investment Authority (QIA), der inzwischen 256 Milliarden Dollar eingesammelt hat, womit das kleine Land zum Eigentümer des neuntgrößten Staatsfonds der Welt aufgestiegen ist (HB, 18.11.15).

Der Golf-Club

2014/2015	Einwohner*	Anteil Ausländer	BIP Mrd. \$	BIP je Einwohner
Saudi-Arabien	30,9 Mio.	33 %	754	24.000 \$
Katar	2,2 Mio.	86 %	210	97.000 \$
Kuwait	3,8 Mio.	69 %	163	44.000 \$
Ver. Arab Emir.	9,0 Mio.	89 %	399	44.000 \$
Bahrain	1,4 Mio.	53 %	34	25.000 \$
Iran	79,0 Mio.	k.A.	425	5.000 \$

Quelle: Weltbank / mm

* 2014

isw-grafik/mz

Der Staatsfonds hält die Qatar Holding LLC als Investmentsparte. Diese LLC ist an einer ganzen Reihe von Konzernen in den Industrieländern beteiligt. Und durchaus nicht als stille Investoren bzw. Gesellschafter. So verlangten die Kataris bei VW, wo sie mit ihrem 17%-Investment bisher viel Geld verloren haben, einen Radikal-Umbau des Konzerns und setzten sich bei der Deutschen Bank, wo sie ihren Anteil auf etwa acht Prozent aufstockten und zum größten Einzelaktionär – vor BlackRock – wurden, für einen Verbleib von Paul Achleitner als Aufsichtsratsvorsitzenden und "Stabilitätsanker" ein. "Alle Unternehmen, bei denen Qatar beteiligt ist, schätzen die Zusammenarbeit auch", wusste Kanzlerin Merkel, beim Besuch des katarischen Emirs in Berlin vor einem Jahr. Was sie verschwie: Auch Dschihadisten schätzen die finanziellen Investments Katars in ihre Terrorbanden. So unterstützen die Kataris die radikalislamische Al Nusra-Front im Kampf gegen die syrische Regierung. Auch die afghanischen Taliban stehen unter dem Schutz Katars; sie haben ihr einziges ausländisches Kontaktbüro Ende 2015 in Doha, der Hauptstadt von Katar, eröffnet.

Katar-Holding (LLC)

Beteiligungen in Prozent (Auswahl)

Barclays	6,06 %
Credit Suisse	5,01 %
Glencore	8,17 %
Lagardère	12,80 %
London Stock Exchange	10,30 %
Sainsbury's	25,0 %
Tiffany & Co.	12,7 %
Veolia Environnement	4,64 %
Vinci (Unternehmen)	3,94 %
Vivendi	1,54 %
Volkswagen AG	17,0 % Stammaktien
Harrods-Gruppe	Übernahme (Mai 2010)
Deutsche Bank	10 % (knapp)
Agricultural Bank of China	13,88 %
Iberdrola	9,63 %
Dufry Group	6,92 %
Banco Santander Brasil	5,47 %

Quelle: Wirtschaftspress

isw-grafik/mz

Auch die restlichen golfarabischen Emirate haben riesige Staatsfonds in Dollars angelegt, wodurch sie zugleich die US-Währung stützen.

Die Staatsfonds wiederum, wie etwa die Kuwait Investment Authority (KIA) oder die Abu Dhabi Investment Authority (ADIA), legen ihre Gelder teilweise in westlichen Firmen an, wie z.B. KIA bei Daimler Benz und ADIA bei Air Berlin. So entsteht ein eng gesponnenes Interessens-Geflecht zwischen dem Metropolen-Kapitalismus und den arabischen Öl-Reichen.

Rohstoff-Riese Persien erwacht

Gegenüber den feudalen Scheichtümern und Emiraten auf der arabischen Halbinsel hat es der islamische Gottesstaat am anderen Ufer des Persischen Golfs ökonomisch und finanziell als Gegenspieler schwer. Der Wirtschaftsboykott hat die Ökonomie und die Infrastruktur des Landes schwer in Mitleidenschaft gezogen. Auch nach Abschluss des Atomvertrags wurden die Sanktionen noch nicht völlig aufgehoben – vor allem nicht im Finanzbereich. Auch die eingefrorenen iranischen Vermögenswerte im Ausland in Höhe von 100 Milliarden Dollar sind auf Druck der USA noch nicht freigegeben.

Nach dem Ende der Sanktionen zu Beginn 2016 hoffte der Iran auf einen neuen Aufschwung. Doch dieser wurde gebremst durch den Ölkrieg und den Ölpreisverfall. Zwar konnte das Land inzwischen mit 3,6 Millionen Barrel fast 90 Prozent seiner Vor-Boykott-Ölförderung von vier Millionen Barrel pro Tag wieder erreichen und den täglichen Ölexport von 1,3 Millionen Barrel (2013) auf 2,1 Millionen Barrel (2016) steigern, was aber wegen des Preisverfalls nur 90 Millionen Dollar gegenüber 130 Millionen Dollar vor drei Jahren an Einnahmen einbrachte (HB, 30.8.16).

Die Regierung Ruhani hofft nun auf Gelder westlicher und chinesischer Investoren. Die ausländischen Investitionen betrugen im ersten Quartal 2016 3,5 Milliarden US-Dollar, eine Milliarde mehr als im gesamten Jahr 2015 mit 2,5 Milliarden. Auch deutsche Exporteure machen wieder gute Geschäfte; die deutschen Ausfuhren steigen 2016 auf voraussichtlich 2,4 Milliarden Euro, im Vorjahr waren es knapp eine Milliarde. Seit Juni 2016 gewährt der deutsche Staat wieder Hermes-Bürgschaften für Exportgeschäfte mit dem Iran.

Trotz des Ölkriegs und der knappen Kassen herrscht Aufbruchstimmung im Iran. Mehr als 100 Milliarden Euro will die Regierung für die Modernisierung der Infrastruktur und den Ausbau der Öl- und Gasförderung ausgeben. Der Iran verfügt über die größten Erdgasreserven der Welt und über die viertgrößten Ölreserven und ist auch sonst reich an Bodenschätzen und Rohstoffen. Der französische Ölkonzern Total hat Anfang November 2016 zusammen mit dem chinesischen Ölkonzern CNPC und der iranischen Ölgesellschaft Petropars ein Konsortium zur Durchführung eines gewaltigen Energieprojekts gegründet. Mit 4,8 Milliarden Dollar soll die weitere Erschließung

von South Pars im Persischen Golf, das größte Erdgasfeld der Welt, vorangetrieben werden (Südd. Zeitung, 9.11.2016).

Große Perspektiven bestehen auch für das Verkehrswesen. Der Verband der iranischen Fluglinien geht von einem Bedarf von 600 Flugzeugen bis 2025 aus. Im Januar 2016 schloss Teheran mit Airbus einen Deal über 118 Flugzeuge zu einem Wert von 27 Milliarden Dollar (Wirtschaftswoche, 24.6.16) ab. Boeing hofft jetzt auf einen Auftrag von hundert Jets zu insgesamt 17 Milliarden Dollar. 500 Passagierzüge für die Bahn werden benötigt. Die westlichen Konzerne spekulieren auf einen Markt mit 80 Millionen Kunden, deren Einkommen auf dem Niveau der Türkei liegen. Und der deutsche Wirtschaftsminister Gabriel hofft: Deutschland könne wieder "der wichtigste Handelspartner für Iran werden".

Auch der Iran will mittelfristig vom Öl wegkommen, mit einem Konzept vergleichbar dem Saudi-Arabiens. Das Land will zum größten Petrochemie-Produzenten am Persischen Golf aufsteigen. Als Grundlage sollen Öl und vor allem Gas dienen, die zu chemischen Grundprodukten weiterverarbeitet werden sollen. Investoren sollen dabei Preisnachlässe bis zu 30 Prozent auf die Eingangsstoffe geboten werden. So will man Konzerne wie BASF, Linde und Lanxess zu Investments gewinnen. Der Einstieg von BASF gilt bereits als sicher. Am 12. April 2016 schloss der größte Chemie-Konzern der Welt eine Absichtserklärung mit der National Iranian Oil Company (NIOC) über die Errichtung von Petro-Chemieanlagen nahe Asaluyeh (vgl. HB, 8.8.16). Auch der Hersteller von Industriegasen, Linde, befindet sich in Pre-Businessgesprächen zum Bau von Anlagen zur Erdgaszerlegung. Linde tritt dabei zusammen mit dem japanischen Mitsui-Konzern auf.

"Die Europäer werden nicht nur mit Aussicht auf billige Rohstoffe, Steuervorteile und hochmoderne Anlagen ins Land gelockt. Iran setzt auf die Nähe zu den asiatischen Märkten, allen voran China und Indien, in die Massenkunststoffe aus den Anlagen am Persischen Golf exportiert werden können", schreibt das Handelsblatt (8.8.16). Es ist daher davon auszugehen, dass Saudi-Arabien und der Iran nicht nur im Öl- und Gasgeschäft, sondern auch auf dem Gebiet der Petro-Chemie zu erbitterten Konkurrenten und Rivalen werden.

Zu den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) bahnt sich eine weitere Rivalität an. Dubai gilt bislang als globaler Umschlagplatz, als Flug-Drehkreuz zu Asien-Mittlerer Osten – Europa. Diesen Rang will Persien den VAE streitig machen und zusätzlich mit Tourismus punkten. Im April dieses Jahres wurde die erste Eisenbahnlinie von Shanghai nach Teheran eröffnet, womit sich die Transportdauer von Waren auf 14 Tage halbiert. "Soll der Iran zur globalen Handelsdrehscheibe werden?", fragt der 'Stern' (21.4.16) den iranischen Minister für Infrastruktur, Abbas Achundi. Antwort: "Das ist unser Ziel. Als nächstes möchte ich diese transasiatische Eisenbahn in Richtung Europa

vervollständigen. Wir wollen etwa den Staaten Zentralasiens leichteren Zugang zum Persischen Golf und dem Indischen Ozean ermöglichen. ... Wir wollen den Imam-Chomeini-Flughafen zu einem großen Drehkreuz für Menschen und Waren ausbauen". Stern: "Damit träten Sie in Konkurrenz mit anderen Ländern der Region, etwa zum globalen Umschlagplatz Dubai oder auch zum Rivalen Saudi-Arabien mit seinen politischen Machtansprüchen". Achundi: "Schauen Sie auf die Landkarte. Der Iran ist der natürliche Mittelpunkt der gesamten Region. Dies ist sozusagen unser natürlicher Wettbewerbsvorteil. Wir werden damit verantwortungsvoll und sicherheitsbewusst umgehen".

Gas-Pipeline-Poker

Mit einem weit größeren Konfliktpotenzial sind die Beziehungen des arabischen Golfstaates Katar mit Persien belastet und im Zusammenhang damit auch mit Syrien und Russland. Es ist ein harter Poker um Pipelines, der hier gespielt wird, es geht um die Frage, ob Erdgas aus katarischen oder iranischen Quellen nach Europa (und Asien) geleitet wird. Und damit geht es auch um die Frage, ob der russischen Gazprom bei ihren Lieferungen nach Europa Konkurrenz aus der Golfregion erwächst.

Europa und Asien sind die entscheidenden Zukunftsmärkte für Erdgas. Die USA sind durch ihr Schiefergas weitgehend autark, sie produzieren 22 Prozent des globalen Erdgases und verbrauchen 22,8 Prozent, verfügen aber nur über 5,6 Prozent der globalen Reserven. Die EU konsumiert 20,5 %, produziert aber selbst nur 3,2 % (einschließlich Großbritannien) des Welt-Erdgases und hat damit einen gewaltigen Netto-Importbedarf. Asien verbraucht 20,1 % und produziert selbst 15,7 % (BP, 23,24). Mit gut 60 Prozent der Weltbevölkerung, ist Asien in wenigen Jahren der mit Abstand größte Absatzmarkt für Erdgas. Der größte Kontinent beherbergt nur 8,4 % der Welt-Reserven.

Im Nahen Osten sind die Relationen genau umgekehrt. Hier lagern fast 50 % der weltweiten Reserven; gefördert werden jährlich 17,4 % der Welt-Produktion und konsumiert 14,1 % des Weltverbrauchs. Nur gut drei Prozent werden netto exportiert. Die Region könnte zum wichtigsten Erdgasversorger für Europa und Asien aufsteigen. Das entscheidende Problem ist jedoch: Wie kommt das Gas aus der Region heraus. Keiner der großen Produzenten in der Region – Iran, Katar, Saudi-Arabien – verfügt über entsprechende Gas-Pipelines. Größter Exporteur ist bisher Katar, das aber nur verflüssigtes Erdgas (LNG – Liquified Natural Gas) mit speziellen Gas-Tankschiffen überwiegend nach Asien ausführt. Doch LNG ist wegen des hohen Energieaufwandes beim Verflüssigen (-164 Grad) und der Erfordernis spezieller LNG-Terminals etwa um 60 Prozent teurer als Pipelinegas (BP, 27).

Über Pipelines für den Export großer Erdgasmengen nach Europa verfügt bislang nur Russland. (Ab 2019 soll auch die Pipeline "Kraft aus Sibirien" nach China

in Betrieb gehen). In die EU führen zudem mehrere kleinere norwegische Pipelines aus der Nordsee nach Mitteleuropa und die TransMed-Pipeline aus Algerien nach Italien.

Europas Gasbedarf ist riesig: Erdgas spielt eine Schlüsselrolle bei der europäischen Energieversorgung, insbesondere im Wärmesektor, aber auch in der Industrie. 21 Prozent des europäischen Primärenergiebedarfs werden aus Erdgas gedeckt. Ohne weitere Substitution von Kohle durch Erdgas bei Kraftwerken kann die EU ihre Klimaziele nicht annähernd erreichen.

Gegenwärtig deckt die EU ihren Gasbedarf zu 31 Prozent aus Russland (Deutschland fast 40 %), zu 24 Prozent aus Norwegen, zu 33 Prozent aus eigenen Quellen; der Rest stammt von kleineren Lieferanten, z.B. Algerien. Der Anteil europäischer Eigenproduktion sinkt stark, weil die Quellen, etwa der Niederlande und Großbritanniens, bald versiegen (HB, 30.3.16). Auch die norwegische Förderung hat den Peak Gas überschritten.

Russland sieht in dieser Konstellation seine große Chance. Die EU benötige "langfristig sichere Erdgasquellen, um global wettbewerbsfähig zu bleiben und die Binnennachfrage abzudecken" wirbt das Nord-Stream-2-Konsortium, das zu 50 % aus Gazprom, weiter aus Engie (früher Gas de France), Uniper (Abspaltung von E.on), Wintershall, OMV (Österreichische Mineralölverwaltung) und Shell besteht. Das Konsortium will eine Parallel-Leitung zu Nordstream 1 durch die Ostsee verlegen. Die Pipeline helfe, die wachsende Lücke im Gasimport zu schließen", heißt es weiter von Seiten des Konsortiums. Ein wichtiger Grund dürfte aber auch sein, dass Russland bei Gasdurchleitungen nach Europa den Unsicherheitsfaktor Ukraine ausschalten will. "Pipelines sind ein langfristiges stählernes Lieferversprechen" argumentiert Ulrich Lissek, Head of Communications and Government Relations von Nord-Stream-2 (FAZ, 13.10.16). Und Russland wolle seine Lieferverpflichtungen auch einhalten können.

Umgekehrt will sich die EU nicht noch stärker vom "Russengas" abhängig machen und betrachtet deshalb Nord-Stream-2 argwöhnisch. Stattdessen sollte ursprünglich das strategisch angelegte Pipelineprojekt **Nabucco** zur Diversification beitragen. Das Pipelineprojekt war 2009 von vier EU-Ländern (Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich) und der Türkei in Angriff genommen worden und wurde von der EU-Kommission und den USA unterstützt. Nabucco sollte, über die Türkei führend, die kaspischen Erdgasvorkommen, insbesondere von Aserbaidschan, an die EU anbinden. Gedacht war auch an eine Anbindung der geplanten Katar-Türkei-Pipeline (s.u.), um die erforderlichen Gasmengen für einen rentablen Transport aufzubringen. Das Projekt wurde wegen ungenügender Nachfrage, aber auch wegen der befürchteten Konkurrenz zur geplanten russischen South Stream und der ungesicherten Perspektive des Katar-

Türkei-Projekts im Jahr 2013 eingestellt. Das Gazprom-Projekt "South-Stream" wiederum scheiterte ein Jahr später an der Blockadehaltung der EU. Die Pipeline sollte Gas aus Russland durch das Schwarze Meer über Bulgarien und Serbien nach Österreich bringen. Bulgarien untersagte auf Druck der EU-Kommission den weiteren Bau mit der Begründung, dass nach EU-Recht Lieferant und Betreiber der Pipeline nicht in Personalunion stehen dürfen. Der Stopp muss aber vor allem im Zusammenhang mit der damals verhängten Sanktionspolitik gegen Russland gesehen werden.

Anstelle von Nabucco wird jetzt die kleiner dimensionierte TANAP/TAP gebaut, von Aserbaidshan, quer durch die Türkei (Transanatolien) über Griechenland durch die Adria (TAP: Trans Adriatic Pipeline) nach Italien.

Anstelle der von der EU torpedierten South Stream plant Russland zusammen mit der Türkei jetzt Turkish Stream durch das Schwarze Meer, über die europäische Türkei nach Nordgriechenland. Ein erster Strang soll ab Mitte 2019 jährlich rund 16 Milliarden Kubikmeter Gas zur Gasversorgung der Türkei liefern. Ein zweiter Strang soll russisches Gas nach Europa transportieren (HB, 11.10.16).

Ein ähnliches Pipeline-Gerangel spielt sich im Herzen des Nahen Ostens ab, mit martialischen Mitteln und blutigen Folgen. Es geht darum, wer in großem Umfang Erdgas nach Europa leiten darf: Katar (in Verbindung mit Saudi-Arabien) oder der Iran. Im Hintergrund agieren die Großmächte EU und Russland mit den erwähnten Interessen: Diversifikation bzw. Kontrolle der Erdgas-Verteilungsströme.

Der Iran, der über die größten Erdgasreserven gebietet, will die Förderung des Energiestoffes schnellstmöglich hochfahren und nach Europa und Asien exportieren. Eine Pipeline nach Pakistan und Indien ist in Planung. Nach Europa bieten sich zwei Routen an: Vom Kaspischen Meer, wo der Iran ebenfalls Erdgas fördert, über die Türkei – evtl. durch Einspeisung in TANAP – nach Europa.

Eine zweite Pipelineführung könnte am Persischen Golf beginnen, wo sich mit dem iranischen South Pars Field im Verbund mit dem North Dome Field, das zu Katar gehört, das mit Abstand größte Erdgasfeld der Welt unter dem Meeresboden befindet. South Pars wird von der National Iranian Oil Company (NIOC) zusammen mit der China National Petroleum Corporation (CNPC) erschlossen (Ruf 2015, 165). Die Pipeline verliefte dann über den Irak, Syrien und durch das Mittelmeer nach Europa; alternativ über die Türkei in die EU.

Das Problem: Katar hat auf der gegenüberliegenden Golfseite das gleiche Erdgasfeld angezapft, es heißt hier North Dome Field. Auch Katar will das Gas aus der gigantischen Gasblase an den Gas-Junkie EU verkaufen, aber nicht als LNG, das auf dieser relativ kurzen Strecke viel zu teuer käme. Der Kampf geht nun darum, wer als erster eine Pipeline-Trasse nach Europa schafft.

Blutige Pipeline-Route

Aus dem Kampf ist inzwischen blutiger Krieg geworden. Wer aus der Golfregion Europa mit Erdgas beliefern will, kommt an Syrien und dem Irak nicht vorbei. Die beiden Länder liegen wie ein Sperrriegel vor der Pipeline-Drehscheibe Türkei. Syriens geostrategische Lage, sein Zugang zum Mittelmeer, der Transit von Ölpipelines, seine Exploration neuentdeckter Gasfelder vor seiner Küste, machen das Land zum Energie-Knotenpunkt. Das Problem: Beide Länder gehören zum schiitischen Einflussbereich und gelten – vorrangig Syrien – als Verbündete des Irans und Russlands. Im syrischen Krieg sind denn auch alle fünf Staaten mit den größten Erdgas-Vorkommen der Welt engagiert: Iran 18,2 %, Russland 17,3 %, Katar 13,1 %, USA 5,6 %, Saudi-Arabien 4,5 % – zusammen 58,7 % der globalen Reserven (BP, 20).

Mit der Unterzeichnung des Abkommens über den Bau der Nabucco-Pipeline am 13. Juli 2009 in Ankara sah Katar eine Chance für den Bau einer Erdgaspipeline "Quatar – Turkey" vom katarischen North-Dome-Erdgasfeld über Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien in die Türkei, wo das Erdgas in die Nabucco-Röhre eingespeist und deren Auslastung garantieren sollte. Auch Saudi-Arabien wollte sich daran beteiligen. Ebenfalls 2009 unterbreitete deshalb Katar zusammen mit der Türkei dem syrischen Präsidenten Assad einen Plan zum Bau einer Erdgas-Pipeline quer durch Syrien in die Türkei (vgl. Wirtschaftswoche, 12.9.15). Als Köder dienten auch die Entdeckung riesiger Erdgasfelder, wiederum im Jahr 2009, im Levantebecken im östlichen Mittelmeer, vor der Küste von Ägypten, Gaza, Israel und Syrien. Zu den potenziellen Ausbeutern gehörte auch Syrien, das damit das Gas in die Katar-Türkei-Pipeline einspeisen und nach Euro exportieren hätte können. Im Februar 2009 sagte sich der Emir von Katar zum Staatsbesuch in Damaskus an, um den syrischen Präsidenten für den Plan zu gewinnen. Doch Bashar al-Assad gab dem Emir und damit auch Erdogan einen Korb. Er wolle Abkommen mit Russland nicht gefährden, verlautete.

Assad ließ den katarischen Emir, den saudischen Scheich und den türkischen Autokraten möglicherweise auch deshalb abblitzen, weil er bereits andere Pläne im Hinterkopf hatte. Jedenfalls "verhandelte Assad im folgenden Jahr über einen alternative "Pipeline der Freundschaft" von Persien durch den Irak nach Syrien. Diese Röhre sollte es dem Iran ermöglichen, Europa aus seinem Erdgasfeld South Pars zu beliefern" (The Guardian, 30.8.13). Eine entsprechende Absichtserklärung der betreffenden Regierungen wurde im Jahr 2011 unterzeichnet.

Trotz dieses Affronts starteten die Golf-Araber einen letzten Versuch, ihr Pipeline-Projekt via Syrien zu retten. Diesmal wurden sie bei der syrischen Schutzmacht Russland vorstellig. Der saudische Prinz und Geheimdienst-Chef Bandar bin Sultan soll Putin bei einem Treffen im Juli 2013 einen Deal angeboten haben. Der Kreml-Chef solle die Seiten wechseln und

Assad fallen lassen. "Syrian opposition sources close to Saudia Arabia said Prince Bandar offered to buy up to \$ 15 billion of Russian weapons as well as ensuring that Gulf gas would not threaten Russias position as a main gas supplier to Europe." (Reuters, 7.8.13). Auch den russischen Flottenstützpunkt in Syrien wolle man garantieren. (vgl. The Guardian, 30.8.13). Als sich Putin weigerte, auf den Deal einzugehen, gelobte der Prinz ein militärisches Eingreifen. Das militärische Eingreifen der Golfstaaten in den syrischen Bürgerkrieg hatte bereits nach dem Abkommen Syrien-Iran-Irak über "Freundschafts-Pipeline" massiv Gestalt angenommen. "Nach Informationen der 'Financial Times' soll Katar allein in den zwei Jahren bis Mitte 2013 die Rebellen in Syrien mit rund drei Milliarden Dollar unterstützt haben" (Wirtschaftswoche, 12.9.15). Die Losung der Rebellen-Allianz lautete fortan folgerichtig: "Assad muss weg"!

Das US-Streitkräfte-Journal (US-Armed Forces Journal) vom 21. März 2014 kommt in einem Artikel über die Abfuhr, die die Golfmonarchen durch Assad hinnehmen mussten zu dem Ergebnis: "Wie es scheint, versuchen nun Letztere (Katar und Saudi-Arabien) Assad zu entfernen, so dass sie Syrien kontrollieren und ihre eigene Pipeline durch die Türkei und nach Europa führen können". Und das Militär-Journal bringt es bereits im Titel des Artikels auf den Punkt: "Wenn man nicht vom Erdgas spricht, kann man den Konflikt (in Syrien) nicht verstehen". (zit. nach Rupp, 24).

Es geht aber nicht nur um Erdgas und Pipelines. Es geht um Energiehoheit, um die Kontrolle der Verteilungsströme und Marktzugänge, es geht letztlich um die Hegemonie über die Region, in der die größten Energieschätze der Erde lagern.

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar: Öl-Empire, Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2005
- Blum, Ulrich: Öl als Waffe, SZ, 18.3.16
- BP Statistical Review of World Energy, June 2016
- Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht, Berlin 1997
- Daniljuk, Malte: Energiesupermacht USA, Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2016
- Krüger, Paul-Anton, König gegen Ayatollah, SZ, 9.1.16
- Leukefeld, Karin: Flächenbrand - Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat. Köln 2016
- Lüders, Michael: Wer den Wind sät – was westliche Politik im Orient anrichtet, München 2015
- Mähler, Klaus/Schmid, Fred: Krieg um Öl und \$-Ordnung, isw-report 5, 1991
- Nirumand, Bahman (Hrg): Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfass Nahost, 1990
- Ruf, Werner: Blutige Grenzen: Wie Öl, Gas und Geostrategie die Landkarte des Nahen und Mittleren Ostens verändern; in: Kraitt, Tyma: Irak – ein Staat zerfällt, Wien 2015
- Ruf, Werner: Islamischer Staat & Co – Profit, Religion und islamischer Terror, Köln 2016
- Rupp, Werner: Unterwegs im US-Auftrag, in: Freidenker 4-2015
- Seifert, Thomas/Werner, Klaus: Schwarzbuch Öl, Wien 2005
- Schmid, Fred/Schuhler, Conrad: Krieg ums Erdöl, isw-spezial 15, 2003
- Schmid, Fred: Öl-Imperialismus, in: G8 – Agenda des kollektiven Imperialismus, isw-report 69/70, 2007
- Schmid, Fred/Schreier, Claus: NATO.Rüstung.Krieg., isw-grafik-report 12
- Schuhler, Conrad: Globaler Kapitalismus und der Weltkrieg um Ressourcen, isw-spezial 22, 2008
- Yergin, Daniel: Der Preis, Frankfurt 1992

Kerem Schamberger

Die Kurden als neuer alter Akteur im Machtgefüge des Nahen Ostens

1. Zerrieben im imperialistischen Machtgefüge – Die Kurden im 20. Jahrhundert

Die Lösung der kurdischen Frage, die lange Zeit ausschließlich an die Vorstellung eines eigenen Nationalstaates gebunden war, schien im 20. Jahrhundert immer wieder zum Greifen nahe. Doch meistens wurden die Kurden nur als "Spielfiguren auf dem Schachbrett der Groß- und Kolonialmächte" (Brauns & Kiechle, 2010, S. 17) missbraucht oder dienten entstehenden Regionalmächten als Helfer in der Erfüllung fremder Ziele. Im von den alliierten Kräften dem untergehenden Osmanischen Reich diktierten Friedensvertrag von Sèvres im Jahr 1920 war die Gründung eines kurdischen Staates ein fester Bestandteil. Das Ziel der Alliierten, insbesondere der Briten, war, die Kurden auf ihrer Seite zu wissen, damit sie die ölfreiche Region um Mosul, in der heutigen Autonomen Region Südkurdistan, kontrollieren konnten (vgl. Erdem, 2016). Der Unabhängigkeitskampf, der nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches und der Besetzung durch die Siegermächte des Ersten Weltkriegs einsetzte, wurde von vielen in der heutigen Türkei lebenden Völkern getragen. An dessen Spitze setzte sich der Offizier Mustafa Kemal, der nach der Gründung der türkischen Republik deren Präsident und als Atatürk, also als Vater aller Türken, verklärt wurde.

Bereits auf dem Kongress von Erzurum im Jahr 1919 machte Kemal persönlich, noch vor den Alliierten, das Angebot über weitestgehende Autonomie für die Kurden in einer zukünftigen Türkei, um diese für den Befreiungskampf gewinnen zu können (vgl. YXK Newroz Erfahrungsbericht, 2013, S. 14). So kam es, dass im kurdischen Osten, der zuvor auch maßgeblich von Armeniern bewohnt war, die während des Völkermords zwischen 1915-1916 so gut wie ausgelöscht wurden und bei dem auch die Kurden eine Mitschuld trifft, der Befreiungskampf maßgeblich von Kämpfern kurdischer Stämme mitgetragen wurde. Denn auch sie konnten einer Fremdbestimmung durch westliche Besatzungsmächte nichts abgewinnen. Noch heute sind einige Städte in der Osttürkei, beziehungsweise in Nordkurdistan, nach den dortigen Schlachten mit entsprechenden Präfixen versehen. Die in der Nähe der syrischen Grenze liegende Millionenstadt Urfa zum Beispiel wird offiziell Sanliurfa, also ruhmreiches Urfa, genannt.

Nach dem erfolgreichen Unabhängigkeitskampf wurden die Kurden jedoch sowohl von den Alliierten wie auch von ihren türkischen Verbündeten fallengelassen.

Auf der Friedenskonferenz von Lausanne 1923 war keine Rede mehr von einer Autonomie, geschweige denn von einem eigenen Staat.

Kurden: Im Ergebnis des Ersten Weltkriegs über vier Nationen verteilt

Als Ergebnis des ersten Weltkriegs und der imperialistischen Umgestaltung des gesamten Nahen Ostens war die kurdische Bevölkerung über vier Nationalstaaten verteilt, die in ihrer Politik seit Anbeginn ihres Bestehens eine meist antikurdische Politik verfolgten: Türkei, Syrien, Irak und Iran. Die Herrschenden in den verschiedenen Teilen des früheren Osmanischen Reiches sahen sich vor der Aufgabe, jeweils eine neue nationale Identität auszubilden, mit der sich die Mehrheitsgesellschaft identifizieren konnte. Es musste ein "Staatsvolk aus einem Guss künstlich geschaffen werden" (Brauns & Kiechle, 2010, S. 25). Dies führte dazu, dass die kurdische Identität, die Sprache und Kultur außen vor blieben und die Kurden nicht Teil des Türkentums oder des Arabertums wurden.

Dies war in der Türkei besonders zu spüren. Beim sogenannten Dersim-Aufstand von 1937 bis 1938, bei dem die Zaza-Kurden gegen die Umsiedlungs- und Türkisierungspolitik Widerstand leisteten, wurden von der türkischen Armee zwischen 10.000 und 30.000 Menschen umgebracht. Daran war vor allem auch die Ziehtochter Atatürks, Sabiha Gökçen, beteiligt, die als erste (Kampf-)Pilotin der Türkei die Aufständischen aus der Luft massakrierte.

Zu berücksichtigen ist, dass die Wurzeln des antikurdischen Rassismus auch in den Macht- und Eigentumsverhältnissen liegen. Herrschende Machthaber nutzten immer wieder ethnische Differenzen aus, um unterschiedliche Bevölkerungsteile gegeneinander aufzubringen. Ein Beispiel ist die Siedlungspolitik des Assad-Regimes noch unter Hafiz Al-Assad. Ab 1965 beschloss die Baath-Partei, einen 350 km langen "Arabischen Gürtel" im kurdischen Siedlungsgebiet an der syrisch-türkischen Grenze zu etablieren, um die mehrheitlich kurdisch geprägte Demografie zu ändern (vgl. Flach, Ayboga & Knapp, 2015, S. 68). Viele Kurden wurden zudem enteignet und ihnen wurde die syrische Staatsbürgerschaft aberkannt, die sie teilweise erst im April 2011 wieder angeboten bekamen.

Die brutale Niederschlagung des Dersim-Aufstands für mehr kulturelle und politische Autonomie lähmte die im türkischen Teil Kurdistans lebenden Kurden auf Jahrzehnte. Erst mit der Gründung der Arbeiter-

partei Kurdistan, PKK, im November 1978, begannen sie, sich wieder eigenständig zu artikulieren. Auf die Rolle der Sowjetunion, die die Gründung der kemalistischen Türkei als "eine Erschwerung des imperialistischen Zugriffs" (Freyberg, 1992, S. 77) auf die revolutionäre Umgestaltung in Russland sah, kann hier nicht vertieft eingegangen werden. Auch die junge Sowjetunion beteiligte sich nach Lenins Tod an der "Diskreditierung des nationalen Unabhängigkeitskampfes der Kurden" (ebd.). Die in Folge des Zweiten Weltkrieg im iranisch-türkischen Grenzgebiet entstandene kurdische Republik Mahabad zeigte sich wiederum aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Schutz durch die Sowjetunion als nicht lebensfähig und bestand 1946 nur ein knappes Jahr.

Der Kampf der Kurden im Irak

In den 60er und 70er Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt des kurdischen Unabhängigkeitskampfes in den Nordirak. Der legendäre Partisanenführer Mullah Mustafa Barzani und seine Peschmerga wurden über den Iran von den USA im Kampf gegen die irakische Armee mit Waffen versorgt. 1975 jedoch wurden sie vom US-Außenminister Kissinger aus taktischen Gründen fallen gelassen, da der Iran seine Grenzstreitigkeiten mit dem Irak beigelegt hatte und die Kurden deswegen nicht mehr gebraucht wurden. Die Peschmerga erlitten ihre größte Niederlage im Kampf gegen den irakischen Zentralstaat. Barzani erklärte dazu: "In der Interessenpolitik der großen Staaten sind wir auf der Strecke geblieben. Und das politische Denken des Westens ist zur Zeit vom Öl vernebelt (...). Der größte Fehler meines Lebens war, den USA vertraut zu haben." (zitiert nach: Brauns, 2016).

16 Jahre später, am Ende der westlichen Militärintervention gegen den Irak im Jahr 1991, wurden die Kurden im Norden des Landes seitens der USA erneut zum Aufstand ermuntert. Doch nach dem Rückzug der USA aus dem Irak, der Sturz Saddam Husseins stand noch nicht auf der Agenda, wälzte die irakische Armee die kurdischen Einheiten nieder. Mehr als zwei Millionen Menschen mussten in den Iran und die Türkei fliehen, wieder waren die Kurden von einer Großmacht fallen gelassen worden.

Nach dem dritten Golfkrieg 2003, bei der die beiden größten kurdischen Parteien, die Demokratische Partei Kurdistan (KDP) und die Patriotische Union Kurdistan (PUK) Bodentruppen bei der erneut US-geführten Invasion in den Irak stellten, erhielten sie im Anschluss eine "Autonome Region Kurdistan", die sich aus drei Provinzen im Nordirak zusammensetzt. Allerdings hängt sie fast vollständig von der finanziellen und militärischen Unterstützung der USA, aber auch Israels und anderer westlicher Staaten ab. Hinzu kommt, dass die Interessen und Ziele der Nachbarstaaten, also der Türkei und des Irans, den Handlungsspielraum der Kurden im Irak bis heute bestimmen (vgl. Brauns, 2015).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich durch die kurdische Geschichte bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts eine Niederlage nach der anderen im Ringen um Autonomie durchzieht. Die fatale Annahme, dass der Feind meines Feindes mein Freund ist, brachte die Kurden oft in Abhängigkeit größerer Mächte, die sie ständig wieder fallen ließen. Doch ein Teil der politisch-militärischen Bewegung der Kurden hat daraus Lehren gezogen.

2. Zentrale kurdische Akteure und ihre Lösungsansätze

Kann man überhaupt von "den Kurden" sprechen, die, geleitet von einem einheitlichen Interesse, auf die Bühne der Weltpolitik treten? Es wäre ein Irrtum, die widersprüchlichen Interessen verschiedener politischer Fraktionen innerhalb der Kurden zu negieren. Größte Opfer wurden alleine aufgrund innerkurdischer politischer Kämpfe gebracht. So zum Beispiel während des Krieges zwischen den von der Türkei unterstützten Peshmerga und den PKK-Guerillas in der Mitte der 90er Jahre, bei dem mehr als 5.000 Menschen starben.

Wir beschränken uns hier im Wesentlichen auf die Darstellung des aktuellen Ist-Zustands und lassen die historische Entwicklung beiseite. Die politischen Kräfte der Kurden können in zwei grobe Linien aufgeteilt werden. Auf der einen Seite stehen die Kräfte, die sich in der KDP und der PUK vor allem in Südkurdistan/Nordirak organisieren und für eine kapitalistische, auf imperialistische Mächte orientierte Entwicklung stehen. Auf der anderen Seite steht die kurdische Freiheitsbewegung, deren einzelne Kräfte sich in der Dachorganisation der KCK, der Union der Gemeinschaften Kurdistan, organisieren und vor allem in der Türkei/Nordkurdistan und Rojava/Nordsyrien stark sind.

KDP/PUK – die Herausbildung klientelistischer Machtstrukturen

Nach der Niederschlagung der kurzlebigen Mahabad Republik zog sich Mullah Mustafa Barzani, lange Zeit die zentrale Figur des kurdischen Unabhängigkeitskampfes, in die Sowjetunion zurück, in der er bis 1958 lebte. Nach seiner Rückkehr in den Irak wandte er sich nach und nach den USA als Verbündetem zu, von denen er Mitte der 70er Jahre, wie bereits beschrieben, schwer enttäuscht wurde. 1979 starb er in Washington und sein Sohn, Masud Barzani, übernahm die Führung der KDP. Bereits 1975 hatte sich die eher sozialdemokratisch orientierte PUK unter der Führung des Rechtsanwalts Jalal Talabani von der nunmehr konservativen KDP abgespalten. Doch mit dem historischen Widerstand Mustafa Barzanis hatten die beiden Parteien nicht mehr viel zu tun. "Vielmehr waren die um Familien und Stammesförderungen gebildeten Parteien zu Patrons mit einer klientelistischen Machtbasis geworden, wobei die KDP

die Regionen Dohuk und Erbil beherrschte, während Sulaymania das Refugium der PUK war. Insbesondere die KDP war nach dem Golfkrieg mit westlichen Geldern als Stammes- und Dorfschützerformation rund um den Barzan-Stamm als verlässlicher Statthalter für westliche Interessen neu formiert worden. Ihrer Rolle als Söldnertruppen kamen KDP und PUK bereits 1991 nach, als sie im 'Südkrieg' gemeinsam mit der türkischen Armee gegen die linksgerichtete Arbeiterpartei Kurdistans PKK vorging und eine "Sicherheitszone" im irakisch-türkischen Grenzgebiet errichtete" (Brauns, 2015).

Der amtierende Herrscher Masud Barzani, der seit August 2015 Neuwahlen verhindert und somit keine demokratische Legitimation als Präsident der Autonomen Region mehr hat, regiert über ein weitverzweigtes verwandtschaftliches Netzwerk. Zahlreiche Familienmitglieder sind an den Spitzen großer Wirtschaftsunternehmen und der Verwaltung eingesetzt.

Die Entwicklung der kurdischen Wirtschaft entsprach nach 2003, nachdem sich die Autonomie unter dem Schutz der US-Besatzungsmacht entwickeln konnte, den neoliberalen Vorstellungen des Westens. Investoren aus dem Ausland mussten so gut wie keine Steuern zahlen und wurden mit dem Angebot billiger Arbeitskräfte angelockt. Die Hauptstadt Erbil, auf kurdisch Hewler genannt, gleicht vielen kapitalistischen Metropolen auf der Welt. Blinkende Werbetafeln sowie Gated Communities dominieren das Stadtbild. Überall stehen große Einkaufshäuser als Konsumtempel und Repräsentanten der "modernen" Welt. Dabei basiert der (Bau-)Boom alleine auf den Ölrenditen, Produktion findet nicht statt und alltägliche Lebensmittel müssen importiert werden (vgl. Brauns, 2015). Arbeit finden irakische Kurden vor allem in den militärischen und anderen Sicherheitsstrukturen sowie in der übergroßen Bürokratie. Mittlerweile ist ein auf Clan-Strukturen basierendes Patronage-System entstanden, dass zu Abhängigkeit und notgedrungener Loyalität zu den Herrschenden führt. Kritik ist dabei nicht gewünscht. Die übrigbleibende "Drecksarbeit", wie zum Beispiel Müllabfuhr oder Gebäudereinigung, wird von importierten billigen Arbeitskräften aus asiatischen Ländern erledigt.

In der letzten Zeit ist es immer wieder zu (sozialen) Protesten gekommen, gegen Korruption, Vetternwirtschaft, aber auch gegen sinkende Löhne. Diese wurden oft mit brutaler Polizeigewalt niedergeschlagen. Mitte August 2016 wurde der offensichtlich gefolterte Leichnam des kurdischen Journalisten Wedad Hussein gefunden. Unbekannte hatten ihn entführt und ermordet, nachdem er schon in den Monaten zuvor immer wieder Drohungen seitens der Sicherheitskräfte wegen seiner kritischen Berichterstattung über kurdische Behörden erhalten hatte (HRW, 2016).

Deutlich wird, dass die politischen Kräfte der KDP und auch der PUK, die vor allem im Gebiet um Sulaymania stark ist, der Bevölkerung keine gesellschaftliche fortschrittliche Alternative zum Kapitalis-

mus präsentieren können und im nationalstaatlichen Denken gefangen sind. Damit befinden sie sich auch in direkter Gegnerschaft zur KCK.

KCK – eine alternative politische Kraft

Neben den bisher genannten Kräften in Südkurdistan/Nordirak entwickelte sich in der Türkei erstmals in den 70er Jahren eine alternative kurdische politische Kraft. Die nach der Niederschlagung der Dersim-Aufstände in den 30er Jahren einsetzende und dann jahrzehntelang andauernde Friedhofsruhe fand damit ihr Ende. Am 27. November 1978 gründete sich die Partiya Karkeren Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans). Der Gründung vorausgegangen waren jahrelange Diskussionen innerhalb der linken Studierendenbewegung der Türkei über die Notwendigkeit einer eigenen kurdischen Organisation. Abdullah Öcalan, heute inhaftierter, aber unumstrittener Vorsitzender und Ideengeber der KCK, befand sich damals schon unter den Gründungsmitgliedern. Die sich ursprünglich als marxistisch-leninistisch verstehende Gruppierung setzte sich kurz vor dem Putsch des türkischen Militärs größtenteils über Syrien in den Libanon ab, um dort unter Anleitung palästinensischer Genossen Erfahrung im bewaffneten Kampf zu sammeln. Am 15. August 1984 kam es zur ersten militärischen Aktion in der Türkei und zwar zu einem Angriff auf türkische Militärstationen, die um nordkurdische Städte herum postiert waren. Innerhalb der nächsten Jahre entwickelte sich die PKK zu einer Organisation mit Massenunterstützung. Tausende Studierende und Kinder armer Bauernfamilien schlossen sich dem Kampf um ein freies Kurdistan an. Dieser wurde zwischen den Guerillakämpfern und der türkischen Armee erbittert geführt. Zehntausende Menschen kamen ums Leben, die genauen Zahlen sind unbekannt, aber Schätzungen gehen von mehr als 40.000 Getöteten aus. Dabei wurden auch von Seiten der PKK Fehler und Verbrechen begangen, die in den letzten Jahren sukzessive thematisiert werden. Vor allem damalige und heutige PKK-Kommandanten gehen sehr selbstkritisch mit ihrer eigenen Geschichte um, allen voran Abdullah Öcalan selbst, aber zum Beispiel auch Murat Karayilan, der langjährige Führer des militärischen Arms der PKK in seinem dem Buch "Die Anatomie eines Krieges" (2012).

Das Konzept des demokratischen Konföderalismus

In den Jahren ihrer Existenz prägten durchgehende Revolutions- und Sozialismusdiskussionen die Parteitage der PKK, insbesondere nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks. Von Vorteil war dabei, dass sie sich nie in eine vollständige Abhängigkeit eines der sozialistischen Lager begeben hatte. Bereits seit den frühen 90er Jahren wurde zudem die Forderung nach einem eigenen Staat zugunsten einer Föderation aufgegeben. Nach der Festnahme Öcalans

im Frühjahr 1999 fanden innerhalb der Organisation jahrelange Debatten über eine Neuausrichtung der PKK statt. Heftige ideologische Auseinandersetzungen im Zuge des amerikanischen Einmarschs in den Irak, der von Teilen der PKK begrüßt wurde, führten zur Abspaltung einer pro-interventionistischen Fraktion um Osman Öcalan, den Bruder des inhaftierten Parteigründers. Bis zum Jahr 2005/2006 setzte sich jedoch der linke Flügel der PKK durch und die Diskussionen endeten im theoretischen Konzept des demokratischen Konföderalismus, der vor allem von Abdullah Öcalan in seinen Gefängnisschriften entwickelt wurde. Brauns und Kiechle (2010) schreiben: "Die heutige Ideologie der PKK besteht aus einer Mischung anarchistischer Staatskritik, geschichtlich basiertem Mesopotamien-Kult, einem zum Teil biologisch hergeleiteten Feminismus und einem utopisch-sozialistischen Lösungsmodell." (S. 108). Demokratischer Konföderalismus bedeutet für die kurdische Freiheitsbewegung dabei ein vollständiges Abrücken vom Nationalstaatsgedanken, der infolge der imperialistischen Einmischung im Nahen Osten überhaupt erst zum Tragen gekommen und mitverantwortlich für die heutigen Probleme in der Region sei. Dem Kapitalismus, von der Freiheitsbewegung auch als "kapitalistische Moderne" bezeichnet, wird eine "demokratische Moderne" entgegengesetzt, in der eine demokratische Nation (und kein Staat) sowie eine kommunal und ökologisch ausgerichtete Ökonomie im Mittelpunkt stehen (Tatort Kurdistan, 2012). Öcalan selbst bezeichnet den demokratischen Konföderalismus "als eine Demokratie ohne Staat", der "flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert" ist (Öcalan, 2012, S. 21). Mittels eines Rätessystems findet eine Abkehr vom staatlichen Zentralismus statt. Frauenbefreiung und Ökologie stellen dabei zwei zentrale Säulen dar. Die Broschüre "Demokratische Autonomie in Nordkurdistan" der Kampagne Tatort Kurdistan (2012) geht ausführlich auf die Theorie und Praxis des demokratischen Konföderalismus ein.

Entsprechend der Neuausrichtung nennt sich die kurdische Freiheitsbewegung seit 2007 KCK (Koma Civa-ken Kurdistan, Union der Gemeinschaften Kurdistans), auch wenn der Begriff PKK heute noch einfachheitshalber immer wieder verwendet wird. Die KCK stellt einen Dachverband aller Organisationen dar, auch der bewaffneten, die sich an der von Öcalan entwickelten Weltanschauung und Lösungskonzepten orientieren. Die Organisation findet dabei in allen vier Ländern statt, in denen die Kurden verteilt leben: In der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran. Auch in Europa wird versucht, die kurdische Diaspora innerhalb der Rätestrukturen des KCK-Systems zu organisieren.

Auch wenn das theoretische Konzept der kurdischen Freiheitsbewegung für europäische Linke etwas zusammengewürfelt erscheinen mag, so führt es in der Praxis zu einer Emanzipation der Menschen, einem der Hauptziele linker Bewegungen. Dies lässt sich am

besten anhand der revolutionären Umgestaltung in Rojava beobachten, wo seit vier Jahren der demokratische Konföderalismus in der Praxis getestet und gelebt wird.

3. Die Revolution in Rojava

Während vor allem die Repräsentanten der KDP die Bevölkerung weiterhin auf die Gründung eines Nationalstaates verträsten, der keine Alternative zu anderen bestehenden kapitalistischen Gesellschaften darstellen würde, wird die Theorie des demokratischen Konföderalismus inmitten von Krieg und Zerstörung in einem Teil Syriens derzeit in die Praxis umgesetzt: Die Revolution in Rojava, wie der von den Kurden besiedelte Streifen im nördlichen Syrien genannt wird. Vom 18. auf den 19. Juli 2012 wurden zentrale Straßen und Institutionen in Kobane von der kurdischen Bevölkerung, mit Unterstützung der Volksverteidigungskräfte YPG, unter Kontrolle gebracht. Das in der Stadt stationierte Assad-Militär wurde ohne Blutvergießen entwaffnet (Flach, Ayboga & Knapp, S. 85). Schnell weiteten sich in den darauffolgenden Wochen und Monaten die, meist unblutigen, Übernahmen von kurdischen Städten aus. Die PYD und andere politische Kräfte, die der Weltanschauung Öcalans nahestehen, begannen, unter schweren Bedingungen die Theorie des demokratischen Konföderalismus in die Praxis umzusetzen.

Dieser stellt dabei eine Art Selbstverwaltung dar, die "der Form der Staatlichkeit gegenübersteht" (ebd., S. 102). Er basiert auf drei tragenden Säulen: auf einer "Demokratie ohne Staat", auf Ökologie und Geschlechterbefreiung (Sabio, 2016, S. 33). Ein weiterer wichtiger Begriff ist die demokratische Autonomie. Er beschreibt die Unabhängigkeit jeder einzelnen Kommune und Gemeinschaft in Rojava und stellt damit einen basisorientierten Ansatz dar, in der Entscheidungen von unten nach oben getroffen werden. Die einzelnen Kommunen sind durch ein komplexes Rätessystem miteinander verbunden. Die Räte sind "also die Verbindung der Selbstverwaltungsstrukturen, in dessen Zentrum die kleine dezentrale Einheit steht" (Flach, Ayboga & Knapp, S. 103). Diese theoretischen Gedanken, die Öcalan in seinen diversen Gefängnisschriften ausarbeitete, werden seit Juli 2012 in Rojava in die Realität umgesetzt. Als kleinste Instanz steht die Kommune, die die Familien eines kleinen Dorfes oder eines Stadtteils umfasst und die alltäglichen sozialen Probleme vor Ort aufgreift. Dies können Fragen der Müllabfuhr oder der Energieversorgung sein. Aber auch bei Streitigkeiten innerhalb der Gemeinschaft und häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder greifen die untersten Räte ein. Aus den Kommunen werden Delegierte in die Stadtteil- und von dort in die Stadträte und schließlich in den jeweiligen Kantonsrat entsandt. Derzeit gibt es drei Kantonsräte, die sich jeweils auch untereinander koordinieren: Afrin, Kobane und Cizir. Sämtliche Berufsgruppen, ethnische und religiöse Gemeinschaften, aber auch

Jugend- und Frauenverbände haben Delegierte auf den verschiedenen Ebenen der Räte. Die Spitze der Räte muss jeweils von einem Mann und einer Frau paritätisch besetzt sein. Frauen ist zudem ein Anteil von 40 % der Sitze sicher zugeschrieben.

Sogenannte Asayish, Sicherheitskräfte, die aus Freiwilligen bestehen, sorgen für die Sicherheit in den Kantonen. Dabei lehnen sie den Begriff Polizei explizit ab, da sie diese als staatliches Unterdrückungsinstrument ansehen. Für die Sicherheit der Außenbereiche der Kantone und als Verteidigung gegen Angriffe dschihadistischer Truppen oder Einheiten des Assad-Regimes sorgen hingegen die, YPG genannten, Volksverteidigungseinheiten.

Ist der Begriff "Revolution" im Zusammenhang mit Rojava überhaupt richtig? Auch in diesem Text wird von Revolution gesprochen, denn in den letzten Jahren hat eine tiefgreifende Umgestaltung der nordsyrischen Gesellschaft stattgefunden. Zum Beispiel wurden Frauenrechte massiv ausgebaut. Im 2014 verabschiedeten "Gesellschaftsvertrag für Rojava", einer Art Verfassung, wird in Artikel 27 festgehalten: "Frauen verfügen über alle politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen Rechte und das Recht auf Leben. Diese Rechte sind zu schützen." Artikel 28 besagt: "Frauen haben das Recht zur Selbstverteidigung und das Recht, jegliche Geschlechterdiskriminierung aufzuheben und sich ihr zu widersetzen." (Civaka Azad Infoblätter, 2014, S. 7). Das Räte-System, unter anderem basierend auf den Erfahrungen der Pariser Commune und den Überlegungen Rosa Luxemburgs, hat die Organisation der Gesellschaft übernommen (vgl. Flach, Ayboga & Knapp, S. 98-102).

Die Eigentumsstrukturen in Rojava

Aus marxistischer Sicht stellen jedoch vor allem Eingriffe in die Eigentumsstrukturen der Gesellschaft revolutionäre Akte dar. Wie sieht dies in Rojava aus? Grundsätzlich gilt das Prinzip der demokratischen Selbstverwaltung auch im ökonomischen Bereich. Der bereits erwähnte Gesellschaftsvertrag von Rojava sichert zwar den Schutz des Privateigentums zu (Artikel 41) und duldet "eine legitime wirtschaftliche Konkurrenz" (Artikel 42), verbietet aber "Wirtschaftliches Horten in einer Hand" und schließt "Monopolbildung" aus (Civaka Azad Infoblätter, 2014, S. 9). Cemil Bayik, Ko-Vorsitzender der KCK und wichtiger Theoretiker der Befreiungsbewegung, äußerte bereits 2012 im Interview mit *kommunisten.de*: "Das ökonomische System des demokratischen Konföderalismus beinhaltet nach unserer Vorstellung eine gemeinschaftliche Ökonomie. Das ist die Grundlage unserer ökonomischen Politik. Gegen die Monopolisierung und für die Selbstorganisation der Ökonomie durch alle Teile der Gesellschaft. (...) Es wird kollektives und persönliches Eigentum geben. Aber es werden niemals die Monopole im Mittelpunkt stehen. Es wird auch nicht der Industrialismus im Mittelpunkt stehen." So kann die kurdische Freiheitsbewegung im ökonomi-

schon Sinne primär als eine antimonopolistische und auf Selbstversorgung gerichtete Bewegung charakterisiert werden. Diese Prinzipien werden derzeit in Rojava umgesetzt.

Nordsyrien war früher aufgrund großer Flüsse, wie zum Beispiel dem Euphrat, die Kornkammer ganz Syriens und deshalb eine sehr landwirtschaftlich geprägte Region. Das syrische Regime hatte kein Interesse an einer Industrialisierung und investierte deshalb nur wenig in das Grenzgebiet zur Türkei. Ein entwickelter regionaler Kapitalismus mit einem starken Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit konnte sich deshalb bis heute nicht ausbilden. Die meisten Produkte mussten und müssen bis heute importiert werden, meist aus dem Nachbarland Türkei. Nur sehr selten gibt es vor Ort Betriebe mit mehr als 15 Arbeitern oder Angestellten. Kooperativen, zum Beispiel in der Olivenölproduktion, gab es zwar schon vor der Vertreibung des Assad-Regimes, aber nur im kleinen Stil. Damit verbunden ist die Landfrage und die Verteilung von Grund und Boden. "Zwar befinden sich rund 20 Prozent des Landes in der Hand von Großgrundbesitzern. Doch eine Landreform ist bislang nicht im Gespräch, da der Großgrundbesitz nicht dominant ist und wohl auch, um in der derzeitigen fragilen Situation der Etablierung der Selbstverwaltung keine neue Frontlinie innerhalb der Gesellschaft aufzumachen." (Brauns, 2016, S. 98). Wichtig ist auch der Faktor des früher staatseigenen Landes, das fast 80 % des Grund und Bodens in Nordsyrien darstellt. Dieses wird derzeit an Kooperativen und Genossenschaften übergeben, die es bearbeiten und einen Teil ihrer Erträge an die Behörden der Selbstverwaltung abgeben müssen. Darüber hinaus wurden Mühlen und Bäckereien in kommunaler Hand aufgebaut, um eine Grundversorgung der Menschen sicherzustellen. "An die Räte angeschlossene Kommissionen zur Preis- und Qualitätskontrolle gehen gegen Wucher und Betrug vor. Im Norden Syriens befinden sich zudem die einzigen Ölquellen Syriens. Zum Eigengebrauch für die Selbstverwaltung wird dort Öl gefördert, das in improvisierten Raffinerien zu Benzin verarbeitet und günstig an die Kooperativen abgegeben wird." (ebd.).

Die Türkei kontra Rojava

Die hier nur sehr kurz und lückenhaft zusammengefasste Entwicklung in Rojava/Nordsyrien stellte von Anbeginn an eine Bedrohung für die Pläne der AKP-Regierung in Ankara dar. Im Dezember 2014 hielt Staatspräsident Erdogan fest: "Entwickelt sich in Nordsyrien etwa eine neue Provinz? Das ist ein Problem, eine Bedrohung für mein Land." (Diken, 2012). Dementsprechend wurde gehandelt. Diverse dschihadistische Gruppierungen wurden vom türkischen Geheimdienst nun nicht mehr nur im Kampf gegen Assad ausgebildet und ausgerüstet, sondern auch, um die Emanzipation der Kurden im Nachbarland Syrien zu blockieren. Unter der Prämisse, dass im Kampf gegen die Kurden alle Mittel legitim sind,

wurde auch der Islamische Staat unterstützt. Der türkisch-deutsche Journalist Küpeli (2016) schreibt: "In den Jahren, in denen der 'S' als nur eine von zahlreichen islamistischen Kräfte angesehen wurde, konnte der 'IS' in der Türkei Strukturen aufbauen, wie etwa Rekrutierungsbüros und Ausbildungslager, und über die Türkei Geld, Waffen und Kämpfer nach Syrien bringen. Die türkischen Sicherheitsbehörden haben diese Aktivitäten des 'S' in der Türkei geduldet." Der jetzt im deutschen Exil lebende Journalist Can Dündar deckte die Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes MIT an den IS auf und wurde dafür wegen Geheimnisverrats angeklagt.

Spätestens mit der Schlacht um Kobane im Herbst 2014 war klar, dass sich der IS militärisch vor allem auf die Kurden konzentrierte. Dass davon auch die in der Türkei bzw. Nordkurdisten lebenden Kurden betroffen sein würden, machten die Ereignisse des 6./7. Oktobers 2014 deutlich. Als die Stadt Kobane kurz vor dem Fall an die Barbaren des IS stand, kam es in Nordkurdisten zu einem Volksaufstand, der die Unterstützung der Verteidiger der Stadt forderte. Bei Auseinandersetzungen mit türkischen Sicherheitskräften und islamistischen Anhängern der türkischen Hisbollah wurden 46 Menschen getötet und 682 verletzt. Die Regierung musste einlenken und so konnten kurz darauf kurdische Peshmerga-Einheiten aus dem Nordirak der Stadt Kobane über türkisches Staatsgebiet zu Hilfe eilen.

Auch weite Teile der syrischen Opposition nehmen eine ablehnende Haltung zu den Entwicklungen in Rojava ein. Zum einen weil sie die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht akzeptieren können, zum anderen weil sie die Einheit des syrischen Staates gefährdet sehen (mehr dazu im nächsten Kapitel). Eine Ausnahme stellt das linke gesamtsyrische Oppositionsbündnis Nationales Koordinationskomitee für demokratischen Wandel (NCC) dar, in dem die PYD schon vor Beginn der Unruhen 2011 Mitglied war und das keine nationalistisch-zentralistische Haltung einnimmt. Das NCC lehnt jegliche ausländische Militärintervention ab und setzt auf gewaltfreien Widerstand gegen das Assad-Regime und nicht auf die diversen vom Westen unterstützten Gruppen der sogenannten Freien Syrischen Armee.

Das Prinzip der Selbstverteidigung spielt in der Theorie des demokratischen Konföderalismus eine zentrale Rolle: "Gesellschaften ohne jeglichen Selbstverteidigungsmechanismus verlieren ihre Identität, ihre Fähigkeit zur demokratischen Entscheidungsfindung und ihren politischen Charakter. Demnach ist die Selbstverteidigung einer Gesellschaft nicht allein auf die militärische Dimension beschränkt. Sie setzt ebenso die Bewahrung ihrer Identität, ihr eigenes politisches Bewusstsein und einen Prozess der Demokrati-

sierung voraus." (Öcalan, 2012, S. 28). Ausgehend von diesen ganzheitlichen Überlegungen verbunden mit jahrzehntelanger Erfahrung im Guerillakampf, bilden die Kurden in Rojava mit ihren Volks- und Frauenverteidigungseinheiten die schlagkräftigste Gruppe im Kampf gegen den IS und andere dschihadistische Terrorbanden in Syrien. Dies hat ihnen in den letzten Jahren wachsende (mediale) Akzeptanz gebracht und sie sind zu einem engen taktischen Verbündeten der westlichen Anti-IS-Koalition geworden. Doch diese Anbindung verläuft nicht widerspruchsfrei und reibungslos.

4. Rojava, die Kurden und die Ausnutzung zwischen-imperialistischer Widersprüche

Geopolitisch stehen sich in Syrien zwei unterschiedliche Interessensgruppen gegenüber. Auf der einen Seite die von Russland, China und dem Iran unterstützten Kräfte um Assad. Auf der anderen Seite die von den USA angeführten Nato-Kräfte, mit Unterstützung der Türkei, Südkurdisten (KDP) und Saudi-Arabien. Beide Gruppen "praktizieren eine antikurdische Politik" (Flach, Ayboga & Knapp, S. 288). Keine der beiden Seiten akzeptiert langfristig eine autonome, geschweige denn antimonopolistische Gestaltung Rojavas. Allerdings befinden sich sowohl die USA wie Russland in einem Zwiespalt. Denn militärisch haben sich die kurdischen Kräfte als effektivster Faktor im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat erwiesen. Die intensive Kenntnis des Geländes, Guerilla-Taktiken und eine hohe Moral basierend auf dem Wissen, für die Freiheit zu kämpfen, lassen die nur schlecht ausgerüsteten kurdischen Kämpfer zum Schrecken der Dschihadisten, und damit zum Verbündeten des Westens, aber auch Russlands, werden.¹ Aus diesem Grund können und müssen kurdische Kräfte die jeweiligen zwischen-imperialistischen Widersprüche ausnutzen und sich durch die unterschiedlichen Interessen hindurch manövrieren. Nur so erhalten sie den nötigen politischen und auch militärischen Handlungsspielraum, um ihre Vorstellung einer demokratischen Neugestaltung Nordsyriens so effektiv wie möglich umzusetzen. Dabei geht die kurdische Freiheitsbewegung sehr erfahren vor. Schon vor 1989 vermied sie es, sich in einseitige Abhängigkeiten, damals von der Sowjetunion oder China, zu begeben. Dies war ein wichtiger Grund dafür, warum sie den Niedergang vieler anderer Befreiungsbewegungen überlebte und Anfang der 90er Jahre sogar noch stärker wurde.

So akzeptiert und begrüßt die kurdische Seite die nun schon zweijährige Luftunterstützung der US-geführten Anti-IS-Koalition. Es ist klar, dass ohne diese Unterstützung die Stadt Kobane im Herbst 2014 an die Schlächter des Islamischen Staats gefallen wäre.

1) Die Rolle des Westens bei der militärischen Unterstützung und dem Aufbau dschihadistischer Gruppierungen, aus denen dann der IS hervorgegangen wird, wird hier nicht weiter beachtet. Derzeit haben sowohl der Westen auch als Russland ein Interesse an der Eindämmung der terroristischen Gefahr, die sie mit ihrer Politik selbst erst aufgebaut haben.

Aber auch mit Russland, der den USA gegenüberstehenden imperialen Macht, unterhält die Selbstverwaltung enge Kontakte. So eröffnete Rojava im Frühjahr 2016 in Moskau die erste Auslandsvertretung, auch in der Hoffnung, die einseitige Abhängigkeit von den USA zu lockern. Erst danach folgten weitere Vertretungen in europäischen Hauptstädten, darunter auch in Berlin. "Moskau verbindet mit der partiellen Unterstützung der syrischen Kurden die Intention, neben der syrischen Regierung bei Gesprächen über die Zukunft Syriens ein zweites Standbein auch im Lager der Opposition zu haben." (Brauns, 2016, S. 110).

Ein weiterer Grund für die partielle Unterstützung der Kurden durch beide Lager hängt damit zusammen, dass sich die USA und Russland damit abgefunden zu haben scheinen, dass ein kompletter Sieg einer der beiden Seiten im syrischen Bürgerkrieg mittlerweile unrealistisch ist. Der Marburger Politikwissenschaftler Gehring (2016) entwickelt diesbezüglich einen interessanten Ansatz. Zwar stünden die USA und Russland der gesellschaftspolitischen linken Ausrichtung der kurdischen Kräfte in Rojava kritisch gegenüber, allerdings steht für sie der Kampf gegen den IS sowie die, militärisch erzwungene, Akzeptanz einer irgendwie gearteten Föderalisierung Syriens weit oben auf der Tagesordnung. Weder Assad, noch die (dschihadistischen) Söldner der sogenannten Freien Syrischen Armee werden sich im Bürgerkrieg zu 100 Prozent durchsetzen können. Außerdem ist durch diverse Vertreibungen auch die ethnographische Komposition Syriens irreversibel geändert. Für die USA wie auch Russland eröffnen die Föderalisierungsideen der Kurden "die Möglichkeit, den Krieg in den einzelnen Regionen Syriens stufenweise zu beenden", auch wenn damit noch lange nicht die von den Kurden repräsentierte fortschrittliche Variante dieses Ansatzes akzeptiert wird. Erst im September 2016 reisten russische Vertreter nach Rojava und Damaskus mit dem Vorschlag für einen "speziellen Status im Rahmen Syriens" für die Kurden. Dieser Föderalisierungsvorschlag Russlands wurde von der syrischen Regierung (noch) abgelehnt (Bozarslan, 2016).

Haben die Kurden in Syrien der ausländischen Intervention die Tür geöffnet?

Immer öfter kamen seit Beginn der Revolution in Rojava Vorwürfe auf, auch von Teilen der Linken aus Deutschland, dass die Kurden in Rojava als Handlanger des US-Imperialismus fungieren würden und zur Spaltung des Landes beitragen. Leukefeld (2016) schreibt: "Ob gewollt oder nicht, haben die syrischen Kurden der ausländischen Intervention Tür und Tor geöffnet." Und der mit der Thematik nicht sonderlich befasste Frankfurter Antifa-Aktivist und Pfarrer Stoodt (2016) meint sogar, dass sich kurdische Kräfte "auf ihre Weise an der Zerschlagung Syriens und Iraks"

beteiligen und das auch noch "im Interesse des Imperialismus" tun würden.² Schaut man aber genauer auf die konkrete Situation, so wird schnell klar, dass diese Vorwürfe einem sehr verkürzten Verständnis von Antiimperialismus entspringen. In seinem Werk "Jenseits von Staat, Macht und Gewalt" (2010), geht Öcalan darauf ein, dass ein auf dem demokratischen Konföderalismus basierendes System eine Zeit lang mit dem Nationalstaat koexistieren könne (S. 32). Sehr schnell hatte die Selbstverwaltung in Rojava deutlich gemacht, Teil eines geeinten Syriens sein zu wollen. Im bereits erwähnten Gesellschaftsvertrag Rojavas wird in Artikel 3 festgehalten, dass Syrien "ein freier, demokratischer und unabhängiger Staat" sei, der über ein föderales und pluralistisches System verfügen müsse. Die drei demokratisch-autonomen Verwaltungen (Cizir, Kobane, Afrin) seien dabei Teil Syriens (Civaka Azad Infoblätter, 2014).

Zudem wurden in der Tat auch Kompromisse mit den jeweiligen Mächten geschlossen. Die Gründung der militärischen Syrisch-Demokratischen Kräfte (SDF) im Oktober 2015 stellten, neben der notwendigen Einbindung arabischer, turkmenischer und anderer nicht-kurdischer Teile der in Rojava lebenden Bevölkerung, auch ein Angebot an die USA dar. Sie konnten nun offener Waffenhilfe und Luftunterstützung leisten, ohne andere arabisch-oppositionelle Gruppen, aber vor allem das Nato-Mitglied Türkei zu verärgern. Dies ging bis zum Einmarsch der türkischen Armee und von ihr unterstützter dschihadistischer Proxy-Söldner Ende August 2016 in der Grenzstadt Dscharablus gut.

Der Journalist Peter Schaber (2016) fasst es wie folgt zusammen: "Aus den Kräfteverhältnissen zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten, die im 'Great Game' um Syrien mitspielen, hat sich für die einzige größere progressive Kraft in diesem Krieg eine Chance eröffnet. PYD und YPG erkämpften sich zunächst eine starke Position in ihren Kerngebieten und suchten dann mit zentralen Akteuren ein stabiles Verhältnis: Sie eskalierten den Konflikt mit dem Assad-Regime nicht, arbeiteten sogar, wo es ihnen nützte, mit Damaskus zusammen. Sie setzen nicht allein auf die USA, sondern sind auch um ein gutes Verhältnis zu Russland bemüht und pflegen dementsprechend diplomatische Kontakte. Diese taktisch kluge Politik hat ein Ziel: Die zwei Kräfte, die der Entwicklung des kurdischen Projekts am feindlichsten gegenüberstehen – dschihadistische Fraktionen inklusive IS sowie die Türkei – daran zu hindern, die Fortschritte des Prozesses in Rojava zu beseitigen. (...) Gleichwohl ist das taktische Bündnis mit imperialistischen Mächten immer eine Gratwanderung. Die USA unterstützen die Kurden ja nicht aus Nächstenliebe, sondern um ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen. Daraus resultiert das Spannungsfeld, in dem die kurdischen Kräfte agieren müssen: Während sie

2) Eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesen Positionen gibt es von Yildirim (2016)

auf der einen Seite die Unterstützung der USA annehmen, müssen sie auf der anderen Versuche Washingtons, sie zu willigen Kollaborateuren zu machen, zurückweisen. Bislang ist PYD und YPG genau das gelungen: Sie haben sich der Eingliederung in die FSA (als diese noch schlagkräftiger war) widersetzt, ebenso dem Beitritt zum proimperialistischen »Nationalkongress Syrischer Kurden« (ENKS). (...) Niemals haben sie ihr freundschaftliches Verhältnis zur in den USA wie in Europa verbotenen und verfolgten PKK in Frage gestellt, eben sowenig das Festhalten am alternativen Gesellschaftsprojekt des 'demokratischen Konföderalismus'."

Derzeit greifen diverse dschihadistische Gruppen, darunter Ahrar-al-Sham, mit türkischer Luftunterstützung Einheiten der SDF und damit auch die Revolution in Rojava an. Dieser türkische Einmarsch, der auf eher geringen diplomatischen Protest seitens Russlands stieß, das den dortigen Luftraum kontrolliert, erklärt sich laut Gehring wie folgt: "Der Türkei eine begrenzte Offensive zu erlauben, stellt sowohl einen Versuch Washingtons als auch Moskaus dar, ihre in der Vergangenheit angespannten Beziehungen zu Ankara zu verbessern." (2016). Außerdem war sie eine Warnung an die SDF, das Vorgehen enger mit den jeweiligen imperialen Kräften abstimmen zu müssen. Eine wirkliche militärische Bedrohung der Revolution in Rojava stellten die von der Türkei trainierten und durch türkische Militärs ergänzten Truppen allerdings nicht dar. Sie dienten nur zur Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts im Sinne der imperialen Akteure.

Als politisches Pendant zu den SDF gründete sich Anfang Dezember 2015 der Demokratische Rat Syriens (SDC). Dieser lud Mitte März 2016 200 Vertreter von fast drei Dutzend politischen Parteien nach Qamishli aus allen Bevölkerungsteilen Nordsyriens ein. Am 17. März verkündete die Versammlung "die Bildung einer föderalen Region Rojava-Nordsyrien. Betont wurde, dass dies keine Abspaltung sondern ein erster Schritt hin zu einem föderalen Syrien sei" (Brauns, 2016, S. 109). Assad sowie die oppositionellen arabischen Gruppen lehnten die Ausrufung der Autonomie dennoch ab. Trotz ihrer gesellschaftlichen Stärke bleibt die Realisierung der politischen Ideen der Kurden in Syrien derzeit noch abhängig von den Vorstellungen der hegemonialen Mächte.

5. Die Zukunft des kurdischen Freiheitsstrebens

Eine ähnliche Entwicklung wie in Rojava versuchten die in Nordkurdisten/Türkei lebenden Kurden nach dem Abbruch der Friedensgespräche seitens der türkischen Regierung im Juli 2015. Nach der Niederlage bei den ersten Parlamentswahlen Anfang Juni 2015 griff die AKP-Regierung in die Trickkiste der gesellschaftlichen Polarisierung und begann den Krieg mit der PKK von Neuem. In vielen kurdischen Städten wurde daraufhin versucht, nach dem Vorbild Rojavas und des demokratischen Konföderalismus, eine von

Ankara autonome Selbstverwaltung mit Räte-System aufzubauen. Doch im Gegensatz zur syrischen Assad-Regierung waren Erdogan und seine AKP nicht geschwächt. Es bestand kein Machtvakuum, das von den Kurden gefüllt werden konnte. Trotz monatelangen erst zivilen, dann bewaffneten Widerstandes, war die Übermacht der türkischen Armee zu groß. Unter großen menschlichen und materiellen Verlusten mussten die kurdischen Kämpfer der zivilen Selbstverteidigungseinheiten YPS aufgeben oder sich zurückziehen. Noch heute gibt es mehr als 280 unidentifizierte Leichen. Fast ein Dutzend nordkurdische Städte sind zu großen Teilen zerstört und mehr als 350.000 Menschen mussten temporär oder dauerhaft fliehen. Das Buch "Hinter den Barrikaden" (Lower Class Magazine, 2016) fasst die Erfahrungen mit dem versuchten Aufbruch in Nordkurdisten mit vielen le- senswerten Berichten zusammen.

Auf den letzten Seiten wurden die maßgeblichen politischen Linien und Entwicklung der Kurden nachgezeichnet. Klar ist, dass dabei viel weggelassen und vereinfacht wurde. Nach wie vor ist die Entwicklung der kurdischen Frage im Nahen Osten offen und von imperialen Interessen abhängig. Doch die dem demokratischen Konföderalismus folgenden Kurden sind sich dieser Situation bewusst. Sie schaffen es in Rojava, eine eigenständige, aber die Kräfteverhältnisse des Imperialismus berücksichtigende Entwicklung voranzutreiben. Bayik, Ko-Vorsitzender der KCK, bezeichnet dies in einem Interview wie folgt: "Wir haben unsere eigene, dritte Linie. Aber wir werden Beziehungen zu einzelnen Mitgliedern dieser Fronten unterhalten." (Schneider, 2016). Dies ist auch die einzig realistische Herangehensweise, um im syrischen Bürgerkrieg auf Dauer Bestand zu haben.

Mittlerweile sind die syrischen Kurden und ihr demokratischer Aufbruch zu einem weltweiten Symbol im Kampf gegen die Barbarei des IS, aber auch der zerstörerischen Geopolitik des Imperialismus geworden. Seien es die Farc-Guerilla in Kolumbien, die Zapatisten in Mexiko oder die antikapitalistischen Bewegungen in Südafrika, auf der ganzen Welt dient das Räte-System Rojavas als ein vom Nahen Osten ausgehendes Vorbild für einen neuen Versuch der menschlichen Emanzipation. Dieses sollte auch von den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in Deutschland solidarisch-kritisch begleitet werden

Literaturverzeichnis

- Bayik, C. (2012). Der Paradigmenwechsel in der Politik der PKK – Exklusiv-Interview mit Cemil Bayik. Abgerufen am 20.10.16 unter: http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=3655:der-paradigmenwechsel-in-der-politik-der-pkk-exklusiv-interview-mit-cemil-bayik&catid=45:interviews&Itemid=95
- Bozarslan, M. (2016). Syria rejects Russian proposal for Kurdish federation. Abgerufen am 31.10.16 unter: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/10/turkey-russia-mediates-between-kurds-and-assad.html#ixzz4O6oTIZrt>
- Brauns, N., & Kiechle, B. (2010). PKK. Perspektiven des kurdischen Befreiungskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Brauns, N. (2015). Die Kurden im Irak. Vom Bürgerkrieg über die Autonomie zur Unabhängigkeit? In Kraitt, T. (Hrsg.), Irak. Ein Staat zerfällt. (S. 129-150). Wien: Promedia.
- Brauns, N. (2016, September 10). Falsche Verbündete. Junge Welt. Abgerufen am 11.9.16 unter: <https://www.jungewelt.de/m/artikel/293450.falsche-verb%C3%BCndete.html>
- Brauns, N. (2016). Die Kurden in Syrien und die Selbstverwaltung in Rojava. In Edlinger, F. (Hrsg.), Der Nahe Osten brennt: Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. (S. 91-112). Wien: Promedia.
- Civaka Azad Infoblätter (2014). Der Gesellschaftsvertrag von Rojava, Ausgabe 7. Abgerufen am 19.10.16 unter: <http://civaka-azad.org/pdf/info7.pdf>
- Diken (2012). Erdogan PYD ve IYD'ı yine bir tutup, Rojava'ya 'tehdit' dedi. Abgerufen am 20.10.16 unter: <http://www.diken.com.tr/erdogan-pyd-ve-isidi-yine-bir-tutup-rojavaya-tehdit-dedi/>
- Erdem, S. (2016). The Kurdish Question and Mosul Operation. Abgerufen am 12.10.16 unter: <http://kurdishquestion.com/article/3514-the-kurdish-question-and-mosul-operation>
- Flach, A., Ayboga, E., & Knapp, M. (2015). Revolution in Rojava. Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo. Hamburg: VSA.
- Freyberg, J. v. (1992). Sowjetische Außenpolitik und Kurdistan. In Boris, D., Gerns, W., & Jung H. (Hrsg.), Keiner redet vom Sozialismus - Aber wir. (S.77-91). Bonn: Pahl-Rugenstein.
- Gehring, A. (2016). USA von der türkischen Offensive überumpelt? Luxemburg. Abgerufen am 24.10.16 unter: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/usa-von-der-tuerkischen-offensive-ueberumpelt/>
- HRW (2016). Iraqi Kurdistan: Kurdish Journalist Abducted, Killed. Abgerufen am 12.10.16 unter: <https://www.hrw.org/news/2016/08/25/iraqi-kurdistan-kurdish-journalist-abducted-killed>
- Karayilan, M. (2012). Bir Savayn Anatomisi. Kürdistan'da Askeri Çizgi. Neuss: Mesopotamien Verlag.
- Küpeli, I. (2016). Türkei und "Islamischer Staat". Abgerufen am 20.10.16 unter: <https://www.rosalux.de/news/42722>
- Leukefeld, K. (2016, August 8). Türöffner für Intervention. Junge Welt. Abgerufen am 20.10.16 unter: <https://www.jungewelt.de/m/artikel/292500.t%C3%BCr%C3%B6ffner-f%C3%BCr-intervention.html>
- Lower Class Magazine (2016). Hinter den Barrikaden. Eine Reise durch Nordkurdistan im Krieg. Münster: edition assemblage.
- Newroz Erfahrungsbericht (2013). Die kurdische Bewegung im Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung. Verband der Studierenden aus Kurdistan – YXK. Abgerufen am 11.10.16 unter: http://www.yxkonline.com/documents/sonstige/newroz_2013.pdf
- Öcalan, A. (2010). Jenseits von Staat, Macht und Gewalt. Neuss: Mesopotamien Verlag.
- Öcalan, A. (2012). Demokratischer Konföderalismus. Neuss: Mesopotamien Verlag.
- Sabio, O. (2016). Rojava. Die Alternative zu Imperialismus, Nationalismus und Islamismus im Nahen Osten. Münster. Unrast-Verlag.
- Schaber, P. (2016, September 10). Wer – wen? Anmerkungen zu einem antiimperialistischen Verständnis des Syrien-Kriegs und der Rolle der kurdischen Bewegung. Junge Welt. Abgerufen am 31.10.16 unter: <https://www.jungewelt.de/m/artikel/293445.wer-wen.html>
- Schneider, W. (2016, Januar 15). PKK-Chef: "Wir lassen uns nicht zur Schlachtbank führen". Die Presse.com. Abgerufen am 25.10.16 unter: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4905393/PKKChef_Wir-lassen-uns-nicht-zur-Schlachtbank-fuehren
- Stoedt, H. C. (2016, September 9). Krach in der imperialistischen Pyramide. Unsere Zeit. Abgerufen am 20.10.16 unter: <http://217.113.46.216/de/4836/29/3475/Krach-in-der-imperialistischen-Pyramide.htm>
- Tatort Kurdistan (2012). Demokratische Autonomie in Nordkurdistan. Rätebewegung, Geschlechterbefreiung und Ökologie in der Praxis – eine Erkundungsreise in den Südosten der Türkei. Neuss: Mesopotamien Verlag.
- Yildirim, K. (2016). Bürgerlicher Antiimperialismus und bürgerlicher Kommunismus als Revolutionsblockade. Zur Rojava-Debatte. Lower Class Magazine. Abgerufen am 24.10.16 unter: <http://lowerclassmag.com/2016/10/buergerlicher-antiimperialismus-und-buergerlicher-kommunismus-als-revolutionsblockade-zur-rojava-debatte/>

Claudia Haydt

Syrien zwischen Stellvertreterkrieg und Bürgerkrieg

Die Bilanz des Krieges in Syrien ist bitter: Hunderttausende Tote in Syrien und etwa die Hälfte der Bevölkerung auf der Flucht oder in ständiger Angst vor Vertreibung – häufig zum wiederholten Mal.

Dieser Artikel versucht nicht, die Geschichte des zivilen und auch bewaffneten Kampfes um Demokratie in Syrien zu erzählen – obwohl es sinnvoll wäre, die Motivation derjenigen, die im Jahr 2011 auf die Straßen gingen, zu würdigen. Doch die Motive, Interessen und Hoffnungen der meisten Menschen in Syrien spielen schon lange kaum noch eine Rolle. Die Eigendynamik des Krieges – aber vor allem die massive Einflussnahme von außen – war schnell und ist noch heute das prägende Moment in der Konfliktdynamik. In den meisten Regionen Syriens waren Menschen innerhalb weniger Monate gezwungen, ob sie es wollten oder nicht, sich für eine Kriegsseite zu entscheiden. Als dritte Alternative, die für viele die einzige war, blieb nur, das Land zu verlassen. Der Krieg in Syrien ist ein Bürgerkrieg und er ist zugleich sehr viel mehr. Er ist ein Stellvertreterkrieg für regionale und globale Rivalitäten. Im Folgenden soll vor allem die Geschichte der äußeren Einflussnahme erzählt werden, die schon Jahre vor Ausbruch des Krieges mit ökonomischer Destabilisierung begann, mit gezielter politischer Einflussnahme weiterging und in Waffenlieferungen, Einsatz von Beratern und Spezialkräften sowie Flächenbombardements mündete. Ob das Land eine Chance auf Frieden hat, das liegt kaum noch in den Händen der Menschen in Syrien, sondern vor allem daran, ob die externen Akteure sich von einer Fortsetzung des Krieges noch irgendeinen Vorteil versprechen.

Zerstörerische EU-Nachbarschaftspolitik

Die Kernforderungen des heute weitgehend in Krieg und Konterrevolution erstickten "Arabischen Frühling" waren eine simple Formel: "Brot, Freiheit und Würde". In anderen Worten: es ging den Menschen, ehe die Bewegung instrumentalisiert und pervertiert wurde, um soziale Gerechtigkeit und demokratische Rechte. Soziale Schieflagen und demokratische Missstände alleine führen nicht zwangsweise zu einem Bürgerkrieg, aber ohne eine Analyse der sozioökonomischen und soziopolitischen Dynamik in Syrien vor 2011 bleibt das Bild unvollständig. Nicht zufällig waren ärmere ländliche Regionen und die Armenviertel der Großstädte Schauplätze von starken Protesten gegen die Regierung Assad. Der Nährboden, auf dem

der Stellvertreterkrieg gedeihen konnte, wurde von der Europäischen Union und der deutschen Regierung mit geschaffen.

Schon Hafez al-Assad, der Vater und Vorgänger des heutigen Präsidenten Bashar al-Assad, hatte in den 1990er Jahren erste Schritte zur Liberalisierung der Wirtschaft eingeleitet. Ein Schwerpunkt des neoliberalen Umbaus, der von seinem Sohn fortgeführt und verschärft wurde, war der Dienstleistungssektor. Die Europäische Union fand in Assad Junior einen nicht ganz einfachen, aber doch weitgehend willigen Verhandlungspartner für ihre Nachbarschaftspolitik, deren grundlegende Ausrichtung in klarem Widerspruch zu den Forderungen nach "Brot, Freiheit und Würde" steht. In den Jahren 2003 und 2004 arbeiteten die EU und der syrische Staat gemeinsam ein unterschrittsreifes Assoziierungsabkommen aus. In diesem Abkommen akzeptierte der politisch stark unter Druck stehende Assad Vorgaben der EU, die selbst ihm zu weit gingen, da sie Syrien völlig schutzlos den wesentlich stärkeren westlichen Ökonomien ausgeliefert hätten. Er wollte die Möglichkeiten für Direktinvestitionen begrenzen und "für einige Bereiche weiter Zölle erheben und bestimmte Importe verbieten können. Allerdings wurden all diese Wünsche seitens der EU abschlägig beschieden, so dass der Text des Abkommens Ende 2004 in der von Brüssel gewünschten Form zum Abschluss gebracht wurde."¹ Damit wurde durch die syrische Regierung ein Abkommen akzeptiert, das nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren die Subventionierung staatlicher Betriebe untersagte und den völligen Rücktransfer von Gewinnen internationaler Unternehmen in Syrien ermöglichte. Da ein Großteil der Menschen in Syrien in staatseigenen Betrieben arbeitet, hat ein solcher Ausverkauf weitreichende Folgen.

Wegen des Attentats auf den libanesischen Staatsoberhaupt Rafiq al-Hariri, für das der syrische Staat verantwortlich gemacht wurde, wurde das Abkommen jedoch nie ratifiziert. Dennoch landete das Abkommen nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte. Im Gegenteil, der neoliberale Umbau, den die Assoziierungsvereinbarung vorsah, wurde Schritt für Schritt von der syrischen Regierung umgesetzt. Wie in jedem vergleichbaren Abkommen geht es um "die schrittweise Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs" (Artikel 1). Für das Handeln von EU und Assad war der Text des Abkommens sowohl im Vorfeld ihrer Verhandlungen als auch nach 2005 ein fes-

1) Jürgen Wagner (IM-Studie 12/2012), Imperialer Neoliberalismus: Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik.

ter Bezugspunkt. In den mehrjährigen Länderstrategiepapieren und den daraus abgeleiteten "Nationalen Indikativprogrammen" wurde der Umbau des syrischen Wirtschaftssystems sowohl auf Verwaltungsebene, als auch in mehreren Wirtschaftssektoren und selbst auf Ebene der nationalen Gesetzgebung entschlossen vorangetrieben. So wurden von der EU zum Beispiel im Zeitraum von 2008 bis 2010 insgesamt 110 Millionen Euro für administrative, soziale und wirtschaftliche Reformen zur Verfügung gestellt. Dabei ging es unter anderem um die Reform, beziehungsweise die Kommerzialisierung, des Gesundheitssektors. "Ein integraler Bestandteil des Modernisierungsprogramms im Gesundheitssektor ist die Einführung von Benutzergebühren und Kosten für öffentliche Leistungen."² Für solche Initiativen, die alleine auf die Privatwirtschaft setzen, stellte die Europäische Investitionsbank im Zeitraum von 2000 bis 2009 die stolze Summe von 1,4 Milliarden Euro als Kredit zur Verfügung.

Die EU ging bei ihrer "Hilfe" zum Umbau des syrischen Staates äußerst systematisch vor. So finanzierte sie auch eine "Fazilität für die Modernisierung von Institutionen und Sektoren" (ISMF) die zusammen mit der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ heute GIZ) umfangreiche Reformprogramme vorantrieb. Offensichtlich verstand die Bundesregierung auch im Falle Syriens die Schaffung eines guten Investitionsklimas als Entwicklungshilfe. So wurde durch deutsche Entwicklungshelfer "faktisch die komplette syrische Gesetzgebung durchforstet und daraufhin Vorschläge erarbeitet, wie sie umzusetzen seien".³

Auch die syrischen Fünfjahrespläne in den Vorkriegsjahren wurden mit Hilfe beziehungsweise unter Aufsicht der EU ausgearbeitet. So war die ISMF maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Fünfjahresplans 2006 bis 2010. Die "Deutsch-arabische Handelskammer", die in enger Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium die ökonomischen Beziehungen zu arabischen Ländern pflegt, war im Rückblick von den Ergebnissen dieser Kooperation nahezu begeistert: "Wichtige Erfolge – wie die Steuerreform, die Vereinheitlichung der Wechselkurse, die Zulassung privater Banken, die Errichtung einer Wertpapierbörse, die Senkung der Körperschaftssteuer von 35 auf 28 % (14 % für Aktiengesellschaften) und die Schaffung neuer Investitionsgesetze – wurden bereits erreicht. [...] Maßnahmen zur Förderung von Importen [...], wie die zum Teil drastischen Zollsenkungen, durch die die Zölle nun weitestgehend dem geforderten Standard der EU-Assoziationsabkommen entspre-

chen [wurden erreicht]. [...] Die Investitionsbedingungen wurden dadurch verbessert und vereinfacht. Nun sind zum Beispiel eine 100-prozentige ausländische Eigentümerschaft und der volle Gewinntransfer für ausländische Investitionen möglich."⁴ Für die syrische Bevölkerung war dies mehrheitlich jedoch kein Grund zum Jubeln. Selbst die International Crisis Group zog 2011 das Fazit, dass die Öffnung des syrischen Marktes für das Handwerk äußerst "schädliche Auswirkungen" hatte.⁵ Zu den schädlichen Folgen gehörte die gestiegene Arbeitslosigkeit, die im Jahr 2009 zwar offiziell mit 8,1 Prozent angegeben wurde, die aber nach realistischeren Schätzungen bei 24,4 % liegt und damit jede vierte erwerbsfähige Person betraf.⁶

Gleichzeitig wurde das Mietrecht dereguliert, Mieten erhöht und Menschen aus ehemals preisgebundenen Wohnungen wurden geräumt. Mit dem "Wettbewerbs- und Antimonopolgesetz" wurden 2008 auch die Preisbindung für zahlreiche Güter des täglichen Bedarfs aufgehoben und die Subventionen für den Energiesektor gestrichen. Besonders hart waren die Auswirkungen auf die Landbevölkerung, denn es wurden auch Subventionen für Düngemittel, Diesel und Benzin gestrichen.

Zusätzlich bekamen die von der Landwirtschaft abhängigen Bevölkerungsgruppen auch die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren. Von 2007 bis 2010 verzeichnete Syrien die größte Dürre seit Menschenedenken und dies führte wiederum dazu, dass etwa 1,4 Millionen Menschen, Bauern, Landarbeiter und ihre Familien in den Städten beziehungsweise deren armen Vororten Zuflucht suchten. Die Lebensmittelpreise explodierten, die Arbeitslosigkeit (besonders die Jugendarbeitslosigkeit) stieg noch weiter und die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen wuchsen. Eine der Städte, in der besonders viele Migranten lebten, war Daraa, die Stadt, in der die brutale Reaktion des syrischen Machtapparates auf Graffiti malende Jugendliche wohl der Auslöser für den darauffolgenden Krieg war.

In den Jahren vor Kriegsausbruch gab es Gewinner und Verlierer des Strukturwandels. Viele der Verlierer gehörten zur klassischen Machtbasis von Assad: Bauern, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst. Sie alle litten massiv unter der starken Inflation, die in den Jahren von 2006 bis 2008 zwischen 17 und 20 Prozent schwankte, während sie in den 1990er Jahren nur bei etwa fünf Prozent lag. Die soziale und ökonomische Sicherheit nahm ab, lag aber immer noch deutlich über dem Niveau anderer Staaten in der Region. So war das Bildungsniveau bis 2011

2) Sen, Kasturi/Faisal, Waleed al (2012): Syria Neoliberal Reforms in Health Sector Financing: Embedding Unequal Access? in: Social Medicine, Vol 6, No 3 (2012), S. 180.

3) Jürgen Wagner (IM-Studie 12/2012), Imperialer Neoliberalismus: Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik, S. 7.

4) Deutsch-Arabische Industrie- und Handelskammer: Länderprofil Syrien (Stand: 12/2010): http://www.ghorfa.de/fileadmin/inhalte/laenderprofile/ueberblick_Syrien.pdf

5) Vgl. Marktwirtschaft für Syrien, German-Foreign-Policy.com, 30.5.2012.

6) Matar, Linda: The Socioeconomic Roots of the Syrian Uprising, MEI Insights Nr. 58, 26.3.2012, S. 2: <http://www.mei.nus.edu.sg/wpcontent/uploads/2012/03/Download-Insight-58-Matar-HERE.pdf>

hoch, der Zugang zu Schulen für alle gewährleistet und universitäre Bildung war für weite Bevölkerungsgruppen eine Option. Das Gesundheitswesen war trotz Reformen nach wie vor flächendeckend vorhanden und die Kosten waren (noch) gering. Gleiches galt für den öffentlichen Personennahverkehr.

Der syrische Staat vernachlässigte zwar einerseits den ländlichen Bereich, er entwickelt jedoch zugleich andere Industriebereiche, wie etwa die Automobilindustrie, und generierte durch Privatisierung Profite. Diese und weitere Entwicklungen sorgten dafür, dass das Land, das historisch nur relativ geringe Einkommensunterschiede kannte, zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs ökonomisch tief gespalten war: "Seit den Zeiten der syrisch-ägyptischen Union (UAR 1958-61) ist der Reichtum nie so ungleich verteilt gewesen – 50 % des Reichtums konzentriert sich auf 5 % der Bevölkerung [während zugleich] zwischen 11 % und 30 % unterhalb der Armutsgrenze leben."⁷ Zu den Profiteuren dieser Entwicklung gehörten überwiegend Unternehmer, die Beziehungen zur Regierung in Damaskus hatten sowie die obere Mittelklasse in Aleppo und Damaskus.

Doch obwohl die EU es geschafft hatte, das "Investitionsklima" für internationale Unternehmen deutlich zu verbessern, konnte sie schlussendlich keineswegs so sehr davon profitieren wie erhofft. Sowohl die USA als auch die EU erließen nach dem bereits erwähnten Attentat auf Hariri im Jahr 2005 umfangreiche Sanktionen gegen die Republik Syrien. Das systematisch hergestellte "gute Investitionsklima" kam in Folge dessen vor allem chinesischen, russischen und iranischen aber auch türkischen und ukrainischen Unternehmen zugute. So "sanken Export- und Importanteil des Außenhandels der Arabischen Syrischen Republik mit der EU von 60 % und 35 % im Jahr 2001 auf 23 % und 19 % im Jahr 2005. Auch im zweiten Jahrfünft des neuen Jahrtausends setzte sich diese Entwicklung weiter fort. Die syrischen Exporte nach Frankreich halbierten sich im Zeitraum von 2007 bis 2009, und im gleichen Zeitraum fielen die Ausfuhren von Waren der Arabische Syrische Republik nach Italien um vier Fünftel."⁸

Insgesamt entwickelte sich Syrien zu einem Schwellenland, das zunehmend stärkere wirtschaftliche Verbindungen zu den BRICS-Staaten entwickelte als zu den westlichen Staaten. Syrien war trotz Sanktionen ökonomisch relativ unabhängig, da es keine Auslandsschulden beim IWF und bei der Weltbank hatte. Die meisten Schulden hatte Syrien bis 2011 bei Russland. Doch auch dies schuf keine besondere Abhängigkeit, da es der Republik Syrien gelang, seine gesamten Auslandsschulden von knapp 17 Milliarden (1995) auf 4,2 Milliarden (2010) zu verringern.⁹

Die Deregulierung des sozioökonomischen Raumes schuf einerseits die Grundlage für die bereits erwähnten Auslandsinvestitionen aus dem Iran (z.B. Automobilindustrie) und China (Chemie und IT) und die Schaffung von tausenden zum Teil hochwertigen Arbeitsplätzen, die damit verbunden waren; andererseits signalisierte dies aber auch einen grundlegenden Politikwechsel in Syrien. So wurden in den ersten Jahren der Regierung von Bashar al-Assad die Errungenschaften der Landreformen aus den 1950er und 60er Jahren zurückgenommen. Die neue Klasse von Großgrundbesitzern bestand einerseits aus regierungsnaher Bourgeoisie und andererseits aus Angehörigen der alten Agrarbourgeoisie. Letztere profitierten zwar vom Handeln der Regierung Assad, Loyalität entstand daraus jedoch nicht und sie waren zwar nicht Teil der ersten friedlichen Proteste, aber sehr schnell – so widersprüchlich dies auch sein mag – Seite an Seite mit den Verlierern dieser Reformen Motoren des beginnenden Bürgerkrieges.¹⁰

Trotz westlicher Sanktionen und starker Inflation war die wirtschaftliche Entwicklung der Arabisch-Syrischen Republik insgesamt stabil, da die wirtschaftliche Umstrukturierung aber neben Gewinnern auch ganze Bevölkerungsgruppen zu Verlierern machte, entstand so Schritt für Schritt der Nährboden für Proteste, Aufstände und Bürgerkrieg.

Im Vorgriff auf die weiteren Entwicklungen sei hier auch ergänzt, dass die Assad-Regierung sehr schnell nach Kriegsbeginn den größten Teil der neoliberalen Reformen zurücknahm, was mutmaßlich sowohl zum Missfallen der EU-Staaten als auch zur teilweisen (wiedergewonnenen) Loyalität oder zumindest Akzeptanz von größeren syrischen Bevölkerungsgruppen für die Regierung Assad beitrug.

US-Pläne eines New Middle East

Während die EU bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges weitgehend auf ökonomisch-politische Einflussnahme in Syrien setzte und darauf hoffte, Syrien als Teil des Nachbarschaftsraums peripher und abhängig in den EU-Wirtschaftsraum zu integrieren, setzte die US-Administration auf noch deutlich destruktivere Strategien.

Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 setzte die damalige Bush-Regierung Syrien auf die gleiche Liste von Angriffszielen wie den Irak. Der frühere NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark berichtete, die Bush-Administration "wollte, dass wir den Mittleren Osten destabilisieren, ihn auf den Kopf stellen und unter unsere Kontrolle bringen."¹¹ John Bolton,¹² der damalige stellvertretende Außenminister, setzte Syrien auf die Liste der Schurken-Staaten, die

7) Dahi, Omar S./Muni, Yasser: Aufstände in Syrien: Auf der Suche nach der Schnittmenge – zwischen Autoritarismus und Neoliberalismus, in: inamo Nr. 68, Winter 2011, S. 58-64: http://www.inamo.de/tl_files/dossiers/dahi-munif_inamo-68-2011.pdf

8) David X. Noack (1/2016), in: Ausdruck – Das IMI-Magazin, S. 15.

9) David X. Noack (1/2016), in: Ausdruck – Das IMI-Magazin, S. 16.

10) Ababsa: Contre-réforme agraire et conflits fonciers en Jazira syrienne (2000-2005), S. 211-230.

damit rechnen müssen, zum Ziel eines US-Angriffskrieges zu werden. Daran änderte die enge Kooperation der syrischen Regierung im sogenannten Krieg gegen den Terror wenig.

Das brutale Agieren von syrischen Sicherheitsdiensten, besonders des syrischen Geheimdienstes gegen vermutete oder tatsächliche Gegner Assads wurde nach 2011 von den westlichen Staaten scharf kritisiert. Dafür gab es auch mehr als genügend Gründe. Allerdings war diese plötzliche Empörung wenig überzeugend, da Syrien lange Jahre genau auf diesem Gebiet eng und gut mit den USA und ihren Verbündeten kooperierte. Ob dies aufgrund des politischen Drucks geschah, unter dem die syrische Regierung damals stand, oder aus eigenem Interesse an der Bekämpfung verschiedenster Gruppen, die stark vereinfacht als Al-Qaida zusammengefasst wurden; Fakt ist, dass die syrischen Geheimdienste Verdächtige, die aus Afghanistan und vielen anderen Ländern vom CIA verschleppt worden waren, unter Folter befragten und dass der syrische Staat auch zahlreiche und ausschlaggebende eigene Geheimdienstkenntnisse an die USA weitergab. Der BND¹³ und andere westliche Geheimdienste ließen sich die Gelegenheit, auf diese Weise an Informationen zu kommen, ebenfalls nicht nehmen. Damit übernahm Syrien in gewisser Weise die dreckige Arbeit für den CIA. Dennoch führte dies keineswegs zu einer politischen Annäherung zwischen den USA und der syrischen Regierung, die für den Mord an Hariri in 2005 verantwortlich gemacht wurde und die sich schon zuvor gegen den Irakkrieg gewandt hatte. Zudem ist für die USA die syrische Zusammenarbeit mit der iranischen Regierung einerseits und der Hisbollah andererseits als "Schiitische Achse" ein kontinuierlicher Dorn im Auge.

Besonders deutlich formulierte diese Konstante der US-Politik gegenüber Syrien der Senator John McCain bei einer Anhörung des Streitkräfteausschuss des US-Senates am 6. März 2012: "Der Sturz des Assad-Regimes würde die Lebenslinie der Hisbollah in den Iran durchtrennen, eine langjährige Bedrohung Israels beseitigen, die Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon stärken und dem iranischen Regime eine strategische Niederlage zufügen. Er wäre ein geostrategischer Erfolg ersten Ranges. Mehr als all die überzeugenden moralischen und humanitären Gründe liegt hier die Ursache, weshalb Assad nicht erlaubt werden kann, erfolgreich zu sein und an der Macht zu bleiben: Wir haben ein klares nationales Sicherheitsinteresse an seiner Niederlage. Und das allein sollte uns dazu ermuntern, beachtliche Risiken einzugehen, um dieses Ziel erreichen zu können."¹⁴

Dank Wikileaks¹⁵ ist bekannt, dass die damalige Bush-Administration seit mindestens 2006 oppositionelle Gruppen in Syrien direkt förderte und dass der damalige US-Botschafter sich dafür einsetzte, mit der, in Riad sitzenden und saudisch unterstützten, syrischen "Exilregierung" zu kooperieren.

Diese Form der indirekten Einflussnahme in Regionen ist nichts grundsätzlich Neues, sie signalisierte aber zu diesem Zeitpunkt durchaus den Beginn einer neuen Phase in der US-Außenpolitik. Die erste Euphorie, dass sich mit dem Angriffskrieg auf Afghanistan (seit 2001) und auf den Irak (seit 2003) tatsächlich ein westlich geformter "Greater Middle East" schaffen ließe, war verflogen. Die Situation in beiden Ländern erwies sich als zu wenig beherrschbar und die politischen Dynamiken im Irak förderten den Einfluss des "Erzfeindes" Iran deutlich. Genau die Eindämmung des schiitischen Halbmondes war und ist aber nach wie vor der Anspruch der meisten außenpolitischen Protagonisten in den USA.

Vor diesem Hintergrund führte die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice im Jahr 2006 den Begriff des "New Middle East" ein. Die grundlegende Herangehensweise an die Region war keineswegs so neu wie der Begriff vermuten lässt. Im Kern ging es nach wie vor um einen westlichen Neuordnungsanspruch für die gesamte Region. Eine Karte dieses "Neuen Mittleren Osten", die im Juni 2006 das erste Mal in einer Publikation des Armed Forces Journal veröffentlicht wurde, macht diesen arroganten und auch ignoranten neokolonialen Politikansatz besonders deutlich.

Der Autor dieser Karte des "New Middle East" war Oberstleutnant Ralph Peters. Peters war zu diesem Zeitpunkt als Oberst in der U.S. National War Academy tätig. Diese Karte ließ neue Staaten entstehen (Kurdistan), vergrößerte einige wenige (Jordanien und Jemen) und beschnitt das Territorium anderer Staaten deutlich (Türkei, Iran). Gleichzeitig wurden andere Staaten geteilt (Irak, Saudi-Arabien), während der zentrale Konflikt (Israel – Palästina) auch in dieser Karte eines angeblich besseren "Neuen Mittleren Osten" nach wie vor offen ist ("status undetermined"). Als die Karte veröffentlicht wurde, löste sie diplomatische Spannungen mit der türkischen Regierung aus, darüber hinaus wurde sie weitestgehend ignoriert. Als konkreten Plan sollte man diese Karte auch nicht überbewerten, als Indiz für die Art und Weise, auf die Teile der US-Administration mit dem Schicksal ganzer Länder umgehen, ist sie wohl leider doch ernst zu nehmen.

Ganz im Geist dieser neokolonialen Arroganz erklärte im Jahr 2006 Condoleezza Rice: "Was wir hier sehen [in Bezug auf die Zerstörung des Libanon und die israelischen Angriffe auf den Libanon] ist das Heran-

11) Glenn Greenwald, Wes Clark and the Syrian Mess, 26.11.2011, (Übersetzung C.H.)

12) BBC News, <http://news.bbc.co.uk>, 6.5.2002

13) Peter Blechschmidt: Mit Assads Spitzeln auf Du und Du, Süddeutsche Zeitung 13.2.2012.

14) Remarks by Senator John McCain on the Situation in Syria, 05.3.2012 (zit. als McCain 2012): <http://mccain.senate.gov/public/index.cfm?>

15) Craig Whitlock: U.S. secretly backed Syrian opposition groups, cables released by WikiLeaks show, washingtonpost.com, 17.4.2011.

wachsen – die Geburtswehen – eines 'Neuen Mittleren Osten' und was auch immer wir tun, wir müssen sicherstellen, dass wir uns vorwärts bewegen zum Neuen Mittleren Osten und nicht zurück zum Alten."¹⁶ Der Ansatzpunkt von Frau Rice war nicht das Leiden der Menschen im Libanon und auch nicht die Bedrohung im Norden Israels, sondern allein die Chance für eine Neugestaltung der Region. An dieser Stelle begrüßte sie wohl vor allem den erhofften schwindenden Einfluss von Syrien im Libanon.

Auch in den folgenden Jahren wurde der Ansatz der sogenannten "kreativen Zerstörung"¹⁷ weiterverfolgt. In einer 2016 freigegebenen Email von Hillary Clinton, die vermutlich 2012 geschrieben wurde, wird klar, dass sich die damalige Außenministerin zumindest einiger Risiken bewusst war, dass sie diese aber einkalkulierte, um gestalterische Möglichkeiten zur Veränderung der politischen Situation im Mittleren Osten zu haben. Sie wird aus der Email wie folgt zitiert: "Clinton führt weiter aus, dass ein Eingreifen in Syrien schwieriger sei als in Libyen, doch ein Erfolg [...] würde ein gestalterisches Ereignis für den Mittleren Osten bedeuten."¹⁸

Der Anspruch der USA, den Krieg in und um Syrien dafür zu nutzen, die Region nach eigenen Interessen umzugestalten, ist wohl auch dafür verantwortlich, dass eine gute Chance für einen Frieden im Jahr 2012 von den USA und ihren Verbündeten ausgeschlagen wurde. Der Diplomat Martti Ahtisaari¹⁹ berichtete im Guardian, dass damals ein russisches Angebot für eine Verhandlungslösung vorgelegen habe, das auch einen Rücktritt von Assad beinhaltet hätte. Offensichtlich in der Annahme, die eigene Agenda ohne Abstriche durchsetzen und einen militärischen Sieg über Assad ermöglichen zu können, ignorierte die US-Administration diesen Vorstoß.

Die Waffen des Krieges

Der Export von Rüstungsgütern in Spannungs- und Kriegsgebiete ist sowohl nach deutschem Recht, als auch durch entsprechende EU-Richtlinien und selbst durch internationales Recht (ATT – Arms Trade Treaty) verboten. Dennoch finden Waffen aus Deutschland und solche aus anderen westlichen Ländern immer wieder ihren Weg in diese Regionen, so auch im Fall von Syrien. Wenn aus Deutschland Waffen in Drittstaaten verkauft werden, dann unterschreiben diese Staaten eine sogenannte Endverbleibserklärung.²⁰ Da die ministerielle Bürokratie zwar viel Wert auf das Abheften dieser Erklärungen legt,

aber keinerlei personelle Ressourcen zur Kontrolle des Verbleibs der Waffen hat, ist hier dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Es ist davon auszugehen, dass zahlreiche der Waffen, besonders im Bereich der Kleinwaffen, die in den letzten Jahren in die Golfstaaten oder auch in die Türkei geliefert wurden, auf diesem Weg auch nach Syrien kamen. Zudem sind zahlreiche der Waffen, die zu Ausbildungszwecken von der Bundeswehr und ihren NATO-Verbündeten in den Irak geliefert wurden, zwischenzeitlich bei den Truppen des Daesh/IS gelandet. Der WDR berichtete: "Sturmgewehre vom Typ G3, Baujahr 1986, werden auf den Märkten zu einem Preis von 1.450 bis 1.800 US-Dollar angeboten. Die Pistole P1 des deutschen Herstellers Walther lag im Schaufenster eines Waffengeschäftes in Suleymanniya aus – sie wurde für 1.200 US-Dollar angeboten und war noch in einem Karton mit deutscher Beschriftung originalverpackt."²¹ Viele der Waffen dürften aber auch ohne den Umweg über den irakischen Schwarzmarkt den direkten Weg nach Syrien gefunden haben, da zahlreiche Kämpfer – nicht nur, aber auch abhängig davon, wer den besten Sold bezahlt – ihre Loyalitäten wechseln.²²

Im Falle Syriens ist auffällig, dass neben dieser fast schon "normalen" Form der Proliferation von Waffen auch eine massive und systematische Ausrüstung von Rebellenformationen stattgefunden hat. Das Recherchenetzwerk "Balkan Investigative Reporting"²³ hat akribisch nachvollzogen, wie seit 2012 nahezu eine "Waffen-Pipeline" aus dem Balkan in den Nahen und Mittleren Osten entstand. Anfänglich wurden dutzende von Frachtflugzeugen mit Waffen und Munition beladen, die noch aus jugoslawischen Beständen kamen. Die Flugzeuge starteten von Zagreb aus, die Ladung wurde von saudischen Geldgebern bezahlt und das Entladen fand in Jordanien statt. Die Verbindung zwischen Käufern und Verkäufern soll laut einem Bericht der New York Times in Washington hergestellt worden sein. Zuerst handelte es sich überwiegend um ältere Waffen aus den 1970er und 1980er Jahren. Besonders beliebt waren Panzerabwehrwaffen, Munition für Maschinengewehre, Projektile für Mörser und ähnliches. Die Behörden in Bulgarien, Kroatien und anderen Balkanländern verwiesen darauf, dass sie die Waffen nur in die Golfstaaten exportieren würden und dass gegen diese kein Waffenembargo bestehe. Dass Flugzeugladungen voller alter Waffen sowjetischer Bauart zum Verbleib in den Golfstaaten, die sonst nur die modernsten Waffen für ihre Armeen einkaufen, vorgesehen sind, das ist jedoch äußerst unwahrscheinlich.

16) Secretary of State Condoleezza Rice, Special Briefing on the Travel to the Middle East and Europe, Press Conference, US State Department, 21.7.2006, Washington D.C.; zitiert nach: Mahdi Darius Nazemroaya, Global Research, 1.10.2016 (Übersetzung C.H.).

17) Kark LeVine: The New Creative Destruction, 22.8.2006, Asia Times.

18) IMI-Aktuell, 2016/403, 13.7.2016

19) Julian Borger und Bastian Inzaurrealde: West 'ignored Russian offer in 2012 to have Syria's Assad step aside', Guardian 15.9.2015.

20) http://www.bafa.de/DE/Aussenwirtschaft/Ausfuhrkontrolle/Antragsstellung/Endverbleibsdokumente/endverbleibsdokumente_node.html

21) http://www.ndr.de/der_ndr/presse/mitteilungen/Bundeswehr-Waffen-auf-dem-Schwarzmarkt-im-Nordirak-,pressemeldungndr16758.html

22) Vgl. <http://web.stanford.edu/group/mappingmilitants/cgi-bin/>

23) <http://www.balkaninsight.com/en/article/making-a-killing-the-1-2-billion-euros-arms-pipeline-to-middle-east-07-26-2016>

Im Juni 2015 sorgte ein tödlicher Unfall dafür, dass aus der vermuteten Kooperation zwischen Rüstungsproduzenten im postsowjetischen Balkanraum, US-amerikanischen Geldgebern und syrischen Rebellen Gewissheit wurde. Ein Mitarbeiter der US-Firma Purple Shove²⁴ löste beim Munitionieren eines Raketenwerfers auf einem bulgarischen Testgelände eine Explosion aus; er kam dabei ums Leben, zwei weitere US-Bürger und zwei Bulgaren wurden verletzt. Purple Shovel hatte für insgesamt 28,3 Millionen Dollar einen Auftrag vom US-Amerikanischen Special Operations Command (SOCOM) erhalten, syrische Kämpfer mit Waffen und Munition auszurüsten und sie im Einsatz dieser Waffen zu trainieren. Diese Aufgaben überträgt das SOCOM vorzugsweise Söldnern wie dem Navy-Veteranen, der bei diesem Zwischenfall verstorben ist. Den öffentlich einsehbaren Bilanzen des SOCOM ist zu entnehmen, dass dies keineswegs der einzige vergleichbare Auftrag war.

Vertreter des Recherchenetzwerks BIRN sprachen 2015 mit Rebellen-Kommandeuren aus Idlib und Aleppo, die beschrieben, wie die Verteilung der Waffen aus dem Balkan an die oppositionellen Kräfte über zwei sogenannte "military operations rooms" in der Türkei und in Jordanien abgewickelt wurde. Die Rüstungsgüter wurden im Anschluss im LKW über die Grenze nach Syrien gebracht oder aus Militärflugzeugen abgeworfen.

Insgesamt wurden seit 2012 über die Balkanroute Waffendeals im Wert von mindestens 1,2 Milliarden Euro vertraglich abgewickelt. Allein Saudi-Arabien bestellte seit 2012 Waffen im Wert von 829 Millionen Euro, die mit größter Wahrscheinlichkeit nicht für die eigene Armee gedacht sind. Um einen Einblick in die Natur dieser Waffendeals zu geben, sei hier kurz der Inhalt einer einzelnen saudischen Bestellung²⁵ aus dem Jahr 2013 dokumentiert:

Eine Waffenbestellung aus Saudi-Arabien 2013	
AK-47 Gewehre	10.000 Stück
Andere Maschinengewehre	6.301 Stück
Raketen- und Granatenwerfer	18.500 Stück
Panzer	300 Stück
Luftabwehr-Geschütze	250 Stück
Mehrfachraketenwerfer	90 Stück
Munition (verschiedene Typen)	364,55 Millionen Stück
Lawrence Marzouk u.a.: BIRN 27. Juli 2016, S. Fußnote 25	

Während die Balkanroute für die Flüchtlinge, die auch eine Folge dieser Exporte sind, längst hermetisch geschlossen ist, gehen die Waffengeschäfte weiter. Da zwischenzeitlich offensichtlich die Bestände aus Zeiten vor 1990 weitgehend geleert sind, stammen die Waffen, die auf diesem Wege auf die Schlachtfelder in Syrien (und manche wohl auch in Jemen) geschickt werden, aus aktueller Produktion.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, sei an dieser Stelle daran erinnert, dass der Waffenhandel zwischen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder den USA und den Golfstaaten einen wesentlich größeren Umfang hat als die Rüstungsgüter, die aus dem Balkan in die Region fließen. Allein im Jahr 2015 und im ersten Halbjahr 2016 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte im Gesamtumfang von über 750 Millionen Euro an Saudi-Arabien.²⁶ Allerdings handelt es sich bei diesen Waffenlieferungen in der Regel um deutlich komplexere Waffensysteme, deren Produktion längere Zeiträume umfasst und deren Anwendung nur nach aufwändiger Trainingsphase möglich ist. Die Lieferungen aus dem Balkan zeigen die unbedingte Entschlossenheit der Auftraggeber (USA und Golfmonarchien), den Bürgerkrieg in Syrien mit Waffen und Munition zu versorgen, die sofort einsatzbereit sind. Durch dieses gezielte Fluten von aufständischen Milizen mit Waffen, deren Nutzung in der Region jeder gelernt hat, der seinen Wehrdienst abgeleistet hat, wurde der Konflikt in Syrien bewusst umfassend militarisiert. In diesem Kontext war ziviler politischer Protest nahezu unmöglich, und aus dem innersyrischen Konflikt wurde ein Stellvertreterkrieg, in dem sowohl regional als auch global Zug um Zug mehr Akteure mitmischten.

Jeder gegen jeden – Regionaler und globaler Stellvertreterkrieg

Die sehr schnelle Militarisierung des Aufstandes in Syrien machte nahezu alle Bevölkerungsgruppen in Syrien zu Verlierern. Etwa eine halbe Million Menschen starben bisher. 1,2 Millionen wurden zum Teil schwer verwundet und etwa die Hälfte der Bevölkerung befindet sich auf der Flucht. Sie halten sich als Binnenflüchtlinge im eigenen Land oder in den Nachbarländern auf oder sie versuchen, den zunehmend hermetisch abriegelten Westen auf immer gefährlicheren Routen zu erreichen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen in Syrien ist laut eines Berichtes des Syrian Center for Policy Research aus dem Jahr 2016 von 70 auf 55 Jahre gefallen.

Ohne die massive Einflussnahme von außen wäre der Bürgerkrieg wahrscheinlich längst beendet. Wenn sich die Proteste überhaupt je zu einem umfassenden Bürgerkrieg entwickelt hätten, dann hätte die syrische Regierung ihn wahrscheinlich gewonnen, da sie neben der offiziellen Armee, die teils von Desertion betroffen war, auch über gut organisierte offizielle (100.000 Mann) und inoffizielle (Shabiha) Milizen verfügte, die für zahlreiche brutale Übergriffe gegen Protestierende verantwortlich gemacht werden.

Trotzdem ist auch ein Sieg von Assad ohne äußere Unterstützung keinesfalls völlig sicher, da auch dieses Szenario hypothetisch ist. Schon längst vor dem di-

24) Mariya Petkova, War geins. Bulgarian Arms Add Fuel to Middle East conflicts, 21.12.2015, S. 7.

25) Lawrence Marzouk u.a.: Making a killing: The 1.2 Billion Euro Arms Pipeline to the Middle East, BIRN 27. Juli 2016

26) GKKE: Rüstungsexportbericht 2016, S. 12.

rekten militärischen Eingreifen Russlands in den Syrienkrieg stand Assad nicht alleine da und er konnte sich auf Verbündete stützen, die nahezu alles taten, um ihn an der Macht zu halten. Während die USA zusammen mit ihren europäischen und Golfstaaten-Verbündeten auf die Unterstützung (teils unterschiedlicher) Aufständischer setzten, standen der Iran und die libanesische Hisbollah unverbrüchlich an der Seite Assads. Die iranische Regierung unterstützte Assads Militär von Anfang an mit "Beratern", mit Waffenlieferungen und in Form von Training. Auch ökonomisch hängt das Überleben des syrischen Staates ab von iranischer Hilfe. Über die Höhe der Kredite von Teheran nach Damaskus gibt es die unterschiedlichsten Spekulationen. Plausibel verbürgt ist eine Kreditzusage aus dem Jahr 2013 in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar, die in 2015 um eine weitere Milliarde erhöht wurde. Der Iran ist mit mehreren tausend Kämpfern²⁷ in Syrien präsent. Dabei handelt es sich überwiegend um Angehörige der Revolutionsgarden und um Söldner, die aus afghanischen Flüchtlingen rekrutiert werden. Für diese ist der Sold für den Kampf in Syrien häufig die einzige Möglichkeit, Geld für ihre Familien zu verdienen. Dass es hier tatsächlich nicht nur um Beratertätigkeit geht, sondern um direkte Mitwirkung im Syrienkrieg, zeigt allein schon die Tatsache, dass es bisher etwa 500 Todesopfern unter den iranischen Kämpfern gab. Ähnlich sieht die Situation bezüglich der sechs- bis achtausend Hisbollah-Kämpfer aus, die ebenfalls fest an der Seite Assads stehen.

Es lag also zu keiner Zeit allein an den Kräfteverhältnissen in Syrien, wer sich durchsetzen konnte, wer seine Kämpfer bezahlen, ausrüsten, mit Informationen versorgen oder trainieren konnte.

USA und Russland

Auch wenn die USA bisher nicht offen in den Bodenkrieg in Syrien eingegriffen haben, so ist doch unterhalb dieser Schwelle nahezu alles geschehen, was für eine Supermacht und ihre Verbündeten militärisch möglich ist.

Die USA versuchten, in zwei Trainingsprogrammen sogenannte gemäßigte Rebellen auszubilden. Das Programm des US-Militärs verschlang etwa 500 Millionen Dollar, es konnte am Ende aber kaum ein signifikantes Ergebnis dieser Bemühungen präsentiert werden. Die erste "Marge" an zertifizierten Kämpfern, die sogenannte Division 30, die ohnehin nur aus 54 Kämpfern bestand, wurde innerhalb kürzester Zeit aufgegeben. Die zweite Marge bestand aus 70 bis 75 Mann und übergab ihre Waffen direkt an den Al-Qaida-Ableger Jabhat al-Nusra.²⁸ Der politische Skandal, den dieses Programm ausgelöst hatte, führte dazu, dass es im Oktober 2015 eingestellt wurde. Gleichzeitig betreibt der CIA aber ein wesentlich umfangrei-

cheres, teureres und leider auch erfolgreicherer Ausbildungsprogramm, das nicht eingestellt wurde. Durch dieses Programm wurden "seit 2013 geschätzt 10.000 Kämpfer der gemäßigten syrischen Opposition gegen Assad bewaffnet, finanziert und ausgebildet." Ausbildung und Waffen kamen ursprünglich überwiegend "der sogenannte 'Freien Syrischen Armee'" zugute, die ihrerseits nicht selten Bündnisse mit radikaleren Kräften einging. "Eine Analyse der Geographie der Geländegewinne durch 'moderate' Rebellen während dieses Zeitraums [ab 2013] und Kriegsberichte zeigten, dass CIA-unterstützte Gruppen mit Jaysh al-Fateh kollaborieren, einer islamistischen Koalition, in der der offizielle Al-Qaida Ableger in Syrien, Jabhat al-Nusra, eine führende Rolle spielt."²⁹ Diese Kooperation ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht aus ideologischer Nähe, sondern aus der Not heraus geboren, de facto stärkt aber die westliche "Anti-Terror-Koalition" auf diesem Weg genau die Kräfte, die sie zu bekämpfen vorgibt. Im Kontext welcher politischer Formation die CIA-ausgebildeten Kämpfer heute noch aktiv sind, besonders nach dem de facto Zusammenbruch der "Freien Syrischen Armee", ist nicht bekannt. Klar ist, wenn Waffen einmal in einer Konfliktregion sind und Kämpfer einmal ausgebildet sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass dies weiter destabilisierend wirkt, sehr hoch und vieles deutet darauf hin, dass dies auch genau so gewollt ist.

Russland hat ein klares strategisches Interesse, in Damaskus eine Regierung vorzufinden die es zu seinen Alliierten zählen kann. Der Marinestützpunkt Tartus wird auf Grundlage eines 1971 unterzeichneten Vertrages von sowjetischen Marineeinheiten genutzt und ist heute der einzige russische Militärstützpunkt am Mittelmeer. Deswegen ist es nicht weiter verwunderlich, dass Russland diesen Stützpunkt ausbaute und der syrischen Regierung von Beginn des Krieges an mit Militärberatern zur Seite stand.

Im Januar 2014 verstärkte Russland die Lieferungen von militärischen Ausrüstung an das syrische Militär, dazu gehörten gepanzerte Fahrzeuge, Drohnen und Lenkflugkörper. Gegen Ende des Sommers 2015 erweiterte Russland sein militärisches Engagement auf Seiten Assads noch einmal deutlich und stellte der syrischen Armee in stattlichem Umfang Ausbildung und logistische Unterstützung zur Verfügung. Ab September 2015 startete das russische Militär eine umfangreichen Angriff, vor allem aus der Luft, auf alles, was aus Sicht der russischen und syrischen Regierung als Terroristen gilt. Darunter zahlreiche Gruppierungen, die für die NATO- oder die Golfstaaten als Aufständische oder gemäßigte Rebellen gelten.

Seitdem ist das Regime in der Lage, militärische Fortschritte von verschiedenen oppositionellen Streitkräften zu stoppen und Gebiete zurückzugewinnen.

27) Sam Dagher: Iran 'Foreign Legion' Leads Battle in Syria's North. Forces backed by Tehran press assault in Aleppo, Wallstreet Journal 17.2.2016

28) Nabih Bulos: US-trained Division 30 rebels 'betray US and hand weapons over to al-Qaeda's affiliate in Syria', The Telegraph, 15.9.2015.

29) Daved Gartenstein-Ross und Nathaniel Barr: The CIA's Syria Program and the Perils of Proxies

Trotz ihrer Rivalitäten gab es bisher nie ersthafte Zwischenfälle, in denen russisches und US-amerikanisches Militär aufeinander getroffen wäre. Angesichts der zahlreichen Flugbewegungen im syrischen Luftraum ist dies kein Zufall, sondern liegt an "technischen Absprachen" zwischen den beiden Akteuren. Eine politische Kooperation wird (zumindest bisher) ausgeschlossen – obwohl beide Seiten in der Zwischenzeit ähnlich lautstark erklären, ihr Hauptziel wäre es, den Daesh zu besiegen.

Türkei

Die türkische Regierung war von Anfang an ein Akteur im Syrienkrieg. Sie setzte im Bürgerkrieg schwerpunktmäßig auf die Unterstützung islamistischer Kräfte und arbeitete Seite an Seite mit den USA und den Golfmonarchien an der Ausrüstung der sogenannten gemäßigten Opposition. Dabei wurden auch immer wieder jihadistische Kräfte gefördert, besonders wenn diese gegen die kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen in Nordsyrien agierten. Doch trotz dieser massiven Einflussnahme in den Syrienkrieg, griff das türkische Militär lange Zeit kaum direkt in den Krieg ein. Erst nachdem russische Kampfflugzeuge begannen, an der Seite Assads einen Bombenkrieg zu führen, kam es vereinzelt zu Konfrontationen zwischen türkischem und russischem Militär, inklusive des Abschusses eines russischen Militärflugzeuges im November 2015. Die Rivalität zwischen der Türkei und Russland ist allerdings in dem Maße geringer geworden, in dem auch die Türkei den Kampf gegen den Daesh zu einer Priorität erklärt hat. Die Regierung nutzt zudem geschickt die Spannungen zwischen NATO-Staaten und Russland, um selbst mehr außenpolitischen Spielraum zu haben. Gezielt streut die türkische Regierung immer wieder Gerüchte von einer Öffnung des Flughafens Incirlik für Russland.³⁰

Im August 2016 startete die Türkei mit der Operation "Euphrates Shield" die erste umfassende Bodenintervention seit Beginn des Krieges in 2011. Das erklärte Ziel des türkischen Militärs unterschied sich nicht von dem der westlichen und russischen Militärs, auch hier wurde der "Kampf gegen den Terror" als Vorwand für die Durchsetzung eigener Interessen in Syrien instrumentalisiert. Das wesentliche Interesse der türkischen Regierung war die Schwächung der kurdischen Kräfte im Norden Syriens, die in den Monaten vor der türkischen Intervention weite Teile der syrisch-kurdischen Grenzregion unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Dabei riskierte die türkische Regierung durchaus bewusst eine Konfrontation mit den Interessen ihrer US-amerikanischen Verbündeten. Nicht nur, aber auch die US-amerikanischen Gedankenspiele über neue Grenzverläufe im Nahen Osten, die eventuell zulasten der Türkei gehen könnten, machen die türkische Regierung in der kurdischen Frage nervös und in

der Folge ausgesprochen aggressiv. Die Kontrolle der Grenze durch kurdische Kräfte macht zudem die Einflussnahme der Türkei auf den Krieg in Syrien deutlich schwieriger.

In der konkreten Abwägung zwischen der Bedeutung westlicher Militärbasen in der Türkei und der Nützlichkeit kurdischer Kräfte als Bodentruppen der westlichen Staaten, entschieden sich die USA und ihre Verbündeten, einschließlich Deutschland, für die Kooperation mit der Türkei. Der Flüchtlingsdeal, den die EU-Staaten mit der Türkei abgeschlossen haben, macht die EU-Staaten zusätzlich erpressbar.

Deutsche Einflussnahme

Deutschland gehört erst seit der Militäroffensive der französischen Regierung nach den Anschlägen von Paris offiziell zu einer Syrienkriegskoalition. Doch die deutsche Regierung spielte schon längst vor diesem Zeitpunkt eine Rolle im Syrienkrieg.

Die Deutsche Regierung war von Anfang an Teil der sogenannten "Freunde Syriens", einer im Februar gegründeten Allianz zur Unterstützung des Regime-Change in Syrien. Zusammen mit den USA, Frankreich, der Türkei, Jordanien, Katar, Saudi-Arabien, Ägypten, Italien, Großbritannien und der Vereinigten Arabischen Republik ist Deutschland Teil der Führungsgruppe der "Freunde Syriens". Sie anerkannten den "Syrischen Nationalrat" Ende 2012 offiziell als "legitime Vertretung des syrischen Volkes". Eine wie auch immer geartete demokratische Legitimation gab es nicht, dennoch wurde im Juli 2013 mit deutscher Unterstützung ein Verbindungsbüro, also eine de facto-Botschaft, des Nationalrates in Berlin eröffnet.

Auf Drängen Deutschlands wurde der ökonomische Druck auf Syrien rasch erhöht und auf EU-Ebene wurden im Mai 2012 erste Sanktionen beschlossen. Diese Sanktionen bestehen nicht nur aus einem Öl-Embargo, sondern auch aus einer Blockade jeglicher Finanztransaktionen und einem Handelsverbot für sehr viele Güter und Produkte. Dies wirkt sich besonders verheerend auf die Zivilbevölkerung Syriens aus. In einem Appell, den kirchliche Würdenträger aus Syrien im Mai 2016 veröffentlichten, werden die Konsequenzen des Embargos drastisch geschildert: "In diesen fünf Jahren haben die Sanktionen gegen Syrien dazu beigetragen, die syrische Gesellschaft zu zerstören: Sie lieferten sie dem Hunger, Epidemien und Elend aus [...]. Die Sanktionen vergrößern die Schäden durch den Krieg [...]. Dazu kommt, dass das Embargo die Syrer, die sich bereits vor dem Krieg im Ausland niedergelassen haben, daran hindert, ihren Verwandten und Familienangehörigen im Heimatland Geld zu überweisen. Selbst Nichtregierungsorganisationen, die Hilfsprogramme durchführen möchten, können ihren Mitarbeitern in Syrien kein Geld schicken. Firmen, Stromwerke, Wasserwerke und

30) <http://www.handelsblatt.com/politik/international/basis-in-incirlik-erdogan-legt-sich-mit-der-nato-an/19219334.html>

Krankenhäuser sind gezwungen, zu schließen, weil sie keine Ersatzteile und kein Benzin bekommen können.³¹ Zu einer ähnlich vernichtenden Bilanz der Sanktionen kam auch ein Bericht der Vereinten Nationen³² vom Oktober 2016.

Besonders bizarr wurde das deutsche Regierungshandeln, als im Kontext der "Freunde Syriens" verschiedene Aufgaben für die Zeit nach dem Sturz Assads verteilt wurden und Deutschland im April 2012 an der Seite der Vereinigten Arabischen Emirate die Verantwortung für die Arbeitsgruppe "Wirtschaftlicher Wiederaufbau für Syrien" übernahm. In diesem Kontext wurden nicht nur diverse Trainingskurse und Runde Tische zur Implementierung neoliberaler Reformen abgehalten, sondern auch eine Investorenkonferenz durchgeführt. Hier wurde also einerseits versucht, die (antizipierte) Beute zu verteilen und andererseits an die (vorläufig) gescheiterten EU-Reformen anzuknüpfen. In eine ähnliche Richtung wies das Projekt der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik, die im Rahmen des Projekts (The Day After) die ökonomische und politische Zukunft Syriens mit ausgewählten Oppositionellen plante.

Immer wieder gab es Berichte (FAZ, 15.5.2013), dass humanitäre Hilfe auf Anweisung des Auswärtigen Amtes zur einseitigen Unterstützung von Bürgerkriegsfraktionen instrumentalisiert wurde.

Kurz vor Weihnachten 2012 beschloss der Bundestag mehrheitlich die Stationierung von Patriot-Raketensystemen in der Türkei, womit Deutschland sowohl praktisch als auch symbolisch die türkische Syrienpolitik unterstützte. In regelmäßigen Abständen war die deutsche Marine mit dem Flottendienstboot Oker vor der syrischen Küste aktiv. Dieses Spionageschiff dient der Signalerfassung und kann sowohl zivile als auch militärische Kommunikation erfassen, auch wenn sie hunderte von Kilometern entfernt im syrischen Landesinnern stattfindet. Die Aufklärungsergebnisse wurden zumindest teilweise den NATO-Verbündeten zur Verfügung gestellt, dazu gehört auch die Türkei. Ob diese oder die USA die Erkenntnisse auch der militärischen Opposition zur Verfügung gestellt haben, ist nicht bekannt – aber auch nicht auszuschließen.

Deutschland gehörte zwar nicht der internationalen "Anti-IS-Koalition" an, die ab September 2014 mit Luftangriffen auf Syrien begann, unterstützt diese Koalition aber durch deutsche Präsenz in der Türkei sowie durch die Lieferung von Aufklärungsinformationen. Ende 2015 wurden dann Bundeswehrsoldaten und AWACS-Flugzeuge nach Konya (Türkei) verlegt. Ihre Aufgabe ist die Luftaufklärung im Kontext der westlichen Bombardements auf Syrien. Zusätzlich entsandte die Bundeswehr Anfang 2016 vier Tornados nach Incirlik. Diese Luftwaffenbasis, auf der auch Atomwaffen stationiert sind, wird mit deutschen

Steuermitteln in Höhe von etwa 60 Millionen Euro ausgebaut.³³ Offensichtlich werden diese Pläne trotz der diplomatischen Verstimmungen zwischen Berlin und Ankara vorangetrieben. Zu groß sind wohl die gemeinsamen geostrategischen Interessen in der Region.

Daesh / Islamischer Staat

Was in den Plänen der US-Kriegsstrategen vorläufig nur Gedankenspiele waren, das gelang dem Daesh im Jahr 2014 innerhalb kürzester Zeit; er veränderte die postkoloniale Landkarte des Nahen Ostens.

Der Daesh trat im Jahr 2013 das erste Mal im syrischen Bürgerkrieg in Erscheinung. Seine Entstehung ist ohne die US-Invasion im Irak kaum denkbar. Die Barbarei des damaligen Regime-Change-Feldzuges gegen die Regierung von Saddam Hussein, die "Shock and Awe" ("Furcht und Schrecken") als Strategie einsetzte und deren Gefängnismanagement auf Folter und Demütigung setzte, legte die Grundlagen für das, was später als Daesh bekannt wurde. In den Gefängnissen trafen zwei Gruppen aufeinander, die sich bis 2003 gegenseitig bekämpft hatten: ehemalige irakische Militärs, die eher säkularen Idealen verpflichtet waren, und Angehörige von Terrororganisationen, die teils Al-Qaida nahestanden. Die gemeinsamen Erfahrungen in den Gefängnissen und die politische (und ökonomische) Perspektivlosigkeit der Milieus, die Saddam Husseins Irak lange Zeit stabil hielten, schuf ein Gemisch aus militärischer Expertise und ideologischer Härte, das Irak und Syrien grundlegend erschüttern sollte.

Mit einer massiven Medienkampagne, die gekonnt die Reaktion westlicher Medien instrumentalisierte, konnte der Daesh sich nahezu parallel sowohl auf dem Schlachtfeld als auch in den Medien etablieren. Mit barbarischen und brutalen Exekutionen generierte der Daesh Bilder, die Aufmerksamkeit erregen sollten. Die Bilder wurden über eigene Medienkanäle, vor allem über soziale Medien, verbreitet, aber auch über die Mainstreammedien des Westens.

Dass diese neue Kraft auch für Syrien eine Bedeutung haben würde, war US-Geheimdiensten bereits 2012 klar. Ein als Verschlussache klassifiziertes Dokument der DIA (Defence Intelligence Agency) kam zu dem Ergebnis: "Die Salafisten, die Moslembrüder und AQI" (Al-Qaida im Irak) hätten sich zu den "wesentlichen Kräften, die den Aufstand in Syrien vorantreiben", entwickelt. Nun ist der Daesh keineswegs eine lineare Weiterentwicklung von AQI, dazu sind ihre Strategien durchaus zu unterschiedlich, aber sie sind doch aus Machtkämpfen innerhalb von AQI entstanden und können vielleicht stark vereinfacht als eine sehr erfolgreiche Abspaltung beschrieben werden. Die Feindschaft zwischen der Assad-Regierung und den

31) http://antikrieg.com/aktuell/2016_06_18_appell.htm

32) Humanitarian Impact of Syria-Related Unilateral Restrictive Measures 10/2016.

33) <http://augengeradeaus.net/2016/09/ausbau-incirlik-der-sachstand/>

Muslim-Brüdern ist tief – spätestens seit diese 1982 die Kontrolle über die Stadt Hama übernommen hatten und Assad Senior die Stadt bombardieren ließ, was zu sechs- bis zwanzigtausend Toten führte. Zu einem deutlich späteren Zeitpunkt, im Jahr 2014, erklärte der damalige US-Vizepräsident Joe Biden: "Tatsache ist [...] es gab keine moderate Mitte [...] unsere Verbündeten in der Region waren unser größtes Problem in Syrien [...]. Sie haben alle, die gegen Assad kämpfen wollten, mit Hunderten Millionen von Dollars und [...] Tausenden Tonnen Waffen überschüttet, wobei jedoch die Personen die beliefert wurden, von Al Nusra und al Qaida waren [...]"³⁴

Joe Bidens Aussage trifft sicher nicht auf die gesamte syrische Opposition zu, nicht einmal auf die gesamte bewaffnete Opposition. Es gibt auch jenseits der kurdischen Kräfte Gruppierungen, die sich schlicht zur Selbstverteidigung bewaffnet haben. Es geht hier nicht darum, Bürgerkriegsfraktionen zu entschuldigen, sondern klar zu machen, dass die USA und ihre Golfstaaten-Verbündeten recht gezielt die Kräfte ausgestattet haben, die aus ihrer Sicht militärisch relevant und politisch kalkulierbar (also nicht links) erschienen. Unter diesen gab es tatsächlich so gut wie keine gemäßigten Kräfte.

Die Stärke des Daesh lag nicht zuletzt auch an dem großen Zulauf an internationalen Kämpfern, die nicht selten über die Medienkampagne des Daesh mobilisiert wurden. In den Jahren 2014 und 2015 waren es nach unbestätigten Angaben bis zu 31.000. Viele sind in den Kämpfen mit der syrischen Armee, mit anderen Aufständischen, aber auch durch den Luftkrieg der sogenannten Anti-Terrorkoalition gefallen. Mitte 2016 waren davon noch maximal 25.000 übrig, andere Schätzungen gehen nur noch von 15.000 aus. Nach Einschätzung der "Foreign Terrorist Fighters" (FTF),³⁵ einer Arbeitsgruppe der sogenannten Anti-IS-Koalition, hat sich der Zulauf zum Daesh im Laufe des Jahres 2016 um etwa 75 Prozent reduziert.

Anfang 2016 musste der Daesh seine Soldzahlungen auf die Hälfte reduzieren.³⁶ Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung waren die stark gesunkenen Einnahmen aus dem Ölverkauf. Zudem erweist sich der internationale Zustrom für den Daesh auch als Sicherheitsrisiko. Da die Nervosität zunimmt, dass sich unter den Neuankömmlingen auch Agenten westlicher Sicherheitsdienste befinden, nehmen Verdächtigungen und Paranoia zu. Es gibt Berichte, nach denen im Frühsommer 2016 innerhalb weniger Wochen "50 Kämpfer als Spione hingerichtet"³⁷ wurden. Auch wenn der Daesh militärisch schwächer wird, so ist er noch lange nicht besiegt. Im bisherigen Verlauf

des syrischen Krieges wichen Daesh-Kämpfer bei massiven militärischen Kämpfen häufig aus und sicherten sich Geländegewinne in anderen Regionen.

Doch auch wenn ein militärischer Sieg in Syrien möglich sein könnte, so ist der Preis dafür ein sehr hoher: völlig zerstörte Städte, Tausende von Toten und die Schaffung von noch mehr Gründen für Trauer, Verzweiflung und schließlich Wut gegen "den Westen". Also genau die Grundlage, auf der jihadistischer Terror gedeiht.

Es ist deshalb ein strategischer Fehler des Westens, den Fokus auf die militärische Bekämpfung des Daesh zu legen. Zum einen geht damit die Medienstrategie des Daesh auf (siehe oben), der seine regionale und internationale Unterstützung auch der starken Präsenz in den Medien zu verdanken hat, zum anderen sorgt jede Gräueltat westlicher Militärs bei der Bekämpfung des Daesh für eine Festigung der Feindbilder, die der Daesh braucht, um Unterstützer gegen den "barbarischen Westen" und gegen seine "Stellvertreter/Marionetten" vor Ort (irakische Regierung, syrische Regierung etc.) zu mobilisieren.

Wer sind die bewaffneten Aufständischen?

Mehrere Studien des Centre for Religion&Geopolitics, dessen Schlussfolgerungen man nicht in allen Einzelheiten teilen muss, der aber relativ solides empirische Material zusammengetragen hat, beschäftigen sich mit der Frage, wer die bewaffneten Aufständischen in Syrien sind und welche ideologischen Ziele sie verfolgen. Die Autoren weisen darauf hin, dass es zahlreiche weitere Gruppierungen in Syrien, aber auch weit jenseits der Grenzen dieses Landes gibt, die eine vergleichbare Ideologie und vergleichbare Ziele verfolgen. Sie berichten von "15 Gruppen, die [in Syrien] als Nachfolger von ISIS bereitstehen."³⁸

Die Forscher hatten im Verlauf des Jahres 2015 die 48 relevantesten Rebellenfraktionen untersucht und ermittelten dabei, dass etwa ein Drittel dieser Gruppen mit insgesamt ungefähr 100.000 Kämpfern, eine ähnliche ideologische Grundlage hat wie der Daesh (ISIS), die man verkürzt als salafistisch-jihadistisch bezeichnen könnte. Etwa 60 Prozent der bewaffneten Aufständischen verfolgen ein Staatsmodell, in dem das islamische Recht eine zentrale Rolle spielt, dabei sind jedoch durchaus verschiedene Modelle vertreten. Das Spektrum reicht von Gruppierungen, die demokratische und islamische Werte verbinden wollen (27 %), bis zu solchen, die auf autoritär-theokratische Herrschaftsformen (33 %) setzen. Unter diesen Gruppen sind mindestens vier, die von den USA "über-

34) <http://foreignpolicy.com/2014/10/07/joe-biden-is-the-only-honest-man-in-washington/>

35) <https://www.thegctf.org/Working-Groups/Foreign-Terrorist-Fighters>

36) Alfred Hackensberger: Dem IS gehen die ausländischen Kämpfer aus, Die Welt 18.6.2016

37) Alfred Hackensberger: Dem IS gehen die ausländischen Kämpfer aus, Die Welt 18.6.2016

38) Centre on Religion & Geopolitics (12/2015): If the castle falls. S. 3.

prüft" und mit Panzerabwehrwaffen aus gestattet wurden: Liwa Muhajirin wal-Ansar, Faylaq al-Rahman, Harakat Nour al-Din al-Zenki und die Erste Küsten Division.³⁹

Weitere 23 % der untersuchten Gruppen sind ideologisch ambivalent. Dazu gehörten viele, die sich der "Freien Syrischen Armee" angeschlossen hatten, die aber je nach Notwendigkeit auch keine Probleme damit hatten, zusammen mit Extremisten zu kämpfen. Teils kämpften sie auch gegen diese – die Allianzen wechselten nicht selten. Zudem wechselten auch individuelle Kämpfer, teils als ganze Gruppe, von einer Fraktion zur nächsten.

Der kleine Rest von etwa 16 % der Aufständischen gehört zu Selbstverteidigungskräften, die ideologisch teils progressiv oder auch gar nicht festgelegt sind. Dazu gehören neben den kurdischen Selbstverteidigungskräften (6 %) auch religiöse (z.B. Assyrische Christen in Ost-Syrien) und ethnische Gruppierungen.

Die Schlussfolgerung der Autoren aus der Tatsache, dass nach einem eventuellen militärischen Sieg über den Daesh zahlreiche weitere salafistisch-jihadistischen Gruppen deren Rolle übernehmen könnten (sowohl regional als auch international) ist nicht die Forderung, diese anderen Gruppen ebenfalls militärisch zu bekämpfen. Sie weisen vielmehr darauf hin, dass es ein strategischer Fehler wäre zu glauben, dass sich das Problem Daesh (und anderer Jihadisten) militärisch lösen lässt.

"Wir können eine Ideologie nicht bombardieren, unser Krieg ist ein ideologischer."⁴⁰ Wesentlicher Ansatzpunkt für diesen "ideologischen Krieg" muss die Zerstörung von Feindbildern sein, dazu gehört sowohl ein Ende des militärischen Interventionismus als auch eine verbesserte Integrationspolitik in den westlichen Staaten.

Was etwa 90 Prozent der bewaffneten Opposition eint, ist ihr Wunsch nach einem Syrien ohne Assad. Genau an dieser Stelle hat das Centre for Religion & Geopolitics die größte Schwäche in seiner Analyse. Es berücksichtigt, richtigerweise, die politischen Ziele derjenigen, die zu den Waffen gegriffen haben, es ignoriert aber die Wünsche und Vorstellungen derjenigen, die sich nicht für diesen Weg entschieden haben und momentan, zustimmend oder resigniert, lieber im Syrien Assads als in dem der Aufständischen leben. Eine Friedenslösung muss die unterschiedlichen Interessen und Ziele der bewaffneten und der unbewaffneten Opposition, aber auch die Interessen derjenigen, die sich diesen nicht angeschlossen haben, berücksichtigen. Verhandlungen über die politische Zukunft Syriens müssen offen sein für alle, die zu Verhandlungen bereit sind. Der Ausschluss zentraler kurdischer Kräfte bei den Friedensgesprächen Anfang 2016 in Genf war ein Fehler.⁴¹

Eine solche Lösung wird kompliziert sein, gelingt sie nicht, bedeutet dies eine dauerhafte Spaltung des Landes.

Eine Chance für Syrien?

Seit Dezember 2016 ist Aleppo, oder zumindest das, was von dieser einst blühenden Stadt übrig geblieben ist, wieder unter der Kontrolle der Regierung. Rebellen und ihre Familien wurden aus der Stadt evakuiert. Es deutet viel darauf hin, dass ähnlich blutige Schlachten um Idlib und Raqqa und andere Städte bevorstehen.

Die ersten Proteste gegen Assad waren keine ethnischen oder religiösen Proteste, sie waren Ausdruck eines Wunsches nach politischer Veränderung. Der Verlauf des Krieges, die Brutalität des syrischen Militärs, die hochgerüsteten Stellvertreterarmeen, die regionalen Schutzeinheiten, all dies schuf schnell eine Tableau von Machtverhältnissen, das Menschen zwang, sich für eine von vielen bewaffneten Formationen zu entscheiden, um wenigstens ein Minimum an Schutz zu haben. Auf diese Weise wurde der Konflikt Zug um Zug auch ein Konflikt, der die Menschen nach ethnischen und religiösen Linien zuordnete.

Die in Syrien zahlreich vertretenen Minderheiten, Christen, Alawiten u.v.m., waren anfangs nicht selten Teil von Protesten, sahen aber schnell mehrheitlich in einer autoritären Assad-Regierung das kleinere Übel. Den kurdischen Regionen gelang trotz massiver Schwierigkeiten der Aufbau eigener politischer und militärischer Strukturen.

Der Anteil der Aufständischen war unter den sunnitischen Muslimen von Anfang an größer als unter den Alawiten. Dennoch war und ist keine dieser Gruppen homogen. Ob sich sunnitische Muslime für den bewaffneten Aufstand, für Flucht oder für Unterstützung der Assad-Regierung entschieden, das lag auch an ihren konkreten Erfahrung. Es machte einen Unterschied, ob sie zur städtischen Mittelschicht gehören oder aus ökonomisch abgehangenen Regionen stammen. Wenn nach einer Lösung gesucht wird, dann gilt es, dabei nicht allein auf die Überbrückung von ethnischen und religiösen Unterschieden zu setzen, sondern die ökonomisch/politische Dimension immer mitzudenken.

Bürgerkriege, besonders lang anhaltende, produzieren in großer Anzahl Menschen, die keine andere Qualifikation haben, als kämpfen zu können. Das ist eine große Herausforderung für jede Nachkriegsgesellschaft. Wenn es nicht gelingt, hier ökonomische Alternativen zu schaffen, werden diese Kämpfer andere Schlachtfelder finden, auf denen ihre Fähigkeiten gefragt sind. Die Beseitigung der massiven Schäden des Bürgerkrieges kann viele Arbeitsplätze schaf-

39) Centre on Religion & Geopolitics, S. 8.

40) <http://foreignpolicy.com/2014/10/07/joe-biden-is-the-only-honest-man-in-washington/>

41) <http://haythammanna.net/syrian-dissident-haytham-manna-says-he-will-not-attend-geneva-talks/>

fen, aber nur dann, wenn auch das Geld für den Wiederaufbau zur Verfügung steht. Dafür müssen diejenigen sorgen, die das Land in den Krieg getrieben haben, jedoch ohne politische Vorgaben. Diese müssen in Syrien selbst entwickelt werden.

Für die Menschen in Syrien wird es nur dann eine Zukunft geben können, wenn es sowohl umfassende humanitäre Hilfe, eine ökonomische Zukunft inklusive der Aufhebung der Sanktionen und einen inklusiven politischen Prozess gibt. Aber der allerwichtigste Baustein für eine Lösung ist das sofortige Ende aller externen Unterstützung für bewaffnete Formationen in Syrien.

isw-report (Auswahl) ISSN 1614-9289

- report 83/84: **China. Krise als Chance? Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht** (Dezember 2010) 2,00 EUR + Versand
- report 85: **Scheitern EURO und EU?** Doku des 19. isw-forums (Juni 2011) 1,00 EUR + Versand
- report 87: **ABC der Schulden- und Finanzkrise** (Dezember 2011) 4,00 EUR + Versand
- report 89: **Dringend gesucht: Alternative zum Kapitalismus. Doku des 20. isw-forums** (Juni 2012) 1,00 EUR + Versand
- report 90: **Euro-Zone: Inkassobüro für die Banken? Zerbricht der Euro? Kraft für ein soziales Europa?** (Sept. 2012) 3,00 EUR + V.
- report 91: **Grüne Wende. Neue Farbe oder neues System?** (Dez. 2012) 3,50 EUR + Versand
- report 92: **Der Überfall der Banken.** Wie die Banken die Gesellschaft ruinieren u. wie sie an die Kette zu legen sind (April 2013) 3,50 EUR
- report 93: **Die Schulden streichen!** Grundlage für eine Erneuerung Europas (21. isw-forum) (Juni 2013) 1,00 EUR
- report 94: Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation: **Kapitalismus am Ende?** (Sept. 2013) 3,50 EUR
- report 95: **Die Krise und die Spaltung Europas. Europa am Scheideweg** (Dez. 2013) 3,50 EUR
- report 96: **Widerstand – Kapitalismus oder Demokratie** (März 2014) 3,50 Euro + Versand
- report 97: **Wirtschafts-Nato TTIP – STOP!** (Juli 2014; akt. Beilage April 2016) 3,50 Euro + Versand
- report 98: **Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?** Beiträge 22. isw-forum (Sept. 2014) 3,00 EUR
- report 99: **Die Energiewende im Würgegriff der Konzerne** (Dezember 2014) 3,50 EUR
- report 100/101: **Umbruch im globalen Kapitalismus.** Abstieg der G7-Metropolen - Aufstieg der Schwellenländer (April 2015) 6,00 EUR
- report 102: **Der Aufstieg des Südens – Umbruch in der globalen Machtverteilung?** Doku 23. isw-forum (Sept. 2015) 3,00 EUR
- report 103: **Wege aus dem Kapitalismus.** Die Alternativen entfalten sich nur in sozialen Kämpfen (Nov. 2015) 4,50 EUR
- report 104: **Auf der Flucht – Fluchtursachen.** Festung Europa. Alternativen (Februar 2016) 4,00 EUR
- report 105: **Demokratie & Internet** (April 2016) 2,50 EUR + Versand
- report 106: **Digitale Arbeit und Industrie 4.0** Doku 24. isw-forum (H.J. Urban, Th. Hagenhofer, M. Schwarzbach) (Sept. 2016) 2,50 EUR
- report 107/108: **Pulverfass Nahost** (Februar 2017 in Zusammenarbeit mit IMI e.V.) 4,50 EUR

isw-spezial ISSN 1614-9270

- Nr. 25: **Arbeitskämpfe in China.** Chinas Gewerkschaften in der Transformation (Dezember 2011) 4,50 EUR + Versand
- Nr. 27: **Wettbewerb schadet der Gesundheit.** Eine Analyse der Gesundheitspolitik in Deutschland (Juni 2013) 3,00 EUR + Versand
- Nr. 28: **Das Geschäft mit der Nahrung** (Juli 2016) 3,00 EUR + Versand
- Nr. 29: **TERROR** - wo er herrührt, wozu er missbraucht wird, wie er zu überwinden ist (Dez. 2016) 2,00 EUR + Versand
- Nr. 30: **Klimazerstörung.** Die Verantwortungslosigkeit kapitalistischer Gesellschaften (Januar 2017) 4,50 EUR + Versand

isw-wirtschaftsinfo ISSN 1614-9262

- Nr. 50: **Bilanz 2015 – Ausblick 2016** – zur wirtschaftlichen und sozialen Lage (April 2016) 4,50 EUR + V.
- **CD:** alle Grafiken aus wirtschaftsinfo 50 (Powerpoint) 5,00 EUR + Versand

isw-forschungshefte ISSN 1614-9254

- Nr. 4: **Der Markt. Theorie, Ideologie, Wirklichkeit.** Eine Kritik der herrschenden Wirtschaftsideologie (Juli 2010), 4,00 EUR + Versand
- Nr. 5: **Globale Einkommensverteilung.** Entwicklung seit 1980 und Perspektiven (November 2015) 4,00 EUR + Versand

isw-Grafik-Report ISSN 1867-7363

- **Grafik-Info: Der Krieg der Reichen gegen die Armen**
(September 2016) farbig 2,00 EUR + Versand

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe

www.isw-muenchen.de

Ich bestelle die oben angekreuzten Titel

Name
Vorname

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo "Bilanz"

ab isw-report O 107/108 / O 109 / O 110 / O 111
zum Abo-Preis von 18 Euro (Auslandsabo: 28 Euro)

- ☐ Ich zahle nach Rechnungstellung
- ☐ Buchen Sie den Abo-Betrag von meinem Konto ab (siehe Kasten)

Name
Vorname

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

Datum

Ich möchte Fördermitglied des isw e.V. werden

Ich unterstütze die Arbeit des isw ab(Monat/Jahr)
mit einer monatlichen Spende von EUR (mind. 6 Euro)

Als Fördermitglied erhalte ich alle im Förderzeitraum erscheinenden
isw-Publikationen (Printmedien) des isw e.V. als Mitgliederzeitschrift.

- ☐ Ich zahle nach Rechnungstellung
- ☐ Ich zahle per Dauerauftrag
- ☐ Buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab
- Die Abbuchung soll erfolgen: ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

Name
Vorname

Straße

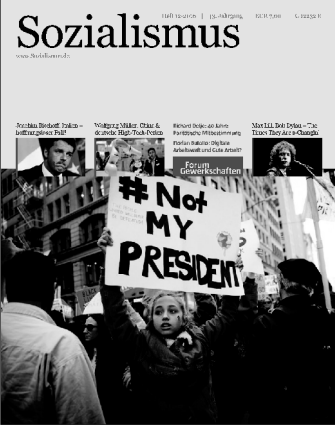
PLZ, Ort

Unterschrift

Zahlung per SEPA-Lastschriftmandat (Einzugsermächtigung)

Wenn Sie sich für die Zahlung per Lastschrift entscheiden, schicken wir Ihnen ein Formular zu, in das Sie Ihre Bankdaten eintragen können. Mit gleicher Post erhalten Sie auch die für das Sepa-Lastschriftverfahren notwendigen Daten: unsere Gläubiger-Identifikationsnummer, Ihre Mandatsreferenznummer sowie den Abbuchungstermin.
Das Formular finden Sie auch auf unserer Internetseite.

Sozialismus
www.sozialismus.de



Ingar Solty: Warum Trump siegte | W. Müller: Greift China nach den Perlen der deutschen Industrie? | O. König/R. Detje: Mitbestimmung 1976-2016 | M. Brie: Die dritte Welle des Sozialismus | Supplement: J. Bischoff/B. Müller: Moderne Rechte und die Krise des demokratischen Kapitalismus

Probeabo (3 Hefte): € 14,-
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

iz3w ◀



Dschihadismus – ihr habt den Tod, wir haben das Leben

Außerdem: Abgesang auf den Freihandel | Diktatur in Thailand | Kuhschutzbewegung in Indien

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

Informativ, knapp und klar:

Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«

Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Otto Köhler und Eckart Spoo, unter Mitarbeit von Rainer Butenschön und Peter Turrini.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

Die Tageszeitung
junge Welt



Drei Wochen lang: Gratis lesen!*

* Und hier das Kleingedruckte:
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!
Einfach zum jW-Kennenlernen!

Abotelefon: 0 30/53 63 55-50
Bestellung übers Internet:
www.jungewelt.de/probeabo

isw braucht Ihre/Deine Spende

Auch 2017 müssen 15.000 Euro Spenden aufgebracht werden

isw e.V. – Sparda-Bank München
IBAN: DE49 70090500 0000983420, BIC: GENODEF1S04

Ab einem Spendenbetrag von 20 Euro senden wir automatisch eine Spendenbescheinigung zu.

Gesundheitsmarkt
Wie krank ist das denn?

Mit Beiträgen von: Hans-Ulrich Deppe, Markt, Wettbewerb und Medizin • Wolfgang Albers, Der Ausverkauf der Daseinsvorsorge • Thomas Kunkel, Fallpauschalen – von der Daseinsvorsorge zur Fabrik • Nele Kleinhöndel/Gerhard Trabert, Armut macht krank und Krankheit macht arm • Jan von Hagen, Auf dem Weg zum Tarifvertrag Entlastung • Kathrin Vogler (MdB), Elemente linker Gesundheits- und Pflegepolitik • Manfred Scharinger, Krankheit und Gesundheit bei Marx und Engels

Weitere Themen: Fidel Castro, Trump-Wahl, CETA, Corbyn und die KP Großbritanniens, »Gewerkschaftspolitik« der AfD, Bundesteilhabegesetz, Bedingungsloses Grundeinkommen und Positionen: Marx' ökonomisches Modell? – Ein Essay von Holger Wendt, Kai Köhler und Manfred Haiduk zu Peter Weiss ...

www.marxistische-blaetter.de



Einzelpreis	9,50 €
Jahresabo	48,00 €
ermäßigtes Abo	32,00 €

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

grünes blatt

Zeitschrift für Umweltschutz von unten



Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar

mail@gruenes-blatt.de

Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung

Vierteljahresschrift
27. Jahrgang, Nr. 108,
Dezember 2016, 240 S.

Fusionen, Konzernumbau, Kapitalstrukturen

mit Beiträgen von H. Bontrup, U. Dolata, U. Foullong, Th. Goes, J. Goldberg, G. Hautsch, W. Kurtzke, A. Leisewitz, H. Pfeiffer und Th. Schulten zu **Kapitalkonzentration, Fusionen, Unternehmensübernahmen und Konzernumbau** sowie sozialen Konflikten bei Banken und Versicherungen, Internetkonzernen, im Einzelhandel, in der Medienwirtschaft, der Metall- und Chemieindustrie und der Elektrizitätswirtschaft

Postkapitalismus

Goldschmidt – „Offener oder autonomer Marxismus“? „Kommunismus 2.0“? Varianten des Postkapitalismus II

Und: Schneidmesser/Kilroy – Streikmonitor erstes Halbjahr 2016 / Goes/Thiel – Gewerkschaften gegen Unternehmerangriffe / Foster/Stache – Stoffwechsel Natur-Gesellschaft / Pauli – Eurozone und Währungsunion / Weißbecker – Kurt Pätzold zur Erinnerung

Sowie: Zuschriften zu Z 107, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.)
Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

www.isw-muenchen.de

ISSN: 1614-9289